

Internationale Münchner Friedenskonferenz 2008

München 8.2. - 10. 2. 2008

„Friedenspolitik angesichts Klimawandel und Energiekrise“

Beiträge und Texte von der Konferenz

u. a. von:

Ursula Sladek

Hans-Christof von Sponeck

Hans-Peter Dürr

Sabour Zamani

Hermann Hagen

Adéla Jurečková

Wolfgang Schlupp-Hauck

Hep Monatzeder

Jan Neoral



**FRIEDEN UND GERECHTIGKEIT
GESTALTEN - NEIN ZUM KRIEG**

Impressum

Dokumentation der Internationalen Münchner Friedenskonferenz 2008

Frieden und Gerechtigkeit gestalten – Nein zum Krieg

Friedenspolitik angesichts Klimawandel und Energiekrise

München, 8.2. – 10.2. 2008

Herausgegeben vom Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk der DFG-VK Bayern

Redaktion: Thomas Rödl, Heinz Staudacher

Eigendruck im Selbstverlag, ViSdP: Thomas Rödl, c/o DFG-VK, Schwanthalerstr. 133, 80339 München

Zusammenfassung der Vorträge, Abschriften vom Tonträger und Textbearbeitungen: Jutta Eble, Trudel Meier-Staude, Alexander Nicht, Thomas Rödl, Eva Rosendahl, Gertrud Scherer, Gudrun Schneeweiß, Heinz Staudacher

Umschlag: Heinz Staudacher

Lay-out: Werner Bergheim

Gesetzt aus Charis SIL und Pigiarniq

Bildmaterial: Antje Wagner, Heinz Staudacher, Afghanistanbilder und Kinderzeichnungen: RAWA*

Unser Dank gilt allen, die uns bei der Ausrichtung der Konferenz unterstützt und ermuntert haben. Besonderer Dank gilt den ReferentInnen, der musikalischen Unterstützung durch Birgit Saßmannshaus und Christian Bergmann, Jürgen Jung für seine Textbeiträge, den Trägerorganisationen, der Stadt München und allen HelferInnen.

* RAWA: Revolutionary Association of the Women of Afghanistan; Revolutionäre Vereinigung der Frauen Afghanistans

Trägerkreis (weitere Informationen Seite 85 bis 89)

- Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Landesverband Bayern
- Friedensinitiative Christen in der Region München e.V.
- Internationaler Versöhnungsbund e.V.
- Pax Christi München
- NaturwissenschaftlerInneninitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit
- Kreisjugendring München-Stadt
- Netzwerk Friedenssteuer Region Bayern
- Bund Naturschutz Kreisgruppe München e.V.
- Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“
- Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e.V.

Die Organisation erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Bayern sowie mit der freundlichen Unterstützung des Kulturreferates der Landeshauptstadt München.

Inhaltsverzeichnis

Impressum/Trägerkreis		2
Aufruf zur Münchner Friedenskonferenz		4
Internationales Forum: „Friedenspolitik angesichts Klimawandel und Energiekrise“		
am 8.2.2008 im Saal des Alten Rathaus		
Grußwort der Stadt München	Hep Monatzeder	5
„Ich schreie und höre mich nicht“ zum Golfkrieg 1991	Peter Härtling / Jürgen Jung	6
Grußwort aus Trokavec	Jan Neoral/ Jürgen Jung	7
Einführung	Prof. Hans-Peter Dürr	9
Auszug aus der UN-Charta	Jürgen Jung	12
„Wege zum Frieden für Afghanistan“	Sabour Zamani	13
„Energie und Frieden“	Ursula Sladek	18
„Friedensaufgaben der UNO – Welche Reformen? Beispiel Mittlerer Osten“		
	Hans-Christof Graf Sponeck	23
„Eine Stunde“	Erich Fried / Jürgen Jung	30
 Berichte aus den Diskussionsforen und dem Workshop am 9.2.2008		
„Wege zum Frieden für Afghanistan“	mit Sabour Zamani	31
„Friedensaufgaben der UNO – Welche Reformen? Beispiel Mittlerer Osten“		
	mit Hans-Christof von Sponeck	35
„Energie und Frieden“	mit Ursula Sladek	42
„Was tun gegen Rüstung und Militär?“	mit Thomas Rödl und Wolfgang Schlupp-Hauck	49
Mutlanger Manifest vom 8. Dez. 2007		53
Aktuelle Runde: „Atomraketen – abwehren oder abschaffen?“		
am 9. 2. 2008 im Großen Saal des DGB-Haus		
Diskussionsveranstaltung mit General a. D. Dr. Hermann Hagen, Adéla Jurečková, Prof. Hans-Peter Dürr, Wolfgang Schlupp-Hauck		55
Friedensgebet		62
zu den ReferentInnen		64
Presseecho		78
Informationen zu den Trägerorganisationen		85

Aufruf zur Internationalen Münchner Friedenskonferenz 2008

Welcher Sicherheit dient die „Internationale Konferenz für Sicherheitspolitik“?

Viele der an der Konferenz beteiligten Politikerinnen und Politiker behaupten, es ginge um die Sicherheit der Bevölkerung ihrer Länder. Dazu vergrößern sie die Militärpotentiale, vereinbaren verstärkte internationale Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet und intervenieren in immer mehr Ländern der Erde.

Leisten aber die Militäreinsätze das, was die Verantwortlichen versprechen?

Die deutschen Militäraktionen in Afghanistan beispielsweise begannen 2001 mit den UN-mandatierten ISAF-Einsätzen, die als Aufbauhilfen propagiert wurden und gleichzeitig mit KSK-Einsätzen im Rahmen der US-geführten „Operation Enduring Freedom“ (OEF) zur militärischen Bekämpfung der Taliban. Das Vertrauen der afghanischen Bevölkerung, das mit Aufbauprogrammen hergestellt werden sollte, wurde infolge der „Kollateralschäden“ der OEF-Attacken (wieder) verspielt. Deutlich verschärft hat sich diese Situation mit den deutschen Tornado-Einsätzen seit dem Frühjahr 2007, was sich an der wachsenden Zahl der Anschläge auf deutsche und andere NATO-Militäreinheiten widerspiegelt.

Die deutschen Militäreinsätze in Afghanistan haben nicht zu mehr Sicherheit, zu mehr wirtschaftlicher

Entwicklung im Land sowie zur Eindämmung des Terrorismus geführt. Die Militäreinsätze binden Gelder, die beim zivilen Aufbau bitter fehlen. (Kosten der Militäreinsätze von 2002 bis 2006: 82,5 Mrd. US-\$. Ausgaben für Entwicklungshilfe (Wiederaufbau?) in diesem Zeitraum: 7,3 Mrd. US-\$.)* Notwendig sind jetzt Verhandlungen zwischen allen Kriegsparteien über einen Waffenstillstand und der Beginn eines Friedensprozesses.

Die auf den bisherigen „Konferenzen für Sicherheitspolitik“ in München diskutierten „Sicherheitskonzepte“ konnten – wie auch die Kriege gegen Serbien-Montenegro und gegen den Irak gezeigt haben – die Sicherheit der Menschen in diesen Ländern nicht gewährleisten. Eine weitere Folge dieser Militäraktionen ist die vermehrte Angst vor terroristischen Angriffen bei uns zu Hause, die wiederum im Namen der Terrorismusabwehr zu einem Ausbau der Überwachungsapparate und zu einem weiteren Abbau der Bürgerrechte führt.

Um welche Sicherheit geht es aber dann, wenn für die Menschen hier wie dort das Leben unsicherer wird?

Die Interventionskriege der USA und ihrer Verbündeten dienen offensichtlich dem Zugriff auf Rohstoffe und dem Ausbau von Machtpositionen. Das scheinen auch die entscheidenden Motive der USA im sogenannten Atomkonflikt mit dem Iran zu sein.

Die Friedensbewegung warnt schon lange davor, dass eine für Menschen effektive Sicherheitspolitik nicht auf militärische Gewalt gestützt sein kann. Denn kriegsrische Mittel verschärfen nur die Probleme und erhöhen die Gefahren durch den Terrorismus.

An der Überwindung des überholten militärischen Sicherheitsdenkens arbeitet die „Internationale Münchner Friedenskonferenz“ seit Jahren. Wir stellen Ansätze und Wege vor, wie Frieden durch Interessenausgleich erreicht werden kann. Uns geht es darum, erweiterte Handlungsspielräume für zivile Aktivitäten bekannt zu machen und einzufordern.

Es gibt detaillierte Konzepte für zivile Konfliktbearbeitung im gesellschaftlichen Bereich und ermutigende Erfahrungen auf internationaler Ebene. Für diese vom Militär unabhängige zivile Konfliktarbeit in Krisenregionen gibt es aber noch längst keine ausreichende politische und finanzielle Unterstützung.

Frieden und Sicherheit erwachsen aus Interessenausgleich und Gerechtigkeit. Der Einsatz für politische und soziale Gerechtigkeit sowie für die Erhaltung der Umwelt ist natürlicher Bestandteil der Friedensarbeit.

** Quelle: Informationsstelle Militarisierung, No 262, August 2007*



Internationales Forum

Friedenspolitik angesichts Klimawandel und Energiekrise

Grußworte

Hep Monatzeder

3. Bürgermeister der Landeshauptstadt München



Im Namen der Landeshauptstadt München möchte ich Sie alle sehr herzlich zur diesjährigen internationalen Friedenskonferenz begrüßen.

Sie, die Mitglieder der Münchner Friedensbewegung und insbesondere der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner haben diese Konferenz mit sehr großem Engagement bereits zum 6. Mal parallel zur so genannten „Sicherheitskonferenz“ organisiert. Ihnen allen und besonders Ihnen, Prof. Dürr, der Sie die Friedenskonferenz als Schirmherr begleiten, schuldet die Landeshauptstadt dafür einen besonderen Dank und Respekt. Für mich ist es eine große Ehre, hier bei Ihnen jetzt zum vierten Mal das Grußwort sprechen zu dürfen.

Ganz herzlich möchte ich meinen Kollegen aus der Tschechischen Republik in München willkommen heißen, Jan Neoral, den Bürgermeister von Trokavec, der Sie gleich ebenfalls begrüßen wird. Hochspannende Diskussionen zum Frieden in Afghanistan erwarten Sie mit dem Leiter des afghanischen Kulturzentrums in Berlin, Herrn Sabour Zamani und mit dem ehemaligen UNO-Koordinator für den Iran, Herrn Hans-Christof von Sponeck zum Thema „Friedens-

aufgaben der UNO“.

Sie greifen dieses Jahr das Thema Klimawandel und Energiekrise auf. Und Sie zeigen mit dem Beitrag von Frau Ursula Sladek, der Geschäftsführerin der Elektrizitätswerke Schönau, einen Lösungsweg auf. Die Energieversorgung und die Verteilungskämpfe um die immer knapper werdenden Energieträger werden sicher die größte Herausforderung dieses Jahrhunderts sein. Eine große Herausforderung auch für den Frieden. Ein Weg liegt darin, die Abhängigkeit von Kohle und Öl durch die Nutzung erneuerbarer Energien zu reduzieren und durch Aktivierung der vorhandenen Einsparpotenziale den Verbrauch der Energieträger soweit als möglich zu drosseln.

In München sind wir da schon ein sehr gutes Stück vorangekommen. Unsere Auszeichnungen als Energiesparhauptstadt und Solarhauptstadt zeigen dies. Aber auch beim Klimaschutz, ähnlich wie bei den Friedensbemühungen, sind energische Schritte nur möglich, wenn alle gesellschaftlichen Akteure in

einem Boot sitzen. In München versuche ich dies mit dem Bündnis für Klimaschutz.

Das Programm der Friedenskonferenzen hat sich schon immer durch eine hohe Qualität ausgezeichnet. Es zeigt Alternativen zur sogenannten „Sicherheitspolitik“ der Münchner Sicherheitskonferenz auf. Sie diskutieren Beispiele aktiver und gewaltfreier Friedenskonzepte, die - und das ist das wichtige - auch schon erfolgreich durchgeführt wurden. Sie legen den Schwerpunkt auf Gewaltprävention und Deeskalationsstrategien. Genau aus diesen Gründen unterstützen wir als Landeshauptstadt München die Friedenskonferenz im Rahmen unserer Möglichkeiten: als notwendiges und sichtbares Zeichen gegen Gewalt, Krieg und Kriegsvorbereitungen.

Ich halte es für außerordentlich wichtig, dass Ihre Argumente in der „Mitte“ der Gesellschaft ankommen. Die Friedenskonferenz in dieser Form auszurichten ist da sicher der richtige Weg. Ich begrüße es auch sehr, dass die Friedensbewegung

sich bemüht, über die eigene Szene hinaus wahrgenommen und ernst genommen zu werden. Dafür gilt es auch, die angemessene, gewaltfreie Sprache zu finden. Und dass dies wichtig ist, zeigt sich nicht nur auf der globalen, sondern auch auf der lokalen Ebene.

Hier in München ist leider ein bedauernswerter und aufs schärfste zu verurteilender Überfall eines ausländischen Jugendlichen auf einen Fahrgast der Münchner U-Bahn zum Thema des Kommunalwahlkampfes gemacht worden. Ich verurteile es

nicht, dass das Thema Gewalt und Sicherheit im Wahlkampf angesprochen wird, da es ein Thema ist, das die Menschen interessiert. Ich verurteile aber aufs schärfste, wie dies geschehen ist. Und das schließt auch die Sprache mit ein. Wer Gewalt in der Sprache verwendet und suggerieren will, durch Wegsperren und Ausweisen von Jugendlichen Gewalt verhindern zu können, handelt in höchstem Maße populistisch. Und er macht populistische Parolen hoffähig. Sicher hat dies dazu beigetragen, dass jetzt zwei rechtsextreme Parteien zur Wahl zugelassen wer-

den müssen.

Verzeihen Sie mir diesen kleinen Exkurs in die Kommunalpolitik. Sie werden heute über wichtige Zusammenhänge der Friedenspolitik und Gewaltprävention diskutieren. Ich danke Ihnen allen für Ihr Engagement und den Veranstaltern für die professionelle Organisation. Es freut mich, dass Sie in dieser großen Zahl zu der heutigen Konferenz gekommen sind.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg und einen spannenden Diskurs.

Danke für ihre Aufmerksamkeit.

„Ich schreie und ich höre mich nicht“

*von Peter Härtling zum Golfkrieg 1991,
vorgetragen von Jürgen Jung:*

Was ist das für eine Zeit, in der die Lehren aus der Zeit, die ich für die meine hielt, vergessen, vertan, niedergemetzelt werden?

Was ist das für eine Zeit, in der unsere Geschichte von einigen wenigen sprachlos und mörderisch abgebrochen wird?

Was ist das für eine Zeit, in der die pragmatischen Großmäuler voller Furcht und mit viel Gewinn das Kriegsfeuer schüren?

Ich schreie und ich höre mich nicht.

Ich erzähle, woher ich komme. Ich entkam einem Krieg und verlor, wie es Kriege verlangen, die mir Liebsten, Mutter und Vater.

Von den Erwachsenen, den Davongekommenen, den Übriggebliebenen, die sich alle schleunigst zu Demokraten, Christen, Friedfertigen gewandelt hatten, lernte ich, dass Krieg nie mehr sein dürfe, dass die neue demokratische Politik sich um einen ewigen Frieden (Immanuel Kant) mühen werde. Ich traute ihnen.

Was waren das für Zeiten, die einige Beteuerungen lang dauerten? Immerhin schworen jene, die Kanonen und Gewehre in ihren Fabriken gebaut hatten, jeglicher Rüstung ab. Und in unserer Verfassung steht die stolze, Gesetz gewordene Versicherung, dass von Boden unseres Landes nie mehr Krieg ausgehen soll.

Was sind das für Zeiten, in denen ein Gespräch über die Unmöglichkeit eines Krieges wieder unmöglich wird unter den Menschen?

Ich schreie und höre mich nicht.

Können wir zulassen, dass unsere Zeit verspielt wird von Rückfälligen?



Peter Härtling

Jan Neoral

Bürgermeister von Trokavec, Tschechische Republik

Aus Tschechien, aus dem Dorf des Widerstands gegen das geplante US-Raketenabwehrsystem, ist vertreten: Jan Neoral. Er ist Bürgermeister von Trokavec in der Tschechischen Republik, 250 km von hier entfernt, dort wo die Bürger Widerstand leisten gegen das geplante Raketenabwehrsystem. Er ist, wie auch unser Oberbürgermeister, Mitglied der internationalen Gemeinschaft der „Bürgermeister für den Frieden“. Leider ist es ihm aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich gewesen, selbst nach München zu kommen, so dass wir nun sein Grußwort verlesen.

Übersetzung des englisch verfassten Textes: Gudrun Schneeweiß; vorgelesen von Jürgen Jung

Liebe Freunde,

haben Sie für die Möglichkeit vielen Dank, Ihnen diese Botschaft zu senden. Unglücklicherweise kann ich wegen meiner gesundheitlichen Probleme nicht bei Ihnen in München sein.

Ich bin kein Politiker, ich bin ein 66 Jahre alter Rentner, ein Bürgermeister ohne Gehalt.

Unsere Regierung teilte uns im Januar 2006 mit, dass sie keine zwei Kilometer von unserem Dorf entfernt eine amerikanische Radarstation bauen werde. Dies ist ein schädliches, gefährliches Monster von ungeheurer Wirkung, wie sie bisher nur in Alaska und Grönland, - weit weg von menschlichen Wohngebieten – gebaut worden sind.

Die Bürger von Trokavec waren die ersten in unserem Land, die sich mittels eines örtlichen Referendums gegen die Regierung erhoben. Dies zeigte den Weg für andere Gemeinden. Und die Regierung realisierte, dass sie das Volk nicht so einfach manipulieren kann, wie sie

es sich einbildete.

Der Widerstand des Volks von Trokavec gegen die amerikanische Basis in unserem Land wurde in 92 angesehenen, internationalen Zeitungen veröffentlicht. Das zeigt, wie weit wir gehört werden. Nur Herr Topolanek, der Ministerpräsident der Tschechischen Republik und seine Regierung sind für unseren Aufschrei taub.

Die Bürgermeister der Dörfer und Städte in der Nachbarschaft der geplanten Basis im Brdy Wald vereinigten ihre Anstrengungen zum Widerstand, indem sie die „Liga der Bürgermeister gegen Radar“ bildeten. Einige schlossen sich sogar der weltweiten Organisation der Bürgermeister für den Frieden an, die vom Bürgermeister Akiba aus Hiroshima geleitet wird. Wir arbeiten mit der Initiative „Ne zakladnam“ (Nein zu den Militärbasen) zusammen und zeigen gemeinsam unsere wahre Stärke.

Der tschechische Premierminister verachtet die Bürger seines Landes. Er leitet eine schmutzige Kampagne, um dieses Monster in einer dicht besiedelten Gegend zu errichten, - gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung.

Es ist eine nun wohl bekannte Tatsache, dass dieser Radarschild nicht ganz Europa schützen kann. Tatsächlich hat sich in dieser Woche das Europa-Parlament in einer Stellungnahme gegen

die tschechischen und polnischen bilateralen Verhandlungen mit den Amerikanern ausgesprochen.

Die Gründe für Radar und Raketenbasen, welche die Bush-Regierung gibt, sind falsch. Die Basen sind keine Verteidigung gegen Nord-Korea



oder den Iran.

Was die Bush-Regierung wirklich sagt, ist folgendes: „Wir werden in Zentral-Europa ein präventives Radarsystem und Raketenbasen aufbauen und dann werden wir damit beginnen, immer mehr Truppen zu stationieren, damit man sich sicherer fühlen kann. Wir können es nicht zulassen, dass jene Staaten, in denen wir mit Hilfe unserer Waffen unser Modell von Demokratie aufgebaut haben, sich als Vergeltung dafür gegen uns erheben. Wir werden euer Land als Schutzschild benützen.“

Jedoch – was Bush nicht voraussehen konnte - war der Widerstand des gewöhnlichen Volks, dessen Stimme immer lauter zu hören ist: Wir wollen überhaupt keine Soldaten und keinerlei amerikanische Basen in unseren Wäldern!

Bei einer öffentlichen Veranstaltung fragten wir unseren Premierminister Topolanek, was geschehen werde, wenn es sich erweise, dass das Radar die Gesundheit schädige und die Bevölkerung in der Umgebung Gesundheitsprobleme bekomme. Da antwortete er, Menschen stürben immer – etliche im Kriegen, etliche bei Autounfällen, etliche gerade so.

Das ist eine zynische Antwort. So ein Premierminister müsste in jeder reifen Demokratie seinen Hut nehmen – aber in unserem Land weiß die Regierung nicht, was Demokratie ist. Das Diktat von prominenten



Politikern, die sich weigern, mit den Bürgern zu kommunizieren und diese geradezu für inkompetente Narren halten, das ist doch keine Demokratie!

Unser Widerstand gegen die Radarbasis ist sinnvoll. Den Beweis liefert die hysterische Reaktion unserer Regierung, die wild entschlossen ist, die Radarstation im Brdy-Wald zu bauen. Erst engagierten sie gegen uns einen bezahlten Lobbyisten, dann eine ganze professionelle Agentur. Schließlich versprachen sie sogar eine ganze Milliarde tschechische Kronen in unserer Gegend zu investieren. Aber wir werden uns keiner Gewalt und keinem Geld beugen, die Regierung wird von uns auf keine Weise die Zustimmung zu dem Radarsystem bekommen.

Die tschechische Regierung muss ihre Hände vom Radarsystem und jeglicher fremden Streitmacht lassen, sie muss sich bei Europa für ihren bilateralen Flirt entschuldigen und zu Moral und in der Tat zu Demokratie zurückkehren.

Während seines Staatsbesuchs in den USA letzte Woche, sagte unser Vize-Premierminister Alexandr Vondra dem US-Kongress, dass „sich jegliche Reduktion im Budget für das

Radarsystem auf die Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten negativ auswirken könne“.

Ist die tschechische Regierung schließlich ganz ausgeflippt, so den Kongress der Vereinigten Staaten zu bedrohen?

Folgendes habe ich in unserer regierungsfreundlichen Presse gelesen: „Das amerikanische Radarsystem hier zu installieren kommt einem weiteren Schritt im Demokratisierungsprozess gleich, der 1989 begonnen hat.“

Seit wann ist der Aufbau einer militärischen Einrichtung, der nicht von der Mehrheit der Nation gewollt wird, ein Schritt zur Demokratie? Solch eine herausfordernde, freche und grundlose Unterstützung dieses gefährlichen Monsters könnte in großem menschlichen Leid enden.

Die Liga der Bürgermeister bat am 17. November 2007 während der großen Demonstration in Prag unsere Regierung leidenschaftlich und öffentlich, die Radarverhandlungen zu stoppen und eine Volksbefragung einzuleiten.

Als einer der Gründer der Liga der Bürgermeister gegen das Radarsy-

stem freue ich mich sehr, dass ich Ihnen diesen Bericht über unseren Kampf schicken kann. Und ich weiß, dass ich ihn nicht ohne Grund geschickt habe. Nur die größte Öffentlichkeit, zusammen mit wirklich unabhängigen Medien, kann erfolgreich gegen unnötige militärische Einrichtungen, allgemeine Militarisierung und Kriegstreiberei aufstehen. (Unglücklicherweise gibt es in der Tschechischen Republik einen Mangel an unabhängigen Medien.)

Deswegen muss ich die internationale Presse ansprechen, uns zu helfen, indem sie die internationale Öffentlichkeit über die wirkliche Motivation der amerikanischen Waffenhändler informiert. Ich bitte Sie alle, sich zu vergegenwärtigen:

Die Auswirkung eines Radarsystems und von Raketen in Zentral-Europa unter amerikanischer Befehlsgewalt wird in ganz Europa zu spüren sein, nicht nur in unserem kleinen Gebirgstal im Brdy-Wald.

Ich wünsche Ihnen alles Gute



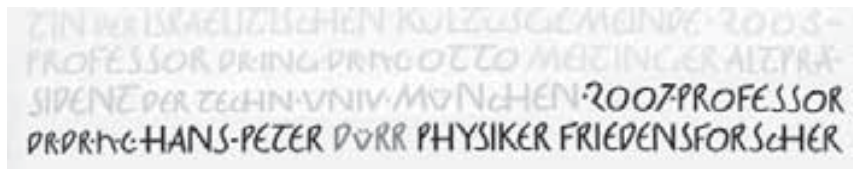
Hans-Peter Dürr:

Klimawandel und Friedensbewegung

Hans Peter Dürr ist vor drei Wochen Münchner Ehrenbürger geworden.

„Als Brückenbauer und als Vordenker und Vorkämpfer für eine humane Wissenschaft und eine friedenspolitische und ökologische Neuorientierung, der für viele auch weit über München hinaus ein Vorbild geworden ist“, bezeichnete Oberbürgermeister Christian Ude ihn in seiner Festrede genau hier in diesem Saal. Er habe sich um München verdient gemacht als einer Stadt mit hohem friedens- und umweltsystemischem Anspruch, so Ude wörtlich. Diesem löblichen Anspruch der Stadt wollen wir hier heute voll und ganz entsprechen.

Hans Peter Dürr ist - was die Leitung des Max-Planck-Instituts für Physik



Ehrentafel im Alten Rathaus

betrifft - ja im Ruhestand. Aber im Unruhestand - und jetzt wird's endgültig international - für: das "Global challenges network", den "Club of Rome", das "World future Council", die "Pugwash Conferences on Science and World Affairs", die „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler“ und „Greenpeace Deutschland“. - Und heute bei uns!

Als Schirmherr dieser Veranstaltung möchte ich Sie alle auf das allerherzlichste begrüßen, hier zur 6. Internationalen Münchner Friedenskonferenz.

Ja, was ist das für eine Zeit – ich frage mich jedes Jahr, was ist das für eine Zeit? Sind wir weiter gekommen, sind wir nicht weiter gekommen? Wir haben ja im Untertitel stehen „Frieden und Gerechtigkeit

gestalten“, das hat mir immer gut gefallen. Dass wir immer noch den Mut haben zu sagen „gestalten“, dass wir glauben, wir könnten etwas gestalten, und ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg. Wir können gestalten, wenn wir nur wirklich wollen.

Und dann noch „Nein zum Krieg“ und das meinen wir wirklich. Wirklich „Nein“. Und das sagen wir nicht nur aus Angst oder aus Verantwortungslosigkeit, wie Sie heute in der Zeitung lesen, wenn wir uns nicht engagieren in irgendwelchen Kriegsvorhaben.

Auch nicht, wie manche meiner amerikanischen Freunde mir einmal in New York bei einem Gespräch gesagt haben, in dem es um die Möglichkeit eines gerechten Krieges in Afghanistan ging. Sie sagten: „Komisch, ihr Europäer und besonders ihr Deutschen, wenn man von Krieg spricht, dann werdet ihr plötzlich ganz anders. Ihr habt ein Trauma.“

Ein Trauma haben wir. Ja, das ist vielleicht nicht ganz falsch, aber ein Trauma ist eigentlich eine Aufforderung: Such einen Psychiater auf, damit du von dem befreit wirst. Das ist kein Trauma für jemanden, der einen Krieg erlebt hat. Der braucht keine Vorlesung über die Möglichkeit von gerechten Kriegen. Das braucht er nicht mehr, schon deshalb, weil wir wissen: Ein Krieg ist nicht mehr ein Krieg, wie man



das früher aufgefasst hat; es ist ein Massaker.

Krieg aufgeben

Gibt es ein gerechtes Massaker?! Das gibt es nicht. Der Krieg kann nicht mehr erfüllen, was er früher erfüllt hat. „Im schlimmsten Falle müssen wir zu den Waffen greifen, um ein Problem zu lösen.“ Welche Probleme können wir heute mit Kriegen lösen? Jeder Krieg schafft weitere Voraussetzungen für weitere Kriege. Wir müssen den Krieg aufgeben als ein Mittel. Wir müssen dringend andere Mittel finden, um unsere Konflikte zu lösen. Und wie gesagt: Das ist nicht eine Frage der Angst, sondern es hat damit zu tun, dass heute mehr auf dem Spiel steht als früher.

Ein Krieg, der vielleicht aus einem gerechten Grund begonnen hat, der will gewonnen werden am Schluss. Und wenn er gewonnen werden will, dann greift man zu den Waffen, die man zur Verfügung hat. Auch eine Angst, die wir täglich haben.

Ich erinnere mich an einen Ausspruch des Präsidentschaftskandidaten McCane kurz nach dem 11. September, als vom Einmarsch in Afghanistan die Rede war. Er sagte: „Nuke them all“, das heißt, man sollte sie einfach mit Atombomben erledigen. Das heißt, man ist bereit, um ein Problem einfach zu lösen, auch zu diesen schrecklichen Waffen zu greifen. Das ist Gott sei Dank nicht passiert, aber es hat mich sehr geärgert, dass ich heute in der

„Süddeutschen“ einen Artikel von McCane gefunden habe.

Sicherheitskonferenz – als Friedenskonferenz sind wir in gewisser Weise eine Gegenveranstaltung.

Frieden und Sicherheit widersprechen sich eigentlich nicht. Es ist kein Gegensatz, aber wir verstehen wahrscheinlich verschiedenes unter „Frieden“ und wir verstehen verschiedenes unter „Sicherheit“. Frieden ist nicht dieser Zustand der absoluten Ruhe, den Sie am besten finden, wenn Sie sich auf dem Friedhof nieder legen. Frieden bedeutet etwas ganz anderes. Frieden ist ein Spannungszustand, aufregend, lebendig und so fort, wo Gegensätze auf einander treffen. Frieden bedeutet, Lösungen zu finden, in dieser Vielfalt der Meinungen die Balance zu finden. Wo jede Aussage eine Gegenaussage hat, aber nicht, damit der eine Gewinner ist und der andere Verlierer, sondern um zu wissen, wie sich Kraft und Gegenkraft die Balance halten, sich nicht wie Freund und Feind gegenüber stehen. Das ist das Spiel des Friedens. Er ist nie da, er muss immer wieder errungen werden, immer und immer wieder. Wenn Differenzen auftreten, die Balance zu finden, so dass wir in der lebendigen Verschiedenheit und Vielfalt auch wirklich weiter vorankommen. Das zeichnet eben das Lebendige aus.

Sicherheit kann aus diesem Grunde nie mit aller Strenge eingeführt werden. Sicherheit, die vollständig sicher sein soll, muss festgenagelt werden. Da bleibt nichts Lebendiges übrig. Wir wollen keine Sicherheit haben, bei der wir darauf verzichten müssen, dass wir uns selbst entfalten können, dass wir auch unsere Stimme erheben können und angehört werden.

Das heißt letzten Endes auch Demokratie, dass wir lernen, uns selbst einzubringen.

Die freie Entfaltung des Menschen ist ein Menschenrecht, aber wir wissen auch: nicht bedingungslose Freiheit. Die Freiheit muss auch dafür Sorge tragen, dass sie nicht

die Freiheit von anderen zerstört. Sie muss bereit sein, ein kooperatives Spiel zu spielen, wo Gegenmeinungen angehört werden und auch eingebaut werden. Das gehört einfach mit dazu.

Nun, wir haben in der heutigen Friedenskonferenz die Formulierung „Friedenspolitik angesichts Klimawandel und Energiekrise“ und Sie fragen sich: Was soll das eigentlich? Das sind doch verschiedene Paar Schuhe? Und haben wir nicht schon genügend Probleme, wenn wir über Friedenspolitik sprechen? Müssen wir unbedingt auch über Klimawandel sprechen, über die Energiekrise?

„Friedenspolitik angesichts der Existenz von Massenvernichtungswaffen“, das ist immer noch wichtig und da hat man auch mal gesagt, dass das ein wesentlicher Punkt sein sollte. In der Zwischenzeit heißt es nicht nur „angesichts der Massenvernichtungswaffen“. Wir fragen uns: Was ist denn eigentlich geschehen, als Russel und Einstein 1955, vor über 50 Jahren gesagt haben: Angesichts dieser enormen Zerstörungskraft von Waffen müssen wir uns im Klaren sein, dass es hier nicht mehr darum geht, was die eine oder andere Seite zu diesem Problem zu sagen hat. Das ist etwas, was die Menschheit als Gesamtes lösen muss. Es geht letzten Endes um das Überleben der Menschheit. Entweder die Atombombe oder der Mensch. Wir müssen irgendetwas tun, damit es nicht weiter eskaliert.

Gemeinsame Probleme

Wir haben keine Konsequenz aus dieser Warnung gehört. Es ist noch immer so, dass einer glaubt, er hat wirklich die Lösung - zum Beispiel für dieses Atomwaffenproblem - und muss sie gegen den anderen durchdrücken. Anstatt dass man sagt, wir haben hier ein gemeinsames Problem. Eine solche Kehrtwende ist aber nur möglich, wenn sich alle betroffen fühlen.

Bei den Massenvernichtungswaffen war es so, dass die eine Seite gesagt hat: Ja, wenn ich diese Waffen allei-

ne habe, dann kann ich den Frieden auf Erden schaffen, dann diktiere ich einfach den anderen den Frieden. Das ist nicht mehr der Fall - und vielleicht Gott sei Dank ist es nicht mehr der Fall. So leicht soll man es sich nicht machen. Aber es ist immer noch das Märchen im Umgang, dass die Atomwaffen letzten Endes der Grund waren, warum wir in Mitteleuropa keinen Krieg mehr gehabt haben seither.

Sind nicht auch einige auf den Gedanken gekommen, wenn man mal einen Krieg erlebt hat, dass man dann keinen großen Wunsch hat, das zu wiederholen? Das ist auch ein



Grund, den Krieg als Mittel endgültig zu begraben und etwas anderes anzufangen. Liegt nicht darin die Motivation dafür, dass wir hier in Europa zu einer Art Union gekommen sind, in der wir gar nicht mehr in Betracht ziehen, auf einander los zu gehen, sondern sagen: Irgendwie schaffen wir das doch.

Nun, in diesem Zusammenhang könnte man sagen: Ein Glück, dass wir diesen Klimawandel vor Augen haben, dass wir in eine Energiekrise rein gekommen sind. Denn jetzt müssen alle merken: Es geht uns alle an. Keiner wird draußen gelassen. Es kann nicht einer sagen: „Mich geht das nichts an“ - was immer noch einige probieren. Es ist ein Problem, das wir als Menschheit lösen müs-

sen. Und wenn wir es nicht lösen können, dann leiden wir alle darunter, die Reichen wie die Armen. Das geht nicht einfach so an uns vorbei.

Bei der Klima- und Energieproblematik steht noch viel mehr auf dem Spiel: Aus meiner Sicht ist die Problematik, die wir heute vor Augen haben, weit weit schwieriger und größer. Sowohl der Klimawandel wie auch die Energiekrise sind nur die Spitze eines Eisberges. Wir sollten nicht glauben, dass wir, wenn wir die beiden Probleme einmal gelöst haben, ein für alle Mal alles geschafft hätten. Nein, wir werden es nicht geschafft haben. Aber wir können froh sein, dass es hier etwas gibt, das allen verständlich gemacht werden kann. Wir alle wissen, was Klima ist. Wir alle erleben: Da gibt es einen Wandel. Es geht nicht nur um wissenschaftliche Überlegungen, bei denen man streitet: Haben die Recht oder haben die Unrecht?

Weitermachen?

Ich will Ihnen gleich sagen: Wissenschaftlich betrachtet wird es nie eine eindeutige Aussage geben. Das liegt nicht an der Unkenntnis der Wissenschaftler. Das Klimaproblem ist ein so genanntes „Chaosproblem“, das gar keine strenge Lösung zulässt. Eines können wir allerdings sagen: Wenn wir so weiter machen wie bisher, dann passiert etwas Furchterliches. Das eine oder andere und ihr könnt euch alle die Katastrophe überlegen, die euch am liebsten ist. Es wird wahrscheinlich keine von denen eintreten, aber eine dritte, vierte und fünfte, an die ihr gar nicht gedacht habt.

Und der Grund ist ganz einfach. Der Grund liegt einfach darin, dass die Pflanzenwelt auf der Erde über Millionen von Jahrhunderten Sonnenenergie aufgenommen hat, die als CO₂ in den Ablagerungsprodukten dieser Pflanzen – sprich in den Energievorkommen in unserer Erde, also in Kohle, Erdöl und Erdgas – gespeichert ist. Wenn dieses CO₂ nun in dem kurzen Zeitraum von ein bis zwei Jahrhunderten wieder in die Atmosphäre entlassen wird, dann bedeutet das für diese eine enorme

Veränderung. Und wir glauben, dass die Natur, die ja so ständig gewachsen ist, sich an diesen plötzlichen Wandel gewöhnen würde? Darin liegt die große Gefahr. Es ist aber nicht eine Gefahr für die Natur, denn die wird immer überleben. Aber wir, die wir an diese spezielle Natur angepasst sind, die wir uns angesiedelt haben an den Orten, wo man leicht überleben kann, wir werden dann zu großen Wanderungen aufgerufen. Wir sind die Leidtragenden bei diesen Sachen.

Und es geht mit der Energiekrise eigentlich genau so, dass wir an dieser Stelle eben feststellen müssen, dass wir einfach nicht so weiter machen können, Ressourcen aus der Erde heraus zu holen, die nur endlich da sind, von denen wir wissen, dass sie erschöpft werden. Und wir stehen dann da und sagen: Wie leben wir weiter ohne diese Energien? Das wäre kein Problem im Prinzip. Aber wenn wir einfach sagen, wir wollen genau das beibehalten, was wir bisher gemacht haben, dann sind wir auf dem Holzweg.

Das heißt, wir sind eigentlich konfrontiert mit der Situation, dass dieser Klimawandel und die Energiekrise uns dazu auffordern werden, neue Lebensstile zu entwickeln, die verträglich sind mit unserer Einbettung in diese größere Natur, die unsere natürliche Lebensgrundlage ausmacht. Es geht nicht nur um den Menschen, sondern wir als Menschen sind nur die empfindlichsten Abhängigen von den Grundlagen, die die Natur uns zur Verfügung stellt. Die Natur ist nicht einfach nur so da, dass wir in ihr herum toben können, wie wir wollen und sagen: Wir sind die Letzten, die überleben werden, weil wir Handys haben. Wir können also den Notarzt rufen, wenn es wirklich schlimm ist. Und am Schluss geht nichts mehr von diesem Zeug, sondern wir wissen nicht einmal mehr, wie wir Kartoffeln anpflanzen, um zu überleben.

Und dann werden diejenigen, die noch trommeln können, die nie ein Handy gehabt haben, die werden sich noch verständigen können. Und

die anderen, die werden verzweifelt an ihrem Handy hängen.

Verzicht?...

Es ist ganz klar, dass wir unsere Lebensweise verändern müssen. Das trifft selbstverständlich hauptsächlich die, die einen hohen Lebensstandard haben, die sagen: Es ist dringend notwendig für mich, dass ich dies oder jenes habe, sonst kann ich mir das Leben nicht vorstellen. Was wirst du denn machen, wenn du keine Waschmaschine mehr hast? Das heißt, wir werden nicht eine Zivilisation haben, in der wir uns eine Waschmaschine nicht mehr leisten können. Aber es wird schon eine Kultur sein, die auch auf Verzicht pochen muss. Und heißt Verzicht, dass wir dann ein schlechteres Leben führen? Vielleicht nicht.

Es ist mir gerade in den letzten Wochen eingefallen – ich weiß einen Verzicht, den ich begrüßen würde. Was würde passieren mit unserem Klimaproblem und unseren Energieproblemen, wenn es uns gelingen würde, am 1. Januar 2009 zu sagen: Sämtliche militärische Operationen und Waffenentwicklungen werden auf Null gefahren. Wie viel CO₂ sparen wir, wie viel Energie sparen wir? Vielleicht müssen wir uns dann gar nicht mehr anstrengen.

...auf Rüstung!

Ich weiß nicht, inwieweit man die Zahlen in den USA mit den unseren vergleichen kann. Die USA hatten im letzten Jahr ein Bruttosozialprodukt von 12.000 Milliarden Dollar und dabei einen Wehretat von 1.100 Milliarden Dollar, was also etwa 10% ausmacht. Das ist ein großer Brocken. Und ich würde sagen, wenn wir eine Umfrage machen würden zu unserem Ausbildungssystem: Wollt ihr lieber, dass die Schulklassen unserer Kindern nur halb so groß sind wie bisher – und würdet ihr dafür den Krieg opfern? Wer würde je Nein sagen? Ich glaube, das wäre ein guter Vorschlag.

Was ich damit sagen will: Mit dem Klimawandel und der Energiefrage haben wir ein Beispiel für eine konkrete Herausforderung an alle

Menschen. Wir haben es mit einem gemeinsamen Problem zu tun, und wir können ausprobieren, ob wir auf der Suche nach Lösungswegen als ganze Menschheit zusammen kommen können. Ein interessanter Lernprozess und wir brauchen ihn nicht in ein paar Jahren zu machen. Wir können uns Zeit dazu nehmen. Aber wenn wir mal auf dem Weg sind in diese Richtung, dann werden wir mit Freuden feststellen, wie schnell wir Kreativität entwickeln, um die dann auftretenden Probleme zu lösen.

Wir haben so viel Kreativität bei unseren Menschen, die nur auf Aufgaben warten und wo es sich lohnt, sie auch wirklich zu erfüllen.

Ich habe in Erinnerung, wie das mit dem Ende des kalten Krieges war. Für viele war das eine große Überraschung. Für andere nicht. Ich habe das gerade mal nachgeschlagen, wie ich seit 1949 fast jedes zweite Jahr in die Sowjetunion gefahren bin und Kontakt mit Physikern hatte. Wenn man die Entwicklung mit erlebt, dann ist es nicht so, dass dann plötzlich etwas passiert, zum Beispiel plötzlich ein Gorbatschow da ist und sich dann von heute auf morgen alles ändert. Im Hintergrund geschah vielmehr eine Vorbereitung auf diese Entwicklung. Man hat früh angefangen, über ökologische Probleme nachzudenken, woran die Partei gar keinen Anstoß genommen hat. Die Leute, die sich mit der Natur

abgaben, die waren ganz ungefährlich, weil sie ja auch keinen Krieg wollten. Und dann hat man vorbereitet und hat eben die Probleme gesehen, die man auf beiden Seiten hatte. Und man hat sich in dieser Zeit überlegt: Könnten nicht der Westen und Osten zusammen gehen und sich (zum Beispiel) gemeinsam darüber Gedanken machen, wie man die Ostsee sauber bekommt? Damals ein Problem. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat man nämlich alle Gasgranaten in die Ostsee geworfen und man wusste: Wenn die aufbrechen, müssen alle leiden, auch Finnland und Schweden und Dänemark; Ost- und Westeuropa wird darunter leiden müssen! Unsere Frage war also: Warum machen wir die Ostsee nicht zu unserer gemeinsamen Aufgabe? (Ich weiß nicht, wie weit die Strategiepläne der Wissenschaftler tatsächlich umgesetzt worden sind.) Oder warum überlegen wir uns nicht: Gibt es nicht eine Rüstung, die nur für die Verteidigung funktioniert und nicht für den Angriff? Nicht provokative Verteidigung.

Gemeinsam

Es waren die Gespräche, die in Gang kamen, wo auf einmal Kontakt zwischen Ost und West war, wo wir

auf einmal wussten: Wir haben ja dasselbe Ziel und wir brauchen keinen Beweis dafür, dass es der andere anstrebt. Wir wollen den Krieg nicht. Aber wie kann ich den Krieg verhindern, wenn ich Angst habe, dass ich von dem anderen angegriffen werde?

Wir müssen anfangen, nicht den anderen zu belehren, wie er leben soll, sondern heraus zu finden, wo



das Gemeinsame ist. An diesem Punkt haben wir die gemeinsamen Interessen und fangen genau dort an, wo wir dasselbe wollen. Und dann finden wir Vertrauen und dann sind wir auf dem Weg, auch andere Probleme zu lösen. Und das möchte ich auch dieser Konferenz mit auf den Weg geben.

Vielen Dank.

aus der UN-Charta, vorgetragen von Jürgen Jung

Präambel:

Wir, die Völker der Vereinten Nationen - sind fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit erneut zu bekräftigen, Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können, den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern, wir sind fest entschlossen, uns für diese Zwecke in Duldsamkeit zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben, unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren.....

Artikel 26:

Um die Herstellung und Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit so zu fördern, dass von den menschlichen und wirtschaftlichen Hilfsquellen der Welt möglichst wenig für Rüstungszwecke abgezweigt wird, ist der Sicherheitsrat beauftragt, Pläne zur Errichtung eines Systems der Rüstungsregelung vorzulegen.

Sabour Zamani

Wege zum Frieden für Afghanistan

Die immer tiefere Verstrickung in Kampfeinsätze in Afghanistan war abzusehen. Gestern im Radio war wieder mal zu hören, wie Worte verschleiern und Unwahrheit mit sich führen: Verteidigungsminister Jung nennt Kampfeinsätze jetzt Stabilisierungseinsätze. Und man dürfe keine „militärische Lücke entstehen lassen.“

Wenn wir fordern, die Afghanistan-Besatzung zu beenden, die Soldaten abzuziehen und die Finanzmittel umzuschichten - wie gesagt: 82 Milliarden zwischen 2002 und 2006 im Vergleich zu 7 Milliarden Entwicklungshilfe! Wenn wir das fordern, fordern wir damit zugleich einen glaubwürdigen Friedensplan.

„Gebt den Afghanen das, was sie zum Leben brauchen, nicht zum Sterben!“ Das sagte Sabour Zamani kürzlich gegenüber dem Spiegel.

Sabour Zamani ist Diplom-Pädagoge und Leiter des afghanischen Kulturzentrums in Berlin. Er war in den 70er Jahren in Afghanistan in der Landwirtschaft tätig. Die afghanische Landwirtschaft mit ihrem traditionellen, beeindruckenden Bewässerungssystem ist völlig zerstört. Verblieben ist ein vermintes, vergiftetes Land mit mehr Opiumanbau denn je.

Seit 1978 lebt er in Berlin, betreut Flüchtlinge und versucht, als eine Stimme des afghanischen Volkes durchzudringen.

Im Namen des Afghanischen Kommunikations- und Kulturzentrums möchte ich Sie alle sehr herzlich bei der diesjährigen Internationalen Friedenskonferenz begrüßen.

Meine Damen und Herren, es ist für mich eine große Ehre, heute Abend zu Ihnen sprechen zu dürfen. Als

ich den Anruf bekam und zu dieser Friedenskonferenz eingeladen wurde, habe ich mich sehr gefreut. Noch mal herzlichen Dank!

In diesem Jahr kommt der Beginn des „Kriegs gegen den Terror“ in Afghanistan ins siebte Jahr. Laut der US-amerikanischen Medien wird der Krieg für Demokratie und Befreiung der Menschen in Afghanistan geführt.

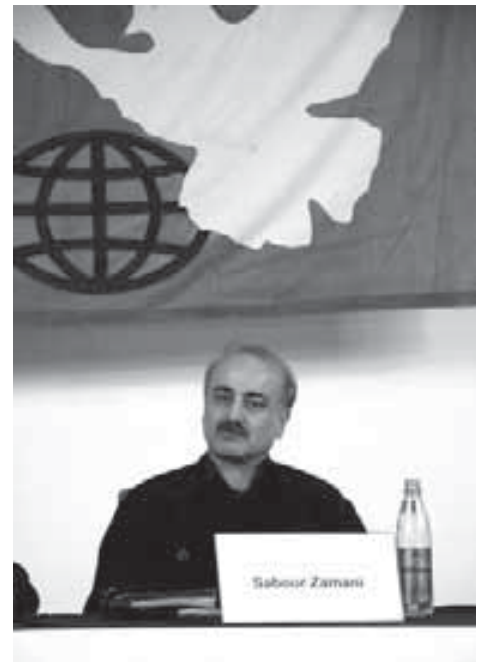
Doch das Land Afghanistan und seine Völker liegen noch immer in Ketten der Taliban und anderer Islamisten. Der Terror der USA, der Nato und der Taliban überziehen das Land.

Heute ist die Zukunft Afghanistans in höchster Gefahr. Der Terror der Taliban und der Terror der Mudjaheddin in den Jahren davor sind nicht reduziert, sondern verschlimmern sich. In der Welt wird der Terror der USA und ihrer Verbündeten nicht als Terror gesehen, sondern als Aufbauhilfe. Als Kampf gegen Terror.

Kampf gegen Terror?

Die Taliban sind ein Produkt der USA und ihrer verbündeten Staaten wie Pakistan und Saudi Arabien. Eben so ist der Terrorismus ein Produkt dieser Weltordnung und eine reaktionäre Antwort auf deren ökonomische und soziale Verwerfungen. Im Kampf gegen den Terrorismus geht es den USA nicht um Ordnung, Sicherheit Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Afghanistan und wo anders auf der Welt, sondern um ihre geostrategischen Interessen in Zentralasien und dem arabischen Raum sicherzustellen.

Vor sechs Jahren hatten die USA



und ihre Verbündeten Afghanistan bombardiert, um den Völkern Afghanistans „Menschenrechte, Demokratie und Freiheit vom Joch der Taliban zu verschaffen und ihnen ein sicheres und friedliches Land zu schenken.“ Um dieses Ziel zu erreichen, hatten sie alle Warlords, Kriegsverbrecher und entehrte islamistische Führer, die von den Taliban aus dem Land vertrieben worden waren, gesammelt und mit Millionen Dollar und Waffen nach Afghanistan geschickt und so hatten die USA und ihre Verbündeten sich auf der Weltbühne als Befreier des afghanischen Volkes von Millionen Zuschauern feiern lassen. Dieses Spiel mit Leichen von Millionen Afghanen war sehr durchschaubar. Wie ein afghanisches Sprichwort sagt: „An seinem Frühling kann man erkennen, ob es ein gutes Jahr und wie die Ernte wird.“ Nun nach 6 Jahren schleichender Vereinigung und Aufstieg aller Terroristen, Islamisten, Drogenmafia, Geldmafia, Häusermafia und westlichen Demokraten im Auftrag der USA ist deren Macht in Afghanistan gefestigt. Sie sind nun alle um ihre Macht besorgt und zittern vor Mullah Omar (*Anführer der Taliban in Afghanistan*) und Hekmatjar (*Gulbuddin Hekmatyar, afghan. Kriegsherr*) und so stehen sie vor ihrer Niederlage gegenüber zwei terroristischen Banden.

Seit 2 Jahren versuchen sie, die führende Köpfe der Taliban und der Islamischen Partei in die Karsai-Regierung zu integrieren.

Die USA und ihre Verbündeten haben uns in den 6 vergangenen Jahren daran erinnert und immer wieder bewiesen, dass es ihnen nicht um die Sicherheit Afghanistans und Menschenrechte und ein besseres Leben für Millionen Menschen, die zwischen Leben und Tod schweben, geht, sondern um ihre eigenen Interessen.

Nach dem Sturz des Taliban Regimes, wie viele dachten, würde die Moral oder wenigstens die Vernunft in die Weltpolitik und so auch in Afghanistans Politik einziehen. Aber nun sind die Masken der Menschenrechte, der Demokratie und des Friedens so zerrissen, dass das wahre Gesicht der Krieg führenden Parteien und aller Sympathisanten, der Mafia-Regierung in Kabul und ihrer Unterstützer, für jeden Mann und jede Frau durchschaubar sind. In Afghanistan ist nicht einmal nach sechs Jahren der Machtkampf um die Aufteilung der Macht beendet. Die USA und NATO wie die verschiedenen Fraktionen in der Karsai-Regierung kämpfen mit allen erdenklichen Instrumenten um die Macht auf Kosten der Bevölkerung Afghanistans. Die größten Verlierer dieses 6-jährigen Machtkampfs und Bombenterrors sind die Völker Afghanistans.

Über zehntausend Tote und kein Schritt vorwärts

Ein Beispiel von Hunderten: Am Freitag, den 27.07.07 klingelte das Telefon des BBC-Reporters in Kandahar: Ein Mann aus Gerishk (*Provinz Helmand, im Süden*) berichtete weinend, dass seine gesamte Familie gestern im Bombardement der Alliierten ausgelöscht wurde. Der Gouverneur von Gerishk, Haji Abdul Hanan, bestätigte dem BBC-Reporter, dass es über 78 Tote und viele Verletzte gab, während die Bevölkerung gerade vor dem Bombardement floh. Taliban-Sprecher Qari Jusuf Ahmadi sagte, dass es auf ihrer Seite keine Toten und Verletzten gab, es

seien nur Zivilisten gestorben. Dies bestätigten auch Miermand-Anwohner (*nahe Usbekistan, im Norden*) und Abgeordnete aus Helmand (*Provinz im Süden*): „Als das Gefecht beendet war und die Taliban sich zurückgezogen hatten, haben US- und NATO-Streitkräfte das Dorf bombardiert.“ Schermohammad Achundzade, ein Abgeordneter aus Helmand, sagte im Parlament: „Zivilisten werden von oben bombardiert und von unten von den Taliban enthauptet.“

Es vergeht kein Tag in Afghanistan, an dem die Zivilbevölkerung nicht Opfer des Bombenterrors der USA und NATO ist.

Die USA und ihre Verbündeten, aber auch die Regierung Karsai in Kabul, versuchten zu Beginn des Krieges, die Menschen zu beruhigen. Sie behaupteten, sehr gute Waffen zu haben, die präzise eingesetzt werden, so dass diese keine Toten unter der Zivilbevölkerung verursachen würden. Doch seit dem Einsatz von Tornados in Afghanistan gibt es drastisch mehr Opfer unter der Zivilbevölkerung. Erst kürzlich haben die Engländer entschieden, nur kleine Bomben über Afghanistan abzuwerfen. Hier wird ein neues Experiment der Waffenindustrie auf Kosten der Bevölkerung in Afghanistan gemacht.

Nach Ansicht der amerikanischen und deutschen Generäle ist die Ursache der Niederlage der 37 Länder in Afghanistan, dass sie zu wenig Soldaten hatten.

Die Zahl der deutschen Soldaten in Afghanistan soll jetzt stark erhöht werden. Nach Ansicht des deutschen Generals Bruno Kasdorf im Hauptquartier in Kabul reichen die 40.000 ISAF-Soldaten „bei weitem nicht aus, um in einem Land, das mehr als doppelt so groß ist wie Deutschland, Sicherheit herzustellen.“ Der General will die Niederlage der 37 Krieg führenden Länder in Afghanistan gegen eine Bande von Taliban nicht zugeben. Die internationale Armee mit den modernsten Waffen der Welt kämpft nicht gegen die Berge, Bäu-

me und Größe des Landes, sondern gegen die Taliban, die nur 2.500 Mann haben. Jedes Mal veranstaltet man eine „Sicherheitskonferenz“ zu der Frage, wie das Problem in Afghanistan militärisch zu lösen ist. Es ist nicht das erste Mal und auch nicht das letzte Mal. Die Geschichte zeigt immer wieder wie diese so genannte Sicherheitskonferenzen zu Unsicherheit in Afghanistan und anderswo in der Welt beitragen. Die US-Regierung und ihre Verbündeten wollen keinen Frieden in Afghanistan. Sie sind selbst Verursacher des Chaos, der Unsicherheit, der Aggression, der Gewalt und des Elends.



Auch die Russen haben in ihrem barbarischen Krieg die Zahl ihrer Rotarmisten auf 100.000 erhöht. Trotzdem mussten sie nach 12 Jahren Bombenterror und Völkermord ihre Niederlage eingestehen und geschlagen aus Afghanistan abziehen. Die USA und die Nato sagen, dass sie die Taliban militärisch besiegen möchten. Tatsache ist aber: Dieser Krieg ist eigentlich kein Krieg gegen die Taliban. Afghanistan wird benutzt als Terrain für Waffenexperimente. Deshalb inszenieren USA und Nato seit Jahren ein so genanntes „Katz- und Maus-Spiel“, um diese fortzusetzen und so ihre Präsenz in Afghanistan zu legitimieren.

Die Taliban wurden im Oktober 2001 innerhalb von drei Tagen in Afghanistan militärisch geschlagen. Danach waren die USA jedoch nicht daran interessiert, sie dauerhaft zu besiegen. So haben sich die Taliban in Pakistan wieder aufgerüstet. Und wegen der katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Lage Afghanistans, wegen dem Hass schürenden Krieg der USA gegen die

Bevölkerung, haben die Taliban wieder an Sympathie bei den Menschen gewonnen.

Wenn man seine gesamte Familie, Nachbarn und Freunde auf einen Schlag verliert, ist es verständlich, dass sich Betroffene mit dem Teufel verbünden und zu allem bereit sind.

In den letzten Jahren gab es viele friedliche Demonstrationen in Kabul, Pul-e-Khumri, Schebergan, Faisabad, Pagman und vielen anderen Orten gegen die Arroganz und das aggressive Vorgehen der US-Amerikaner.

Haji Malik, 76, sagt: „Die Amerikaner sind viel schlimmer als die Russen und alle anderen Kaferen (*Ungläubige*). Sie sind sehr respektlos gegen Muslime und gegen die afghanische Kultur. Sie behandeln uns wie Sklaven und terrorisieren uns.“

Die Hoffnung der Bevölkerung auf Frieden, Sicherheit und ein besseres Leben ist wie eine Seifenblase zerplatzt. Die anfängliche Sympathie für die „Retter“ ist in kurzer Zeit in Ablehnung umgeschlagen. Die Bevölkerung Afghanistans beklagt zunehmend die Aggressivität der Alliierten und das räuberische Verhalten der so genannten internationalen „Helfer.“

Die ISAF und die USA stehen offenbar auf der Seite der Kriegsverbrecher, Drogenmafia und Islamistenführer, unter deren Terror die afghanische Bevölkerung leidet, wenn sie untereinander Krieg führen.

International Beteiligte schützen die Drogenmafia und schließen mit ihr Verträge (so zwischen ISAF und den Drogenmafia-Banden in Helmand 2007). Im Jahr 2005 und auch im Jahr 2007 haben viele Treffen zwischen BND und Taliban-Vertretern in der Schweiz stattgefunden, sowie zwischen CIA und Talibanführung in der Stadt Quitta in Pakistan.

Internationale Allianz und Drogenmafia

Nach neusten Untersuchungen der UNO im Jahr 2007 wurden 95 % des Heroins der Welt in Afghanistan

produziert. Afghanistan hat 36 Heroinfabriken, viele im Norden. Im Jahr 2007 wurde die 8.200ste Tonne Opium verarbeitet.

Karsai-Regierung und die afghanische Presse haben berichtet, dass im Jahr 2007 der Mohnanbau einen unvergleichlichen Rekord erzielt hat. Nach einem UNO-Bericht ist die Produktion von Mohn seit 2006 um 15 Prozent gestiegen. Unter den Taliban waren 29.000 Hektar mit Mohn bepflanzt. Seit 6 Jahren sind es 193.000 Hektar mehr. Allein in Helmand wurden 42 Prozent des Heroins produziert. Im Jahr 2007 in den 13 Provinzen Afghanistans garantierten die Drogenmafia-Banden, Warlords, Taliban und die ISAF gemeinsam den unvergleichlichen Weltrekord der Heroinproduktion.

General James Junis, ein führender NATO-General in London sagte: „Ich denke, Problem Nr. 1 in Afghanistan sind nicht die Taliban und Al Qaida, sondern die Drogenmafia. Wer etwas für die Sicherheit in Afghanistan tun möchte, sollte die Drogenprobleme beseitigen.“ Keine einzige Heroinfabrik wurde in 6 Jahren zerstört, dagegen 1.600 Schulen von den Taliban (Bericht des Erziehungsministers) und viele Häuser und Dörfer von US- und NATO-KStreitkräften.

Die führenden Köpfe der Mafiabanden konnten bis zum Stellvertreter Karsais alle Karriere machen. Die „gemäßigten“ Taliban, Warlords, die Islamisten und die internationalen „Helfer“ haben nicht nur die Regierung fest in der Hand, sondern auch den Heroinhandel. Wer nicht mitmacht, wird mit dem Tod bedroht oder seines Postens enthoben.

Wiederaufbau für wen?

Seit dem Sturz der Taliban im Oktober 2001 wurden angeblich Milliarden für den Wiederaufbau Afghanistans in das zerbombte und vermint Land gepumpt. Von 80 Millionen Euro deutscher Entwicklungshilfe jährlich für Afghanistan fließen 60 Millionen zurück in die Taschen der sogenannten Helfer, Afghanistan-Experten, Terroristen-Experten, NGO-Clans und deren

Mitarbeiter. Afghanistan bekam 12 Milliarden Dollar an Hilfgeldern, weitere 10 Milliarden Dollar wurden bei der Konferenz in London zugesagt. Über 80 Prozent der Milliarden sind entweder zurück an die Geberländer geflossen oder von der Mehrheit der 2.355 NGOs (*Nicht-regierungs-Organisationen*) verschlungen oder von Warlords gestohlen oder in die Taschen hoher Beamter geflossen.

Es ist weltweit bekannt, dass die internationale „Helferszene“ auf Kosten von Millionen Afghanen das Land als Goldmine entdeckten. Herr Ramazan Bascherdust, Minister für Planung und damit Oberaufseher über die Hilfsorganisationen, versuchte den Raub der internationalen Geldmafia zu stoppen, aber ihm wurden von seinem Chef Hamid Karsai die Hände gebunden, denn dieser wollte keinen Konflikt mit internationalen Geldgebern. Dabei hatte Karsai geäußert, dass Bascherdusts Beweise sicher ausreichen würden, viele NGOs zu schließen.

Häuser- und Berater-Mafia

Von den 2355 NGOs, die staatliche Gelder bekommen, haben sich über 80% mit ihren orientalistisch eingerichteten Büros in den wohlhabenden Teilen Kabuls niedergelassen und leisten sich die teuersten Autos.

Viele Schulen, abgesehen von der Hauptstadt Kabul, haben nach sechs Jahren immer noch keine Fenster und Türen. Die Schüler haben kein Schulmaterial und nicht genügend Lehrer und Unterrichtsklassen. Es gibt in zwei oder drei Schichten Unterricht mit 40 bis 60 Schülern in einer Klasse.

Der Minister Paschtun für Stadtentwicklung im Kabinett Karsai berichtet, dass seit über 15 Jahren in der Zeit der Mudjahedin („*heilige Krieger*“) und jetzt zur Zeit der Taliban immer wieder Felder, Häuser und sonstige Wertsachen von höheren Regierungsbeamten beschlagnahmt werden. Es handelt sich dabei um sogenannte Häusermafia-Banden. In diesen Häusermafia-Banden sind auch frühere und heutige Kabinetts-

mitglieder. Der Minister sagt weiter: „Außer Karsai und einigen wenigen sind alle anderen Kabinettsmitglieder in dieser Häusermafiabande aktiv. Alle diese Häusermafiabanden sind bekannt. Aber ich will sie nicht beim Namen nennen, weil sie viel Macht haben.“ (Kabul/Tageszeitungen)

Katastrophale Sicherheitslage

Nicht nur die katastrophale Schulsituation und das rasante Tempo des religiösen Schulbaus sind ein Armutszeugnis der „internationalen Helfer Afghanistans“ und der Regierung Karsai - nach sechs Jahren Aufbau und Engagement in dem Land. Nach Aussage der UNO ist auch ein Viertel der Bevölkerung Afghanistans, über sechs Millionen Menschen, psychisch krank. Und es gibt nur ein einziges Krankenhaus für psychisch Kranke in Kabul mit 60 Betten. Laut eines UNIFEM-Berichts (*United Nations Development for Women; Entwicklungsfonds der UN für Frauen*) sehen zudem 65 Prozent der Witwen in Afghanistan nach jahrelangem Elend im Selbstmord den einzigen Ausweg aus Not und Trostlosigkeit. Der Bericht enthüllt, dass die Mehrheit der afghanischen Frauen psychischer und sexueller Gewalt ausgesetzt ist.

Im UN-Bericht über die menschliche Entwicklung rangiert Afghanistan unter 177 Ländern an 175. Stelle. Nach einem Bericht der UNO hat Afghanistan die höchste Zahl der Tuberkulosekranken. 1,5 Millionen Menschen leiden an Malaria.

Jährlich sterben 85.000 Kinder durch Krankheit. Nur 33 Prozent in Afghanistan können medizinische Hilfe bekommen und nur 12 Prozent haben sauberes Wasser.

Die demokratische Frauenorganisation RAWA berichtet: „Am 23. April 2005 wurde die 29-jährige Amina durch eine Entscheidung des Bezirksgerichts in der nördlichen Provinz Badakhshan öffentlich zu Tode gesteinigt, weil sie des Ehebruchs beschuldigt wurde.“

Taqi Wahedi, Aktivist der Menschen-

rechtsorganisation in Kabul, sagte: „Die meisten Menschenrechtsverletzungen werden von den Regierungsleuten begangen.“ Wenn eine Frau versucht, ihren Vergewaltiger anzuzeigen, wird meistens der Fall mit der Inhaftierung der Frau für beendet erklärt.

Amnesty International berichtet: „In Afghanistan ist die Situation der Frauen überall wie zur Zeit der Taliban, also sehr schlecht. Sie werden getötet, gesteinigt, vergewaltigt und unerwartet verhaftet.“

Entführungen und Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen durch die Machthabenden in den vielen Provinzen, durch verbrecherische Regierungsmitglieder und bewaffneter Mafiabanden, sind an der Tagesordnung.

Nach 6 Jahren: ein Volk im Minenfeld

Noch immer sterben täglich 10 Menschen durch Minen in Afghanistan, davon sind 40% Kinder. Es gibt 200.000 Kriegsverletzte, davon 50.500 Kinder. Noch immer warten 8 Millionen Minen auf 700 Millionen qm in Afghanistan auf ihre Opfer.

Allein im vergangenen Jahr gab es 40 Angriffe auf die Pressefreiheit. Darunter zwei Mordanschläge, einige Entführungen und viele Verhaftungen bei Mitgliedern der Vereinigung afghanischer, unabhängiger Journalisten.

Afghanische Kinder und Jugendliche aus Nordafghanistan werden entführt und im Iran, in Pakistan und den Arabischen Ländern von Menschenhändlerbanden verkauft. Selbstmord und Selbstverbrennung der Frauen steigen von Tag zu Tag. Während Abdul Rahman, wegen seines Glaubenswechsels von den Islamisten in der Karsai-Regierung zum Tode verurteilt wurde, machen die Mörder, Menschenhändler und Frauenvergewaltiger im Schutz der Regierung ihre Karriere, wie Guma Khan, der Gouverneur von Baglan.

Über 50 afghanische Kinder wurden im Iran zum Tode verurteilt. Bei drei von ihnen wurde die Strafe bereits

vollstreckt, da sie schon die Volljährigkeit erreicht hatten, der Rest wird bis zum 18. Lebensjahr gefangen gehalten und dann erhängt.

Die katastrophale Unsicherheit im Land führt dazu, dass viele Menschen erneut ihr Land verlassen. Andere lassen sich dazu verleiten, sich als Selbstmordattentäter bereitzustellen oder anderweitig mit dem Teufel zu paktieren.

In der zusammen gebastelten Regierung, im Parlament und in der Loya Jirga (*verfassungsgebende Versammlung*) sitzen zu 80 % Warlords und Kriegsverbrecher wie Dostum, Khalili (die Stellvertreter von Karsai), Drogenmafiabandenmitglieder wie einige Kabinettsmitglieder und Karsais Bruder, Islamisten und Kriegsverbrecher wie Sayyiaf, Rabani und der ehemalige Taliban-Kommandant Raketi.

Nach 6 Jahren „stolzer“ Aufbauarbeit der internationalen „Helfer“, leben noch immer 5 Millionen Flüchtlinge bedroht vom Hungertod.

Nach sechs Jahren, angesichts des Mangels an Sicherheit, Arbeit und Unterkunft und anderer Probleme, Machtkämpfe und Bombenterror der USA und ihrer Verbündeten, ist die Lage in Afghanistan höchst kritisch, wie eine tickende Zeitbombe.

Man weiß, wie die Lage in Afghanistan nach sechs Jahren Arbeit der internationalen Profiberater aus aller Welt mit ihren „guten Konzepten“ aussieht: das Land kann seine Flüchtlinge nicht aufnehmen. Die Flüchtlinge haben Angst vor einer Rückkehr in ihre Heimat. Über die Lage der Millionen Flüchtlinge im Lande spricht man nicht, obwohl im Land Millionen Flüchtlinge zwischen Leben und Tod schweben.

Dass Millionen Flüchtlinge in Afghanistan und im Ausland in einer katastrophalen Situation leben, interessiert viele „Helfer“ Afghanistans nicht und die Regierung möchte sie gar nicht haben und nichts von ihnen hören.

Die US-Regierung hat Gulbuddian

Hekmatyar nach dem 11. September 2001 auf ihre Liste der meistgesuchten Terroristen gesetzt. Dennoch sitzen viele seiner Mitkämpfer in höchsten Entscheidungsgremien der Regierung und 34 Mitglieder seiner Partei im afghanischen Parlament, ebenso in anderen islamischen Gruppierungen, gewählt nach einem Wahlsystem, das jeder Demokratie spottet.

Der Vertreter des deutschen Außenministers beschwerte sich bei einer Veranstaltung beim Publikum, dass man versucht hat Afghanistan zu



demokratisieren, aber den Afghanen kann man nicht helfen, weil sie keine Demokratie wollen. Der Mann dachte ja auch daran, das Land mit Islamisten, „gemäßigten“ Taliban, Kriegsverbrechern und Mafiabanden in eine Demokratie zu führen und eine Zivilgesellschaft aufzubauen. Sein Konzept für die „Demokratisierung“ Afghanistans scheiterte, daher ist er auf die Afghanen jetzt schlecht zu sprechen.

Die Taliban, Hekmatjar und andere islamistische Parteien, Kriegsverbrecher, Drogenmafia und viele machthungrige Politiker sind die Gewinner der Schlacht in Afghanistan. Sie festigen wieder ihre Macht und möchten eine „verträgliche“ Talibanisierung, Islamisierung a la Mullah Omar, Hekmatjar, Sayyiaf, Rabani und Buch in Afghanistan durchführen und die deutsche Regierung macht alles kräftig mit. So sind wir

Zeugen, dass nach sechs Jahren Bombenterror der USA und ihrer Verbündeten und nach über zehntausend Toten, unschuldige Frauen, Kinder, Männer, nun Volksverbrecher aller Art an der Macht sind. Sie bekommen wie 29 Jahre davor ihre politische, moralische, militärische und finanzielle Unterstützung von allen zivilisierten Regierungen der Welt.

Kein Frieden durch Krieg

Über 29 Jahre Krieg und Völkermord in Afghanistan haben die Kriegsparteien nicht zu ihrem

angeblichen Ziel geführt. Daher sind wir überzeugt, dass auch diese Kriege der so genannten Antiterror- Allianz auch nicht ihre angeblichen Ziele erreichen werden. Dieser Krieg produziert Terroristen und machte das Land und seine Völker zu Gefangenen der

internationalen Terroristen und des Staatsterrorismus, und der internationalen Geldmafia, der Drogen-Mafia und der Islamisten. Man kann keine Terroristenbande dadurch bekämpfen, dass man mit anderen terroristischen Banden paktiert.

Über 5 Millionen Flüchtlinge ohne Zukunft stehen vor dem Hungertod, weil Milliarden Dollar im Namen des Antiterrorkampfes ausgegeben werden und dieser Kampf tötet Unschuldige und hindert die Rückkehr der Millionen Flüchtlinge und produziert noch mehr Flüchtlinge.

- Statt Bombenterror gegen die Zivilbevölkerung sollte es ein Austrocknen der Zulaufquellen für Waffen und Geld der Taliban geben; und die Entmachtung aller Mafiabanden, Kriegsverbrecher und Islamistenführer.

- Es sollte politische und finanzielle Unterstützung aller demokratischen und zivilen Kräfte und Persönlichkeiten geben und für ihre Sicherheit Sorgen getragen werden.
- Weiterhin: Ehrliche Unterstützung aller Frauen-Organisationen und Beteiligung der Frauen an der Regierung und den Entscheidungsgremien.
- Kein Einsatz der internationalen Soldaten in einem unsinnigen Krieg gegen die Zivilbevölkerung in Afghanistan! Kein deutscher Soldat zum Schutz der Drogenmafia und Warlords und Islamisten!
- Keine Macht den Taliban und andern Islamisten und Kriegsverbrechern!
- Wir fordern Schutz der Menschenrechtsaktivisten und Journalisten, die kritisch berichten und sich für die Sicherheit und den Schutz der Zivilbevölkerung und für einen ehrlichen Aufbau Afghanistans einsetzen!
- Die letzten 29 Jahre der Geschichte Afghanistans zeigten, dass die Vereinigung aller Islamisten, Terroristen, Kriegsverbrecher und Warlords nicht zum Frieden und zur Sicherheit des Landes führt, sondern die Lage verschlimmert, verschärft und Frieden und Sicherheit unmöglich, aber den internationalen Terrorismus stärker macht.
- Demgegenüber sollte die Entwicklung einer Kultur der Gewaltfreiheit und der Vernetzung aller Friedens- und Sozialbewegungen möglich gemacht und diese unterstützt werden.

In Afghanistan sind nicht nur die Warlords und Islamisten, da sind auch viele andere Menschen, die seit über 30 Jahren immer wieder beweisen, dass sie eine sehr gute Arbeit für Frieden und Sicherheit des Landes leisten. Diese Menschen dürfen nicht länger ignoriert werden, sondern diesen muss geholfen werden!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Ursula Sladek

Wie die Elektrizitätswerke Schönau zum Frieden beitragen

*Abschrift und Bearbeitung Alexander
Nicht*

*Dezentrale Energieversorgung, ist das
mehr als ein kleiner vernünftiger Öko-
Baustein?*

*Ich bin im Mai 2006 bei einem
Stromversorger Kunde geworden, der
mir den schönen motivierenden Satz
schrieb: „Jeder Kunde, der sich wie Sie
entschließt, sein Stromgeld den Atom-
und Kohleunternehmen zu entziehen,
bringt uns alle ein Stück weiter in eine
atomfreie und zukunftsfähige Ener-
gieversorgung, auch im Interesse von
Weltfrieden und Gerechtigkeit!“ Und
meine Stromchefin aus dem Dorf der
Stromrebellin Schönau ist jetzt hier! -
Ursula Sladek!*

*Sie und ihr Mann Michael Sladek
gelten als die Eltern der „bürgereigenen
(!!) Elektrizitätswerke Schönau!“
Es gelang ihnen mit Unterstützung
einer kolossalen solidarischen bun-
desweiten Spendergemeinschaft, das
Elektrizitätswerk aufzukaufen. Heute
versorgt es auch Münchnerinnen wie
mich und 63.000 weitere Kunden. Sie
sind leuchtende Vorbilder auf einem
Weg, die Energiefrage wieder zu einer
öffentlichen Frage und keiner Frage der
Rendite für Großkonzerne zu machen.*

*Für ihr Engagement bekamen die Sla-
deks 1999 den „Nuclear Free Future
Award“, 2003 den „Europäischen
Solarpreis“ und 2004 das „Bundesver-
dienstkreuz“. Da geht der Bund also
schon mal in die richtige Richtung!*

*Ursula Sladek spricht zu uns über den
Beitrag des Energieverhaltens zum
Frieden!*

Ein Ort wie das kleine Schwarz-
waldstädtchen Schönau und seine

Elektrizitätswerke, was trägt
das zum globalen Weltfrieden
bei?

Da muss man ein bisschen
zurückgehen, und zwar zum
26.04.1986, als im Reaktorblock 4
des Atomkraftwerkes in Tschernobyl
eine Explosion stattfand, die eine
radioaktive Wolke freisetzte, die
um den halben Erdball zog. 400000
Menschen wurden damals evakuiert,
die gesundheitlichen Folgen waren
weder räumlich noch zeitlich ein-
zugrenzen. Der Gau von Tschernobyl
war für die Schönauer Bürger der
Auslöser, sich mit Energie zu be-
schäftigen und zwar über die eigene
unmittelbare Betroffenheit hinaus.
Nachdem wir in Tschernobyl die
Auswirkungen eines atomaren Un-
falls gesehen hatten, war für uns der
Ausstieg aus der Atomenergie das
erklärte Ziel unseres Handelns. Der
Ausstieg aus der Atomenergie hat,
so denke ich, sehr viel mit Friedens-
sicherung zu tun. Es ist sehr schwer,
eine scharfe Trennung zwischen
militärischer und ziviler Nutzung
der Atomenergie zu ziehen. Radio-
aktive Stoffe wie z.B. Plutonium und
hochangereichertes Uran können
sowohl zur Atomstromproduktion,
als auch zum Bau von Bomben ver-
wendet werden. Vielen Ländern wird
zu Recht oder zu Unrecht unterstellt,
nur deswegen Atomkraftwerke zu
wollen, um das Verbot der Weiter-
verbreitung von Atomwaffen zu
umgehen. Iran, Nordkorea, Weiß-
russland sind nur ein paar Beispiele
für die Ängste, die der Wunsch nach
Atomenergie und dem damit evtl.
verbunden Risiko eines militärischen



Angriffs, in der westlichen Welt
auslösen. Wollte man hier Sicher-
heitsrisiken weitgehend ausschlie-
ßen, so gibt es die guten Länder, die
Atomkraftwerke haben dürfen und
die bösen, denen es verwehrt wird.
Auch dies keine gute Voraussetzung
für ein friedliches Miteinander.

Atomanlagen und Krieg

Zwar hat die Atomtechnologie von
Anfang an militärischen Zwecken ge-
dient, doch die größten Mengen an
radioaktivem Abfall fallen heute bei
der zivilen Nutzung an. Jede zivile
Atomanlage kann ein militärisches
oder terroristisches Ziel werden.
Aber Frieden hat ja nicht nur etwas
mit der Abwesenheit von Krieg und
militärischen Auseinandersetzungen
zu tun. Frieden hat auch etwas mit
dem Erhalt der Lebensgrundlage,
mit dem Frieden für die Schöpfung,
mit dem Frieden für die kommen-
den Generationen zu tun. Aber
auch da sind wir schon wieder bei
der Atomenergie. Noch bevor eine
einzige Kilowattstunde Atomstrom
aus der Steckdose kommt, ist in
den Uranabbauländern unendlich
viel Leid verursacht worden, ganze
Landstriche werden verwüstet, der
Lebensraum und die Gesundheit
indigener Völker zerstört. Es gibt
mehr Leukämie, mehr Krebs – gab
diese Woche eine gute Dokumen-

tation im Fernsehen zu Uranabbaugebieten in Australien bekannt [<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/content/423602?inPopup=true>]- und dieser Film hat etwas gezeigt, was wir auch vor einiger Zeit wieder über Studien hier in Deutschland gehört haben, dass im Umkreis von atomtechnischen Anlagen Kinderkrebs (Leukämie) häufiger auftritt. Das ist natürlich in den Uranabbaugebieten noch mal viel schlimmer, gerade in Ländern, in denen Sicherheitsvorschriften gar nicht eingehalten werden. Nicht zu reden natürlich von den radioaktiven Müllbergen, die 250000 Jahre sicher aufbewahrt werden müssen. 250000 Jahre, das ist ein Zeitraum, den kann ich mir nicht vorstellen. Ich hab das mal versucht in Generationen, das sind 10000 Generationen; auch das kann ich mir nicht vorstellen. Der Mensch kennt meistens 5 Generationen, wenn er glücklich ist, die Urgroßeltern und die Urenkel noch, aber 10000 Generation? Jesus Christus hat vor 80 Generationen gelebt und der Neandertaler vor 4000, da kriegt man auf einmal ein bisschen ein Gefühl dafür, was das bedeutet.

Klimaveränderung

Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre rückte dann immer stärker ein zweites großes Problem in das öffentliche Bewusstsein. Die weltweiten Klimaveränderungen, die hauptsächlich auf dem ungezügelter Verbrauch fossiler Brennstoffe und der damit zusammenhängenden CO₂ Emission und anderer Klimagase zurückzuführen sind. Wir hatten schon sehr frühzeitig Kontakt mit Prof. Hartmut Graßl, einem der führenden Klimatologen der Welt, der uns schon damals motivierte, auch gegen den Klimawandel aktiv zu werden. Auch das Klima ist eine Frage von Krieg oder Frieden. Die Klimaerwärmung hat nach Einschätzung bedeutender Klimaforscher verheerende Folgen für die Menschheit. Der steigende Meeresspiegel bringt Millionen von Menschen in Küstenregionen in Gefahr. Tier und Pflanzenarten sterben aus. Krankheiten durch verseuchtes Trinkwasser breiten sich aus und

in bereits trockenen Gegenden vor allem in Asien sind ganze Ernten bedroht. Betroffen sind vor allem die ärmsten Länder der Welt. Politiker und Wissenschaftler befürchten, dass der Klimawandel nicht nur zu ökologischen Katastrophen führt, sondern auch den Frieden und die Sicherheit weltweit bedroht. Mit dem Klimawandel wird die Gefahr von Krisen, Flucht und Kriegen einer neuen Studie zufolge weltweit steigen. Zu befürchten sind Verteilungskonflikte um Wasser und Nahrung, die in einigen Regionen durch die Klimaveränderung noch knapper werden. Dies geht aus einer Studie des wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung „Globale Klimaveränderungen“ aus dem vergangenen Jahr hervor. Danach leben bereits heute 1,1 Milliarden Menschen ohne sicheren Zugang zu ausreichendem Trinkwasser. 850 Millionen sind unterernährt. Durch den Klimawandel erwartet man drastische Verschlimmerungen. Ernteausfälle, Meeresspiegelanstieg – all das wird Verteilungskonflikte und Wanderungsbewegungen zur Folge haben. Gerade Krisenregionen werden so weiter destabilisiert werden. Der Klimawandel wird schwelende Konflikte weiter anfachen. Bereits heute geht man nach einer Studie der Hamburger Universität von rund 20 Millionen Klimaflüchtlingen aus. Durch die Folgen des Klimawandels rechnet man mit einer Steigerung auf 200 Millionen innerhalb der nächsten 30 Jahre [http://www.co2-handel.de/article256_5927.html]. Welches ungeheure Konfliktpotenzial dies innerhalb der Entwicklungsländer und an den Grenzen der Industrienationen mit sich bringt, mag man sich kaum vorstellen. Der Erfolg oder Misserfolg beim Klimaschutz wird so ganz unmittelbar auch über Krieg und Frieden für unsere und kommende

Generationen entscheiden. Auch die Verknappung fossiler Rohstoffe wird zunehmend zu Verteilungskämpfen führen. Es gehört wenig Phantasie dazu sich vorzustellen, dass die Auseinandersetzungen häufiger und härter werden, je weniger Rohstoffe zur Verfügung stehen. Angesichts weltweiter Klimaveränderungen und Verknappung von Kohle, Öl und Gas fordern Energieversorger und teilweise auch Politiker eine Renaissance der Atomenergie. Der Weiterbetrieb alter Anlagen wird gefordert, wenigsten bis die erneuerbaren Energien ausreichend zur Verfügung stünden. Jedoch die Atomenergie ist kein Retter in der Not. Im Gegenteil. Wer Klimaschutz will muss auf Atomenergie so schnell wie möglich verzichten.

Klimagerechtigkeit

Atomkraft zementiert die verschwenderischen, zentralen Strukturen, die



angebotsorientiert Strom zur Verfügung stellen, der über weite Strecken transportiert und vom Verbraucher verbraucht werden muss. Auch Uran ist ein endlicher Rohstoff. Die internationale Atomenergiebehörde hat letztes Jahr veröffentlicht, dass

das weltweit zur Verfügung stehende Uran, noch 60 Jahre für den Betrieb der bereits bestehenden Atomkraftwerke ausreiche. Schon jetzt sind die Uranvorkommen nicht mehr so ertragreich, was dazu führt, dass der Uranabbau immer energieintensiver wird, und so zu immer höherem CO₂-Ausstoß führt. Und damit kommen wir zu dem letzten Irrtum. Atomkraft ist nicht CO₂ neutral, sondern erzeugt - wenn man die gesamte Prozesskette betrachtet - pro Kilowattstunde in Deutschland ca. 40g CO₂ mit wachsender Tendenz. Wachsender Tendenz deswegen, weil im Uranbergbau eben wegen des rückläufigen Urangehalts im Erz immer mehr fossile Energie eingesetzt werden muss und deswegen - so haben das Forscher von der „Oxford Research Group“ ausgerechnet - wird die Atomenergie ab dem Jahr 2050 ebenso Klima schädlich sein, wie fossile Kraftwerke. Damit ist die Legende von der klimafreundlichen Energie endgültig vorbei.

Wir müssen dann auch über Energiegerechtigkeit nachdenken. Noch heute ist es so, dass Dreiviertel aller Energie von einem Viertel der Weltbevölkerung verbraucht wird. Das kann so nicht weitergehen, das ist ganz klar. Wenn man jetzt ein Fazit aus alldem zieht, dann sieht

man, dass die gleichen Maßnahmen notwendig sind für den Ausstieg aus der Atomenergie, wie für den Klimaschutz und die Sicherung des Friedens in Sachen Energie: Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Das, was ich ihnen jetzt vorgetragen habe, war der Grund, weshalb wir in Schönau aktiv geworden sind.

Energie einsparen

Uns in Schönau war es wichtig, nicht zu warten, bis die Politik oder die Energiewirtschaft handeln. Wir wollten selbst etwas tun. Wir haben angefangen, uns kundig zu machen in Sachen Energie und sind darauf gestoßen, dass die Energieverschwendung eines der Hauptprobleme überhaupt ist. Die Energieverschwendung beim Verbraucher und die Energieverschwendung in der Produktion. Wir haben uns dann erstmal dem Verbraucher zugewendet, denn eins ist klar: Wir westlichen Industrienationen verbrauchen einfach alle viel zu viel Energie. Ungefähr zehn Mal soviel wie ein Inder, das heißt, wir haben ein Reduktionspotenzial. Wir wollten mal schauen, geht das denn, auch ohne dass man auf Lebensqualität verzichtet? Und wir haben festgestellt, ja, je nachdem wie hoch der Ansatz war, d.h. je nachdem

wie hoch der Ausgangspunkt war, dass jeder von uns aus der kleinen Gruppe, die sich zunächst in Schönau gebildet hatte, wirklich seinen Stromverbrauch drastisch reduzieren konnte. Durch intelligente Nutzung, durch Verzicht auf Standby und Leerlauf Stromverbrauch, was übrigens in Deutschland 2 Atomkraftwerke braucht, nur um Standby- und Leerlaufverluste, d.h. Strom der sozusagen überhaupt nicht verbraucht wird und niemanden reich macht außer die Energieversorger. Ja und natürlich dann auch durch den Einsatz stromsparender Geräte. Wir haben dann in einem zweiten Schritt die Energieeinsparaktivitäten auf den ganzen Ort ausgedehnt. Es nützt ja nichts, wenn einige wenige Leute sich richtig verhalten, wir wollten ja, dass ganz Schönau das tut und zwar aus Überzeugung. Jetzt ist ja Stromsparen nichts, wo alle Leute sagen „O ja da will ich unbedingt mitmachen“, sondern das ist etwas, wo jeder sagt „mh... ja ich weiß... aber...“, d.h. wir mussten uns was ausdenken. Wir sind dann auf die Idee gekommen und haben Stromsparwettbewerbe mit den Schönauern gemacht. Wir haben also dieses „höher, schneller, weiter“, was alle Menschen ja in anderen Zusammenhängen so toll finden, auch mal für eine ökologische Sache genutzt. Das



hat dazu geführt, dass die Schönaauer nicht nur weniger Strom verbraucht haben, sondern in Sachen Energie auch sehr fit geworden sind, sich mit Zusammenhängen beschäftigt haben, verstanden haben, dass das, was jeder Einzelne tut, nicht nur ein persönliches, ein individuelles oder ein lokales Problem ist, sondern dass die Vielzahl aller Einzelnen eben die globalen Probleme hervorrufen. Und dass, ohne jetzt die Politik aus der Verantwortung entlassen zu wollen – das ist gar nicht unser Ansatz –, aber trotzdem jeder Einzelne natürlich etwas dazu beitragen kann, die Probleme wieder zu verringern. Ja, als nächstes haben wir uns dann der Energieproduktion zugewendet. Aus den Ausführungen von vorhin ist klar geworden, Atomenergie, Kohlestrom – alles keine Lösung. Es kommt noch ein Problem dazu: die zentralen Kraftwerke verschwenden ungeheuer viel der eingesetzten Primärenergie einfach in Wärme, die an die Umgebung abgegeben wird und die Atmosphäre aufheizt. Dies ist auch noch ein zusätzlicher Grund, warum zentrale Großkraftwerke keine Lösung sein können, sondern die Lösung in den kleinen dezentralen Kraftwerken liegt: In den erneuerbaren Energien, in der Kraftwärmekopplung, eben in Technologien, die dort Strom erzeugen, wo er auch verbraucht wird. Das sind nachfrageorientierte Technologien, d.h. sie sind flexibel, sie können wirklich zur richtigen Zeit so viel Strom produzieren, wie die Bürger auch verbrauchen. Es kommt hinzu, dass diese Technologien eben überall einsetzbar sind – anders wie Kohlevorkommen oder Standorte von großen Kraftwerken – die dezentralen Technologien sind überall. Die Sonne scheint auf alle, auf Gerechte und Ungerechte und nicht nur auf die großen Energieversorgungsunternehmen. D.h. wir haben dann in einem zweiten Schritt eine kleine Firma gegründet, haben Wasserkraftwerke reaktiviert, haben Blockheizkraftwerke finanziert und haben eine ungeheuer tolle Entdeckung gemacht: Dass ein gutes Projekt, was auch gut dargestellt werden kann, selten an Geldmangel

scheitert. Denn es gibt immer mehr Menschen, die wollen ihr Geld gar nicht anonym am Bankschalter abgeben, damit dann mit dem Geld Dinge gemacht werden, die sie sicher nicht unterstützen würden, wenn sie es genau wüssten, was damit passiert, sondern die einfach sagen, „ja ich möchte wissen, was mit meinem Geld passiert“ „ich such mir ein Projekt aus, hinter dem ich stehe“ „da geb’ ich mein Geld rein, da kann ich dann vielleicht sogar mit der Familie einen Sonntagsspaziergang hinmachen und mich darüber freuen, wie die Windmühle oder die Solaranlage regenerativen Strom erzeugt“. Wir haben in Schönau auf diese Art und Weise sehr, sehr viele Anlagen schon ans Netz gebracht, allerdings haben wir dazu erst noch etwas machen müssen: Nämlich die Stromversorgung unserer Gemeinde übernehmen. Das hört sich jetzt natürlich so einfach an. Das war ein ganz schönes Stück Arbeit, wie Sie sich vorstellen können! Wir sind aber von unserem Energieversorger so zu sagen dazu gezwungen worden, weil der uns bei gar nichts unterstützen wollte. Weder bei Stromsparaktivitäten, noch bei den erneuerbaren Energien, sondern er hat uns immer nur riesengroße Steine in den Weg gelegt und versucht, alles zu verhindern, denn er wollte ja Strom verkaufen und nicht Strom sparen. Und er wollte den Strom aus seinen eigenen Kraftwerken verkaufen und nicht, dass die Bürger auf einmal selbst anfangen, Strom in kleinen Kraftwerken zu erzeugen. Ja so entstand dann die Idee, wir übernehmen die Stromversorgung in Schönau. Wir bewerben uns um die Stromkonzession. Eine verrückte Idee. Wenn ich heute so zurückblicke, kann ich kaum glauben, dass ich dabei war und diejenige war, die diese Idee gehabt hat. Aber wir haben sie konsequent umgesetzt. Wir haben jahrelang dafür gekämpft, wir haben zwei Bürgerentscheide geführt, wir haben wie gesagt große Unterstützung aus der ganzen Bundesrepublik bekommen beim Kauf des Stromnetzes und wir haben zum 1.7.1997 die Stromversorgung in Schönau übernommen. Wir wollen

nicht reich damit werden, das war von keinem der damals 750 Bürger, die sich als Gesellschafter an unseren bürgereigenen Elektrizitätswerken beteiligt haben, der Ansatz. Der Ansatz war, wir wollen etwas bewegen! Wir wollen etwas ändern! Wir wollen zeigen, dass es möglich ist, mit einem kleinen Energieversorgungsunternehmen, ökologische Dinge umzusetzen auch unter wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Und ich glaube, wir haben das in den 10 Jahren, die seither vergangen sind, gezeigt, dass wir das ganz gut hinbekommen haben.

Gezielte Förderung

Wir haben die Photovoltaik, zu Zeiten, als es noch kein „Erneuerbare Energien Gesetz“ und gute Vergütungen gab, schon mit 1 Mark pro Kilowattstunde in Schönau vergütet, was dazu geführt hat, dass wir einen Boom von Anlagen bekommen haben, lange bevor das in anderen Orten der Fall war. Heute erzeugen wir schon 3% unseres gesamten Verbrauchsstromes als Photovoltaik-Strom in Schönau. Bundesweit sind das 0,7%. Ebenso haben wir dafür gesorgt, dass es viele Blockheizkraftwerke in Schönau gibt. D.h. wir haben in dem kleinen 2500 Einwohner zählenden Ort heute 16 Blockheizkraftwerke. Es gibt kaum ein Projekt, bei dem nicht geprüft wird, ob es Sinn macht, so ein Blockheizkraftwerk zu installieren. Ökologisch und ökonomisch Sinn macht! Das kommt natürlich dadurch, dass wir den Strom, der in das Netz eingespeist wird, gut vergüten, denn wenn man möchte, dass eine Technologie wirklich breit in den Markt kommt, eine sinnvolle Technologie, dann muss man eben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dafür setzen, sonst machen es nur einige wenige Triebkräfte vielleicht, aber die breite Masse macht es eben nicht. Ja und dann kam 1998 die Liberalisierung des Strommarktes. Das war natürlich eine Steilvorlage für die Elektrizitätswerke Schönau. Wir haben die Stromversorgung für den Ort Schönau umgestellt auf erneuerbare Energien und Kraftwärmekopplung. Das war ein Lernprozess damals, am

Anfang wusste ja gar niemand, wie geht das denn überhaupt, jemanden per Durchleitung, per Netznutzung zu versorgen. Das war man ja in dem vorherigen Monopolmarkt nicht gewöhnt, da war der Energieversorger sozusagen der Fürst, der bestimmt hat, die Untertanen mussten gehorchen. Da konnte man nichts wählen, weder ökologisch noch sonst in irgendeiner Hinsicht, aber wie gesagt, wir haben dann unseren Stromproduzenten sehr schnell ausgetauscht und seit dem Jahr 1999 wird ganz Schönaun atomstrom- und kohlestromfrei versorgt.

Der nächste Schritt war zwangsläufig auch durch die Liberalisierung vorgegeben. Wir sind als bundesweiter Ökostromanbieter auf den Markt gekommen. Und jetzt kann man sich natürlich fragen, was bringt denn der Verkauf von Ökostrom überhaupt? Ändert der irgendetwas? Zunächst mal nicht, würde ich sagen, außer dass man natürlich den großen Energieversorgungsunternehmen durch den Wechsel seines Stromanbieters zeigen kann, dass man mit seiner Politik nicht einverstanden ist mit seiner Atom- und Kohlestrompolitik und zwar auf eine Art, die die Energieversorger verstehen. Nämlich, indem man ihnen das Stromgeld entzieht. Das ist eine Sprache, die die Energieversorger sehr gut verstehen, denn von Geld verstehen sie eben was. Zunächst ist es erstmal nur eine Umverteilung, weil die Kunden, die vorher den Strom auch im Mix hatten, bekommen jetzt mehr dreckigen Strom und die anderen bekommen den sauberen Strom. Was wäre denn damit gewonnen? Nur dann gewinnt man etwas, wenn der Kauf von Ökostrom auch dazu führt, dass wieder neue Anlagen entstehen. Wenn wir davon reden heute, dass der Umbau der Energieversorgung bis zum

Jahr 2020, wie jetzt die EU und die Bundesregierung beschlossen haben, so ungefähr bei 30% erneuerbaren Energien liegen, was nicht mal so ein sehr ambitioniertes Ziel ist, ich denke, es wäre weit mehr erreichbar, aber trotzdem wenn wir davon reden, dann müssen eben ständig neue Anlagen hinzukommen. Und genau das machen wir mit unserem Strom. Wir haben in unserem Strompreis einen so genannten Sonnen-Cent. Mit diesem Sonnen-Cent fördern wir Anlagen in ganz Deutschland. Und wir fördern nicht



nur Anlagen, sondern wir fördern Bürgerengagement. Wir fördern es, dass überall ähnliche Verhältnisse entstehen wie in Schönaun, dass die Bürger sich mit diesen Themen sehr intensiv beschäftigen, dass sie sich Gedanken machen, dass sie sich zusammentun, dass sie gemeinsam z.B. Gemeinschafts-Photovoltaik-Anlagen installieren, dass sie gemeinsam Windkraftanlagen finanzieren, dass sie sich ihrer Verantwortung für das Globale bewusst werden und danach handeln.

Umstellung

Wir haben auf diese Art und Weise schon an 1100 Orten in Deutschland mit dazu beigetragen, dass solche neuen Anlagen und Aktivitäten entstanden sind. Ich glaube, daran sieht man am besten, was die Elektrizitätswerke Schönaun wirklich wollen.

Mein Wunschtraum wäre, dass es uns gelingt, bis zum Jahr 2050 die Energieversorgung vollkommen auf erneuerbare Energien umzustellen. Es gibt inzwischen viele Studien, die sehr gut darstellen, dass dies möglich ist. Es gibt heute Untersuchungen darüber, wie all diese kleinen Kraftwerke zu virtuellen Großkraftwerken zusammengefasst werden können, durch intelligente Regeltechnik. Wir machen in Schönaun auch selbst mit dem Fraunhofer-Institut in unserem Stromnetz eine solche Untersuchung. Ich denke

dass es in 10, 20, 30 Jahren überhaupt kein Problem mehr sein wird, dass die Vielzahl der vielen kleinen Anlagen wirklich so zusammengefasst werden, dass sie wie ein Großkraftwerk alle 8760 Stunden im Jahr Strom liefern, so wie Sie es jetzt auch gewöhnt sind. Natürlich muss man den Stromverbrauch etwas reduzieren, das wird mit vielen technischen Möglichkeiten gemacht werden können.

Da, denke ich, muss die Politik wie natürlich auch beim Fortschritt bei den erneuerbaren Energien von uns Bürgern einfach immer wieder erinnert werden und zwar sehr eindrücklich erinnert werden, was wir von der Politik erwarten. Aber ich denke, das hat Schönaun gezeigt, wir warten nicht, bis die Politik etwas tut, wir tun selber etwas, wir krempeln die Ärmel hoch, wir sind uns unserer Verantwortung bewusst. Jeder kann mitmachen, jeder an seinem Ort, das ist das Schöne eigentlich, und so wird der Satz „Lokal handeln und global denken“ dann auch Wirklichkeit.

Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

Hans-Christof Graf von Sponeck

Friedensaufgaben der UNO – Welche Reformen? Beispiel Mittlerer Osten.

*Abschrift vom Band: Eva Rosendahl,
redigiert von H.-C. von Sponeck*

Ich freue mich, dass heute einer bei uns ist, der das Gute der UN-Charta sehr verkörpert. Es ist eine tiefe humane und politische Verpflichtung, zu glaubwürdigen internationalen Verträgen als Garant für internationalen Frieden zu gelangen.

Als UNO-Koordinator für die Umsetzung des „Öl für Lebensmittel“-Programms zuständig, stellte Graf Sponeck sich auf die Seite der Bevölkerung und scheute nicht den Konflikt mit den Regierungen der USA und Großbritanniens und Vorgesetzten der UN-Zentrale in New York. So überließ er dem UN Sicherheitsrat und den Vertretungen der USA und Großbritanniens bei den Vereinten Nationen Fotomaterial über die Folgen der alliierten Bombenangriffe und Sonderberichte über das Leid der Menschen. Anfang 2000 trat Hans-Christof Graf Sponeck von dem UNO-Posten zurück, weil er die durch Krieg und Sanktionen verursachte Verarmung der Menschen aus humanitären und menschenrechtlichen Gründen nicht mittragen wollte. Dafür unser Dank!

Er ist von Beruf Anthropologe und Demograph und war nach dem 2. Weltkrieg einer der ersten deutschen Mitarbeiter bei der UNO. Er arbeitete für sie als Entwicklungsbeauftragter 30 Jahre lang auf allen Kontinenten außer Australien, bis zu seinem Protestrücktritt im Jahre 2000. Bekannt wurde er eben für dieses mutige Eintreten für eine glaubwürdige Rolle der UN im Irak. Er war dort, wie gesagt, zustän-

dig für das humanitäre Notprogramm „Oil for Food“. Er leistete Widerstand gegen den Missbrauch der UNO.

*Als Jugendlicher war er übrigens auch schon eher im Widerstand - er war einer der ersten Kriegsdienstverweigerer. Sein quasi doppelter Zivildienst hat auch damit zu tun, dass er als Fünfjähriger, ähnlich wie Peter Härtling, beide Eltern an den Krieg verlor. Sein Vater, Graf von Sponeck, hatte als Armeegeneral im Dezember 1941 einen Kampfbefehl verweigert und damit seiner gesamten Infanteriedivision das Leben gerettet. Er wurde dafür 1944 von Himmler zum Tode verurteilt und erschossen. Seine letzten Worte waren: „Ich sterbe in der Hoffnung auf ein besseres Deutschland“. Das wurde für Hans-Christof von Sponeck zur Lebenspflicht. Seine Heimatstadt Bremen zeichnete ihn dafür mit dem Friedenspreis aus. Er hat kürzlich das Buch herausgebracht „Ein anderer Krieg – das Sanktionsregime der UNO im Irak“ *. Er wird zu uns aber vor allem über die Rolle der UN sprechen in Bezug auf zukünftige Friedensmissionen und über seine Erfahrung im Irak.*

Vielen Dank!

Wir haben soviel Wichtiges und ich meine auch Bewegendes gehört, dass mir eigentlich der Kopf raucht. Wenn ich da gesessen hätte im Publikum, weiß ich nicht, ob ich nach der Pause noch geblieben wäre.

Es ist eine lange Reise über die wir hören: München – Kabul – Schö-



nau – Mittlerer Osten – zurück nach München. Über meinen Teil der „Reise“ erwarten Sie natürlich auch einen sachlichen Vortrag. Dies verstehe ich vollkommen. Aber ich muss Ihnen sagen, der sachliche Vortrag kommt, vorher allerdings kommt noch was anderes.

Politiker und Frieden?

Vortragende, meine Damen und Herren, sind auch Menschen, Menschen mit Gefühlen. Und diese Gefühle, die sind bei mir sehr stark, wenn es um dieses Thema geht, das ich heute Abend vorzutragen habe. Bei mir ist große Enttäuschung. Vielleicht auch Verbitterung. Und was man eigentlich nicht haben sollte, auch Zorn. Zorn über unsere Unfähigkeit der Umsetzung. Ich sage „unsere“, nicht „die anderen“, es sind wir auch. Die Umsetzung dessen, was wir für richtig und wichtig ansehen und halten. Gerade in diesen Tagen, in den Tagen des Umbruchs und der großen Gefahren. Ich bin kein Schwarzmalerei, ich bin Optimist von Natur her, ich bin auch kein Verschwörungstheoretiker, aber es sind schwierige Tage mit großen Gefahren für die Menschheit.

Es ist beschämend, muss beschä-

mend eigentlich für jeden normalen Menschen sein, wenn man sieht, was in den letzten Wochen, in Gaza zum Beispiel, geschehen ist. Aber ich sage das von einer Warte, die Sie vielleicht nicht erwarten. Ich sehe es von einer anderen Seite her. Es ist beschämend, dass einfache, normale Menschen in Gaza Geschichte machen müssen, um aus diesem Käfig auszubrechen und ins Nachbarland gehen, um Mehl, um Kleidung, um Medikamente zu erwerben. Es ist auch erbärmlich, dass die Menschen, die uns vorstehen, unsere Politiker, erneut unfähig sind, am Konferenz-tisch eine menschenwürdige Lösung in diesem Teil der Welt zu finden. Ich glaube es ist eine Anmaßung - anders kann ich es nicht nennen -, wenn man heute behauptet, dass man unwissend ist über die großen Krisen des Augenblicks. Wir kennen die Situation gut genug in Darfur, im Irak, in Palästina, in Afghanistan und auch in Burma und Kenia. Alle die, die ein Gefühl für Gerechtigkeit haben, verstehen, was dort geschieht, aber sie verstehen es nicht nur, sie wissen auch, warum es geschieht, und ich meine - das ist jetzt alles noch der emotionale Teil, ich komm zu dem sachlichen Teil, ich kann ihnen das versichern - ich meine, dass unsere Politiker eben eine besondere Verpflichtung haben, diesen tiefen Graben zwischen dem Rechtlichen, dem Ethischen und dem Humanen, und dem Unrecht am Ort zu überwinden. Peter Härtling, keiner heute Abend wird es besser sagen können, wie er es gesagt hat. Ich bin tief beeindruckt von dem, was wir am Anfang gehört haben.

Die Überwindung einer weiteren Trennlinie gibt es zu diskutieren. Hier in dieser Stadt finden heute zwei Konferenzen statt. Beide haben mit Sicherheit zu tun. Hier geht es um menschliche Sicherheit, dort geht es um militärische Sicherheit. Und hier werden Fragen zum Frieden gestellt, die etwas mit den Entwicklungszielen der UNO, den Millenniums-Entwicklungszielen, zu tun haben. Dort werden Fragen gestellt über das Recht der globalen militärischen Intervention und über neue Bündnisse dafür. Es geht um

die Energiesicherung, wir haben das heute Abend gehört, es geht auf dieser anderen Konferenz auch darum, wie man der „Energiewaffe“ begegnen sollte. Und dort wird heute tatsächlich darüber gesprochen, ob es nicht berechtigt ist, dass man mit Erstschlägen nuklearer Art dieser „Energiewaffe“ entgegen tritt. Ich frage mich hier, wo ist das gemeinsame Gespräch? Warum gibt es ein „dort“ und ein „hier“?

Wir müssen uns die Frage stellen, wir müssen sie uns ernsthaft stellen: Was machen wir - wir wissen, was dort falsch gemacht wird - was machen wir falsch? Darüber sollte man nachdenken. Ich habe sehr wohl gesehen, in der Süddeutschen Zeitung, 6 lange Seiten über den Ort, wo über militärische Sicherheit gesprochen wird. Ich habe keine Zeile über uns gelesen. Sind wir Dummköpfe? Ich glaube nicht, dass wir Dummköpfe sind, ich glaube auch nicht, dass wir naiv sind, und ich weiß von dem, was ich gelesen habe, dass Herr Teltschik auch nicht so sicher ist, ob wir dumm sind. Er schreibt nämlich, was ich sehr interessant finde - ich wollte, es wäre so, wie er es gesagt hat - „Die Diskussion wird häufig von Nicht-Regierungs-Organisationen bestimmt“, schreibt er, „deren Fachkompetenz“, das ist natürlich der Nachsatz, „ich oft in Zweifel ziehe“. Er sagt auch, sie - wir, die nichtstaatlichen Organisationen, die normalen Bürger - „wollen Realpolitik nicht wahrnehmen, sondern verlieren sich in idealtypischen Vorstellungen bis hin zu falschen Vorstellungen über die Durchsetzbarkeit von Menschenrechten“. Und dann kommt der Satz: „Enttäuschend ist der Mangel an Diskussionsbereitschaft“. Die deutsche Friedensbewegung ist nicht dialogbereit? Menschen, die sich Sorge machen über die Klimasituation, die Energieentwicklung, die Wiederaufrüstung? Welch eine Falschdarstellung, welch eine Unwahrheit!

Still und erfolgreich

Und nun zu meinem Vortrag: Demokratie hat etwas mit Rechenschaft zu tun. Wer Politik macht trägt Verantwortung und ist damit

rechenschaftspflichtig. Gesetze, Rechte, Gerechtigkeit, Justiz - wie oft habe ich das in meinen UNO-Jahren gedacht - gelten für alle und nicht nur für die Verlierer und die Schwachen. Gesetze gelten für alle. Das Thema „Friedensaufgaben der UNO“, zu dem ich heute Stellung nehmen soll, ist ein Hinweis auf die Verpflichtung, die die Unterzeichner der UNO-Charta eingegangenen sind, dem Frieden zu dienen. Heute gibt es 192 Mitgliedsstaaten in der UNO, sie haben diese Verpflichtung für den Frieden angenommen, indem sie diese Charta unterschrieben haben. Viele, leider nicht alle, haben diese Verpflichtung über die Jahre hinweg ernst genommen. In diesem Zusammenhang sei gesagt: Gott sei Dank ist es nicht so, dass man nur Schlechtes und Negatives und Kritisches über die UNO zu sagen hat. Wenn man rückblendet und sich anschaut, was denn in den 63 Jahren der UNO-Existenz geschehen ist, dann kommt einiges Gute, Positive, Wichtige zum Vorschein. Viel internationales Recht von grundlegender Bedeutung ist geschaffen worden mit dem Ziel der Sicherung der Rahmenbedingungen für die Friedenserhaltung, für die Friedensförderung, für Konfliktlösung und für Gerechtigkeit.

Ich möchte besonders hinweisen auf zwei internationale Pakte, die 1968 geschaffen wurden über zivile, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Eine sehr wichtige Entwicklung. Weiterhin wurden viele neue Konventionen geschaffen. Wir haben heute eine Genozidkonvention, eine Folterkonvention, eine Konvention für die Rechte der Kinder, eine Frauenkonvention. Das sind alles Maßnahmen, die sicherstellen wollen, dass das, was wir bisher als Traum ansehen, vielleicht doch einmal realisiert werden kann. Wir haben auch Abkommen über Abrüstung und den Bann von Nuklearwaffen. Auf der anderen Konferenz, im Bayerischen Hof, wird man auch darüber reden, aber nicht davon, dass der „Non Proliferation Treaty“ (NPT = Vertrag zum Verbot der Weitergabe von Atomwaffen) und der „Comprehensive Test Ban

Treaty“ (CTBT = Vertrag zum Verbot von Atomwaffentests), diese wichtigen Abkommen, mit einer eklatanten Doppelmoral angewandt werden.

Es gibt viel mehr, aber Tatsache ist, es ist wichtiges Internationales Recht geschaffen worden.

Knappes Geld

Im krassen Gegensatz dazu steht, dass die UNO-Aufgaben eigentlich jeden Tag zunehmen, nicht abnehmen. Man will immer mehr von dieser UNO, man will immer mehr von den Beamten, die dort arbeiten, aber ausrüsten tut man sie mit vollkommen ungenügenden Mitteln. Zwei Zahlen sollen dies belegen: Das Budget der UNO in diesem Jahr sind magere 2,1 Milliarden Dollar. Dies



ist das gesamte Budget der UNO in New York. Die Erhaltung der amerikanischen Armee im Irak - die Zahl ist verlässlich, (wahrscheinlich eine Unterschätzung, nicht eine Überschätzung) - liegt bei 3 Milliarden Dollar in der Woche! In der Woche! Das sind 12 Milliarden Dollar im Monat. Dazu kommt Afghanistan mit 3 Milliarden pro Monat, Die US-Regierung zahlt damit für ihre Armeen im Irak und Afghanistan 15 Milliarden Dollar im Monat!

Ich wiederhole: Das gesamte Budget der UNO ist dagegen nur 2,1 Milliarden Dollar pro Jahr. Ich glaube, das sagt vieles. Und das ist eine UNO, die auf allen Gebieten des menschlichen Denkens, Fühlens, Lebens tätig ist.

Vernetzung

In den Jahren seit 1945 haben die Strukturen der Vereinten Nationen sich erheblich erweitert. Es sind Netzwerke entstanden, es wird zusammengearbeitet. Gesundheit, Bildung, Ernährung, Verwaltung, ich könnte ihnen eine lange Liste nennen, wo zusammengearbeitet wird. Ich will nicht übertreiben, da gibt es auch viele Probleme, aber die Entwicklung ist gut in Bezug auf Strukturweiterungen und Kooperation. In den späten sechziger

Jahren, als ich bei der UNO meinen Dienst begann, wusste in der „operationalen UNO“ keiner, dass es in Genf auch Organisationen der UNO gibt, die mit Menschenrechten und mit Klimafragen zu tun hatten. Heute gibt es integrierte Ansätze zwischen den Entwicklungsprogrammen, der Menschenrechtsorganisation der Vereinten Nationen und dem UNEP (United Nations Environment Program = Umweltprogramm der Vereinten Nationen) in Nairobi, um ein Beispiel zu nennen.

Das heißt, wir haben heute viel mehr internationales Recht, wir haben erweiterte Strukturen, wir haben eine bessere Zusammenarbeit und noch mehr. Es war der Traum von Kofi Annan, dass alle sich angesprochen fühlen. Er sprach von dem „Leim“ der gemeinsamen Interessen. Und damit hat er unter anderem etwas erstellt, ermutigt, das heute auch funktioniert. Nicht genug, aber es existiert und man kann es verbessern, und das ist die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Natio-

nen und dem Privatsektor. Das kann missbraucht werden, es wird missbraucht zum Teil, aber der Grundgedanke, dass man den Privatsektor humanisiert und der Privatsektor vielleicht Effizienz, mehr Effizienz in die Arbeit der UNO bringt, ist nicht schlecht. Und das Allerwichtigste dieses Buches [UNO Charta] ist, dass es nicht beginnt mit: „Wir, die Regierungen“, sondern mit: „Wir, die Völker“. Kofi Annan und sein Vorgänger, Boutros Boutros-Ghali, haben darauf bestanden, dass die Regierungen im Sicherheitsrat, in der Generalversammlung mit der Zivilgesellschaft, mit uns, mehr zusammenarbeiten. Auch da gibt es heute gute Initiativen.

Gute Absichten

Aber wenn man zu dem Schluss kommt, dass die UNO seit 1945 einen weiten Weg zurückgelegt hat, dann muss man gleichzeitig auch sagen, die UNO hat noch einen großen und schwierigen Weg vor sich. Es ist eine lange Reise, die hier noch gemacht werden muss, damit das, was auf dem Papier so gut aussieht – die Welt auf dem UNO Papier sieht gut aus – auch umgesetzt wird. In der Realität sieht man ein ganz anderes Weltbild, wo eben nicht der Frieden, von dem die UNO in ihren Dokumenten träumt, die Gerechtigkeit, der Fortschritt so ist, wie die Gründer der UNO es 1945 erhofft hatten. Aber es ist auch nicht unfair darauf hinzuweisen, es ist keine Falschdarstellung, wenn ich Ihnen sage, in der UNO wird gedacht, da wird geforscht, da wird erkannt, da wird verhandelt und manchmal wird auch umgesetzt. Die Richtung stimmt, die Geschwindigkeit ist viel zu gering.

Turbulente UNO – Stille UNO

Was ich ihnen hier sagen möchte ist, die UNO hat viele Gesichter. Es gibt da eine sichtbare UNO, ich nenne das die „turbulente UNO“, das ist die politische UNO. Da geht's um die Fragen im Sicherheitsrat, in der Generalversammlung, im internationalen Gerichtshof, den Regierungen. Und dann gibt es die weniger turbulente, die weniger sichtbare, die „stille UNO“, die auf der opera-

tionalen Ebene eben versucht das umzusetzen, was auf dem Papier von weisen Männern und Frauen erarbeitet und identifiziert worden ist.

Wie viele Menschen arbeiten in den Vereinten Nationen? 50000. Es gibt etwa 50000 UNO-Beamte auf der Welt. Das Gesundheitssystem in Wales, einem Teil Englands, hat mehr Beamte als die gesamte UNO weltweit. Also auch diese Zahl von 50000, die darf nicht erschrecken und auch nicht dazu führen, was oft geschieht, den Eindruck einer überbürokratisierten und ineffizienten Organisation zu bekommen. All das habe ich gelesen. Das ist unfair.

Das negative Bild der UNO bezieht sich weitgehend auf das, was in der „turbulenten UNO“ geschieht, d.h. im Sicherheitsrat, wo man Dinge tut, die mit der Charta überhaupt nichts zu tun haben. Ich will hier nur sagen, die UNO Charta, das Ethos der Vereinten Nationen, wird vielerorts ernst genommen. Die Millennium-Entwicklungsziele sind ein Beispiel. Die UNO ist zur Hand, wenn es irgendwo auf der Welt eine Katastrophe gibt. Sie wissen selbst, dass die Vereinten Nationen eigentlich immer unter den ersten an den Orten der Geschehnisse sind, wo Hilfe gebraucht wird. Die UNO ist die führende Organisation für Flüchtlingsbetreuung. Die UNO hat immer wieder bewiesen, dass sie die Achtung vor den Menschenrechten und der Grundfreiheit für alle, das was in Artikel 1 der UNO-Charta steht, eben ernst nimmt.

Die UNO, ich meine hier die „stille UNO“, das Sekretariat, das System der Sonderorganisationen, weiß sehr wohl, was in den Artikeln 24 und 55 der Charta steht, in denen es darum geht, den Lebensstandard der Weltbevölkerung zu verbessern. Es geht um Toleranz, es geht um Arbeit, es geht um wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt. Es läuft alles ganz gut, solange, ja solange ein Problem nicht in das Visier der großen Politik gerät. Wenn das geschieht, ist die Konstellation eine total andere. In der „stillen UNO“ gibt es Fortschritte durch kleine Schritte. Aber wenn

etwas in die große Politik hinein katapultiert wird, wie das im Falle Irak gewesen ist, wird jeder, aber jeder Schritt beobachtet. Ich bin keine 6 Wochen in Bagdad gewesen, als 1998 James Rubin, der Sprecher von Madeleine Albright, der amerikanischen Außenministerin, bei einer Pressekonferenz in Washington über mich sagte: „Der Mann in Bagdad wird bezahlt um zu arbeiten, aber nicht um zu sprechen.“ Man hatte in Washington schnell gemerkt, dass ich in meinem Amt kein schweigender Unterwürfiger einer bilateralen Verwaltung sein würde und wollte mit dieser Aussage deutlich eine Warnung an den Generalsekretär und auch an mich aussprechen.

UNO und die Großmächte

Die Kernfrage, meine Damen und Herren, die ich heute Abend stellen

muss, ist: „Warum hat die politische UNO in allen großen Krisen z.B. im Mittleren Osten in Palästina, im Irak, in Iran keine Führungsrolle gespielt und ist eher eine Randerscheinung geblieben?“ Darüber muss man nachdenken. Und die operationale Ebene, also die Beamten im Sekretariat, sind von der Kritik hier nicht ausgenommen, denn bei uns, dem internationalen Beamtentum, hat immer wieder der Mut gefehlt. Wir hatten nicht den Mut, stärker zu betonen, dass das, was uns im Sicherheitsrat erzählt wurde (zum Beispiel über den Irak unter Sanktionen), nicht den Realitäten am Ort entsprach. UNO-Beamte konnten Berichte überreichen, die aber leider keine Rolle im Entscheidungsprozess spielten. Sie wurden ignoriert und wir akzeptierten dies. Und da hätten wir reagieren müssen, was wir nicht getan haben. Hierfür gibt es viele Gründe. Ein Grund ist sicher der, dass die UNO jedes Jahr wie ein Bettler zu den Regierungen gehen muss, um die Gelder zu bekommen,

die gebraucht werden, um diese immer weiter anwachsende Agenda der Erwartungen nur ansatzweise zu entsprechen.

Jetzt ist die Versuchung sehr groß, aber der werde ich nicht erliegen, zu sagen „An all dem sind die Amerikaner Schuld“, „Die Großmacht USA ist daran Schuld“. Das wäre nicht nur viel zu einfach. Das wäre ungerecht, es wäre auch falsch. Aber was richtig ist, ist, dass die UNO häufig wie ein Werkzeugkasten benutzt wird. Man holt sich aus ihr heraus, was man an politischem Handwerkszeug für irgendeine Situation braucht. Und wie der ehemalige Verteidigungsminister Rumsfeld, der hier in München in der Vergangenheit einiges zu hören bekommen hat, gesagt hat: „The mission determines the coalition“. Also das, was man



tun will entscheidet der, der dazu gehört. Und was das im Klartext bedeutet hat, ist, dass man die UNO eben benutzt hat, wenn es gut war, wenn es in die eigene Lokalpolitik, die bilaterale Politik passte oder sie einfach ausgelassen hat, wenn das nicht so war. Die 2003-US/GB-Invasion, illegal wie sie war, ist hier ein schlimmes Beispiel. In meiner Zeit kam der Vorsitzende des Senats für auswärtige Angelegenheiten im amerikanischen Senat, Jesse Helms, in den Sicherheitsrat und sagte: „Wenn ihr das tut, was wir von euch erwarten, dann werden wir euch stärken. Aber wenn ihr das nicht tut, dann werden wir euch marginalisieren.“ Das war die brutale Offenheit der Konservativen und damit der

Regierung von Bush II. Und wenn Sie heute lesen, in der 6-seitigen Sonderbeilage der Süddeutschen Zeitung, was John McCain über dieses Thema sagt, dann werden sie ähnliche Auffassungen finden.

Wenn man sich die USA und ihre Haltung genauer anschaut, ist es keine Falschaussage, kein subjektives Vorurteil, wenn man feststellt, dass die Dominanz der Vereinigten Staaten im UNO Sicherheitsrat eben unglaublich stark gewesen ist. Sie ist immer schwächer geworden, das sieht man jetzt auch an den Entscheidungsprozessen, aber sie war ungeheuer stark in den Jahren, in denen ich in Bagdad gewesen bin. Amerikanische Diplomaten setzten sich meist durch. Dafür gibt es viele, auch objektive Gründe, warum das so ist in der gegenwärtigen politischen Konstellation. Die Engländer und die Amerikaner haben im UNO Sicherheitsrat immer dafür gesorgt, dass sie die UNO-Politik für den Mittleren Osten bestimmen konnten und gleichzeitig haben sie die Generalversammlung lahm gelegt, beides nicht immer mit ehrbaren Mitteln.

Und dann noch mal der Hinweis: 2,1 Milliarden Dollar als Beitrag von 192 Mitgliedstaaten für das UNO-Jahresbudget und 3 Milliarden Dollar pro Woche für den Erhalt der amerikanischen Beatzungsarmee im Irak. Was ist der amerikanische Beitrag an diesen 2,1 Milliarden Dollar Jahresbudget der UNO? Es sind 394 Millionen Dollar. Kein amerikanischer Finanzminister wird auch nur 10 Sekunden über diesen Betrag nachdenken, aber der Öffentlichkeit wird immer wieder gesagt, „Die großen Opfer, die wir bringen, und dann habt ihr so eine UNO, die so inkompetent ist. Wir wollen es uns noch mal überlegen, ob wir da mitmachen wollen.“ Also wenn ich hier aufhören würde, dann würde ich dem ganzen Thema glaube ich nicht gerecht werden.

Vormacht und Multilateralismus

Es gibt viel tiefere Gründe für die Schwächen, mit denen die UNO leider existieren muss. Das große Problem, und mit dem haben wir alle

was zu tun, ist, dass es bisher keinen echten Multilateralismus gegeben hat. Man hat immer so getan, als ob es ihn gäbe aber einen echten Multilateralismus hat es bisher wirklich nicht gegeben. Schauen Sie sich an, wie es in der EU ist. Es ist ähnlich, da gibt es auch keinen. Da gibt es nationale Interessen. Eigeninteressen haben sowohl in der UNO als auch in unserer EU das Übergewicht. In der UNO ist es bisher immer so gewesen. Und das, was der ehemalige kanadische Außenminister Lloyd Axworthy 1998 im Sicherheitsrat gesagt hat, das müsste existieren, tut es aber nicht. Er hat alle daran erinnert, dass die UNO Dinge tun muss, die zum Wohl der Gemeinschaft führen, aber nicht nur dem Interesse einzelner Mitgliedsstaaten dienen. Diese wichtige Mahnung wird in der Tagespolitik total vergessen.

Keine Gewaltentrennung

Es kommt ein weiterer tiefer Grund hinzu, warum die UNO schwach ist: Die Struktur des Sicherheitsrates erlaubt nämlich sowohl Legislative wie auch Exekutive Funktionen. Hierzu ein Beispiel: Die UNO Kompensierungskommission. Es gab eine Kompensierungskommission, die von den Irakern Geld forderte für Kompensierung von Einzelpersonen, Firmen und Regierungen, die durch den Einmarsch Iraks in Kuwait geschädigt wurden. Das war ein Gedanke, den der UNO Sicherheitsrat hatte. Gleichzeitig war der UNO Sicherheitsrat aber auch die durchführende Instanz. Das ist ein Interessenskonflikt.

Und was ich hier interessant und relevant finde ist, dass die NATO-Konferenz hier in München gegenwärtig u.a. diskutiert, ob man das Konsensprinzip, mit dem auch im Sicherheitsrat operiert wird, aufgibt und an dessen Stelle einen Mehrheitsentscheid einführt. Das war in der UNO diskutiert worden und dieselben, die hier dafür plädieren, haben in New York diesen Vorschlag abgelehnt. Sie wollten bei dem Vetorecht bleiben und nicht zum Mehrheitsentscheid kommen. Also eine schwerwiegende Inkonsistenz.

Reformbedarf

Ein weiterer Grund für die Schwäche ist auch die Tatsache, dass im Jahre 2008 die permanenten Mitglieder im UNO-Sicherheitsrat nach wie vor die fünf Siegermächte des 2. Weltkriegs sind. Aber die Menschheit ist jetzt 63 Jahre älter. Die Welt sieht anders aus, die Welt hat neue große Mächte, die mit gutem Recht auch im Sicherheitsrat vertreten sein wollen. Also - es geht auch um die Erweiterung des Sicherheitsrates. Und wir Deutschen sollten hier nicht – wie Herr Öttinger, der Ministerpräsident Baden-Württembergs richtig sagt – unsere Energien an einer falschen Baustelle verwenden, also versuchen uns hier einzubringen, als neue Großmacht, als neues, permanentes Mitglied. Im Zeitalter der Globalisierung geht es ja heute gar nicht mehr um Nationalstaaten. Es geht um politische Gruppierungen. Man kann Sitze verteilen an die EU, an die Afrikanische Einheit, an alle möglichen, aber nicht mehr dieses althergebrachte überholte System der Nationalstaatenvertretung im UNO-Sicherheitsrat.

Eine Sache, die ich noch sagen will, ist: Der Sicherheitsrat hat bisher keine Rechenschaftsverpflichtung. Der Sicherheitsrat ist keine juristische Person. Der Sicherheitsrat kann nicht vor Gericht beordert werden. Einzelne Mitgliedsstaaten können natürlich vor ein Strafgericht kommen. Aber der Sicherheitsrat als Gesamtes kann eben nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Das müsste man in der Reformdebatte auch überdenken. Boutros Boutros-Ghali, Kofi Annan, nordische Länder, die Generalversammlung, viele haben sich mit Reformvorschlägen auseinandergesetzt. Alles ist nicht sehr weit gekommen. Gleichzeitig ist die Welt 2008 in einem komplexen Umbruch. Das ist für den Weltfrieden erneut eine prekäre Zeit. Es ist keine optimale Zeit, um Reformen zu diskutieren.

Doppel moral der Großmächte

Die Welt ist in eine neue Konfrontationsphase eingetreten. Es gibt neue Allianzen, an die man nie gedacht hat. Ich will ihnen nur zwei nennen:

Das eine ist die „Shanghai Cooperation Organisation“ (Shanghai Organisation für Zusammenarbeit). Das ist eine Organisation, die besteht aus Russland, China – zwei, die in der Vergangenheit nicht viel Zeit füreinander hatten, die aber heute kooperieren – dazu gehören noch Iran, Pakistan und Indien als assoziierte Mitglieder und andere zentralasiatische Länder. Angeblich eine Allianz der Kooperation auf dem Gebiet der Energiefragen, aber es ist auch eine Verteidigungsallianz geworden. Das ist eindeutig.

Und die zweite von den vielen, die es gibt, aber eine wichtige, ist der Zusammenschluss von Brasilien, Indien und Südafrika, um damit die „DOHA-Handelsrunde“ (benannt nach dem Austragungsort Doha, der Hauptstadt von Katar am Persischen Golf) in Frage zu stellen. Das hat gute und verständliche Gründe. Man kann nicht von diesen Ländern weiterhin verlangen, dass sie ihre Märkte öffnen, während wir unsere schließen.

Man kann – vielleicht etwas vereinfacht – schon fragen: „Können wir noch lange auf dieser westlichen Einbahnstraße weiterfahren?“ Ich glaube es nicht. Ich glaube, dass ein Großteil der Erklärung, warum auf dieser Welt heute eine solche Vertrauenskrise auf allen Ebenen existiert, mit dieser Tatsache etwas zu tun hat. Es herrscht eine ungeheure Doppelmoral auf der Welt, mit der wir fertig werden müssen. Das sind – da muss man fair sein – natürlich nicht nur die alten Großmächte, das sind auch die neuen Großmächte, die sich diese Doppelmoral zu Schulden kommen lassen. Aber die wichtigen Gebiete, wo diese Doppelmoral immer wieder, tagtäglich direkt oder indirekt in der Presse zu sehen ist, hat etwas zu tun mit Abrüstung, hat etwas zu tun mit ABC-Waffen, hat etwas zu tun mit internationalem Handel und hat auch etwas zu tun mit Menschenrechten.

Ausbreitung von Armut

Wir sind soweit entfernt von dem, was – wie wir heute Abend gehört haben – in der UNO-Charta steht: Als

gute Nachbarn in Frieden miteinander leben. Kein gutes Klima für UNO Reformen. Und wenn Sie sich mal anschauen, wie das mit der Schere der Lebensqualität aussieht, sind das Zahlen, bei denen man glaubt, solche Unterschiede kann es nicht geben. Das kann einfach nicht wahr sein! Leider ist es aber Realität. In den jährlichen Berichten der UNO über menschliche Entwicklung kann man diese Situation mitverfolgen. In dem Bericht von 2007 wird erneut gezeigt, dass 1% der Reichsten der Welt mehr haben als 57% der Ärmsten! Stellen Sie sich das einmal vor. 57% von 6,5 Milliarden Menschen auf unserer Welt, also über 3 Milliarden Menschen, haben weniger als das Einkommen des obersten 1% auf der Welt. Eine andere Zahl, die bedrückend ist: Drei Einzelpersonen in unserer Welt haben laut UNO mehr Geld in der Tasche als 48 Staaten, die so genannten „least developed Countries.“

Darf man sich da noch wundern, wenn diese latente, immer stärker werdende Frustration, die in den Menschen steckt, immer mehr zu offener Konfrontation führt? Das führt zu Widerstand, zu Opposition, aber auch zu dem, was wir als Terrorismus bezeichnen. Ein Grund dafür ist eben diese Schere der Ungleichheit, die sich immer weiter öffnet. Diese Frustration, die sich immer mehr umsetzt in offene Konfrontation, hat auch etwas – das sollten wir nicht unterschätzen und unsere Politiker sollten das auch bedenken – mit den nicht eingehaltenen Versprechen der pompösen G8-Konferenzen zu tun. Das wird nicht mehr übersehen! In allen Teilen der Welt merken dies die Bürger, nicht nur die Regierungsvertreter in den Entwicklungsländern. Fernsehen und Radio berichten in alle Ecken unserer Welt.

Noch gravierender ist Folgendes: Besonders die westlichen Industrieländer, voran die Vereinigten Staaten, leider auch unsere Politiker,

versuchen einseitige Symptombekämpfung zu treiben und an die Ursachen wenig zu denken. Wenn man nicht an die Ursachen denkt, dann wird man auch in Afghanistan – da können Sie sicher sein – im Irak oder in Palästina, nicht sehr viel weiter kommen. Nicht nur nicht weiterkommen, sondern alles verschlimmern. Ich weiß, dass das eine simple, kurze, ungenügende Reaktion auf eine höchst komplexe Situation ist, die auch mit Armut, mit Würde, mit Ehre, mit Verzweiflung zu tun hat. Das sind Begriffe, die relevant sind in der Erklärung, warum wir uns heute in einer solch unglaublich



turbulenten Welt befinden – im Mittleren Osten und anderswo.

Falschinformationen

Ein Faktor, über den wir gerne reden und spekulieren: Immer hat es auf der Welt manipulierte Informationen gegeben. Immer wurde auf der Welt gelogen. Politiker, die gelogen haben, andere, die Wirtschaftsbesitzer, die gelogen haben, normale Menschen, die gelogen haben. Aber was neu ist und was so Besorgnis erregend ist, dass es plötzlich staatlich sanktionierte, manipulierte Falschinformationen gibt. Es werden in Regierungen Einheiten geschaffen, die keine andere Aufgabe haben, als Falschinformationen in die Diskussion einzubringen. Das ist unglaublich beängstigend. Plötzlich sind wir in einer Situation, wo Politik „Daten“ schafft und nicht Daten die Politik. Auch hier ist Irak ein dramatisches Beispiel. Von den 32 Jahren, die ich in den Vereinten Nationen gedient

habe, befand ich mich die ersten 30 Jahre in der „stillen UNO“ und die letzten zwei Jahre in der „turbulenten UNO“. Und was ich in den 2 Jahren in der „turbulenten UNO“ erlebt habe, das war ernüchternd und schockierend. In dieser Zeit habe ich gesehen, wie man mit großem Geschick Daten manipulierte und eine Situation darstellte, die absolut nicht der bekannten, erfassbaren Realität entsprach. Ich glaube, das ist ein Thema, das sehr viel hartnäckiger diskutiert werden muss! Wir dürfen nicht in eine Situation geraten, wo wir unsere Länder Demokratien und unsere Gesellschaften zivilisiert nennen und dann erlauben, dass jemand systematisch Falschinformationen einfütert, die zu falschen Schlussfolgerungen mit ernsten, menschenverachtenden Folgen und sogar zu Kriegen führen.

UNO-Reformdebatte

Ein Fazit über die UNO habe ich gelesen, das ich nicht vergessen kann. „The Guardian“ kam vor 20 Jahren zu folgender Aussage über die UNO: „Die UNO ist eine überstrapazierte, unterfinanzierte, phantasielos organisierte Bürokratie. Ein Dinosaurier, der gefüttert wird durch die frömmelnde Hoffnung inzwischen gealterter Menschen, die einmal geglaubt haben, dass die Vereinten Nationen zu einer besseren Welt führen könnten.“ Das war „The Guardian“ vor 20 Jahren. Ein solches Fazit bringt mich zum Lächeln. Aber meine Frage ist nicht, „ob“, sondern „was“ für eine UNO, welche internationalen Strukturen und welche Reformen gebraucht werden. Nein, es geht hier nicht um die NATO, sondern um die UNO. Die NATO, die sollte man wahrlich nicht umstrukturieren, die NATO sollte man als ausgediente Einrichtung des Kalten Krieges auflösen.

In der UNO-Reformdebatte muss es darum gehen, ob das Veto beibehalten oder abgeschafft werden soll, ob Konsensansätze im Interesse der Friedensbildung und Konfliktlösung sind. Es geht um die Erweiterung des Sicherheitsrates und die Finanzierung der Arbeit der Vereinten Nationen.

Hier noch ein Fußnote zu dem Thema Finanzierung: Akzeptieren wir - was nicht richtig ist - einmal: dass 2,1 Milliarden Dollar als UNO-Jahresbudget wirklich mehr sind als das internationale Scheckbuch der Regierungen absorbieren kann. Dies könnte mit gutem Willen leicht gelöst werden. Hierzu hat es viele gute Vorschläge gegeben, zum Beispiel die Einführung der sog. Tobin-Steuer (Steuer auf internationale Devisengeschäfte, die dann internationalen Organisationen für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt würde; benannt nach James Tobin, 1972). Oder das, was die Franzosen bereits durchführen: Erhebung eines minimalen Prozentsatzes für jedes Flugticket, auf den Flugpreis addiert und das Geld benutzen, um internationale Entwicklungshilfe und andere humanitäre Dinge zu tun. Wenn man politisch bereit wäre, der UNO eine größere Freiheit zu geben als die, die sie im Augenblick hat, könnte man das auf solche Weise ohne Schwierigkeiten tun. Am Geld bräuchte es nicht zu liegen. Geld wird hier zur „Finanzwaffe“, ähnlich wie auf der NATO-Konferenz von der „Energiewaffe“ gesprochen wird. Das ist unnötig und unwürdig für Staaten, die so viel Geld haben. Schlimmer noch: es ist kurzsichtig.

Aber bevor wir überhaupt ernstlich mit der Reform anfangen, ist zu klären: Wie kann unsere Welt sich hinwenden zu dem echten, ehrlichen, anständigen, notwendigen, gebrauchten Multilateralismus im Sinne der UNO-Charta? Diese ist ja nicht nur ein Buch, das von uns geschrieben wurde und von dem die anderen sagen könnten, es wäre von Naivlingen. Vielmehr wurde es 1945 geschrieben und seither von 192 Mitgliedsstaaten unterschrieben! Also hat diese Charta schon einen gewissen Wert, der von den Regierungen auch anerkannt wird. Wie kann man im Sinne dieses Dokumentes den Multilateralismus stärken? Es wäre eine Sternstunde für den Frieden, wenn das geschähe. Das wird leider nie so sein. Ein Schritt in die richtige Richtung wäre, was ich „pragmatischen Multilateralismus“ nenne. Ein Multilateralismus, der einen Ge-

winn für alle Staaten bringt. Wie das aussehen soll, muss weiter diskutiert werden. Aber anders als Herr Kissinger das meint. Wirklich anders! Eine enge nationale Außenpolitik muss eine weltoffene Innenpolitik werden. Und wenn es eine weltoffene Innenpolitik wird, dann sind wir alle dabei. Ich glaube, in diesem Sinne sollte man mit Mut die Reformdebatte angehen. Das ist kein populistischer Brocken, den ich Ihnen hier vorwerfe, auch keine Utopie - es ist ein ernst zu nehmender Politikan-satz, mit dem wir weiter kommen werden als die, die sich heute Abend im Bayerischen Hof getroffen haben.

Zum Dialog bereit?

Zum Schluss möchte ich ganz kurz sagen: Wenn es einen echten Multilateralismus heute geben würde, dann wäre es im Mittleren Osten ganz anders. Hierzu einige Hinweise, die alle etwas mit diesem Multilateralismus zu tun haben, der gebraucht wird, wenn Konflikte gelöst werden sollen.

Im Irak waren wir naiv, weil wir glaubten, dass der Sicherheitsrat ein Gremium darstellte, das Konflikte lösen wollte. Das war nicht so, da gab es Kräfte, die erfolgreich Konflikte geschaffen haben. Ich habe in meinem Buch* empirisch gezeigt, was das heißt. Wenn ein ehrenwerter deutscher Botschafter, Botschafter Tono Eitel (ehemaliger deutscher Botschafter bei den Vereinten Nationen und im Libanon), vom Präsidenten des Sicherheitsrates gebeten wird, einen Bericht über die Dialogbereitschaft des Sicherheitsrates mit dem Irak zu schreiben und dieser Bericht zu dem Schluss kommt, dass die ganze Behandlung des Iraks mit Dialog überhaupt nichts zu tun hat, dann ist dies eine erhebliche Erkenntnis. Eine lange Zeit habe ich von dieser Realität nichts gewusst. Wenn ich nach New York gerufen wurde, um im Sicherheitsrat meine Beurteilung über die Situation im Irak darzustellen, dann gab es vor Beginn der Sitzung Gesprächsmöglichkeiten mit Diplomaten. Unter ihnen waren auch Vertreter der irakischen Mission bei der UNO. Sobald die Irak-Sitzung

begann, wurden die Türen geschlossen und man sah keine irakischen Diplomaten mehr, denn diese durften nicht an den Gesprächen teilnehmen. War das Dialog? War das die Aufgabe der UNO? Das war eine Verletzung all dessen, was die Gründer dieser UNO sich über ihre Arbeitsweise vorgestellt hatten. Es ging nicht um Konfliktlösung, das war Konfliktförderung.

Dialog ist ein wichtiger Teil des Multilateralismus. Und zwar ein Dialog mit allen, ob sie einem genehm sind oder nicht. Und dies hätte es eben sollen in der Auseinandersetzung mit dem Irak. Wenn man heute nicht mit Hamas redet, wenn man nicht mit PKK redet, wenn man nicht mit Hisbollah redet, wenn man nicht mit dem Iran reden will, wenn man nicht mit Syrien reden will, und sich dann in Annapolis, in einer Militärademie, weit von dem Ort, wo das Geschehen ist, über den Frieden unterhält, dann ist man entweder ignorant oder man will keine Lösung.

Wenn ein Land oder eine Krise „nicht so wichtig“ sind - Kenia zum Beispiel - dann wird der UNO erlaubt, eine Vermittlerrolle zu

spielen. Sie haben gesehen, wie Kofi Annan und auch Ban Ki-moon in Kenia den Dialog erfolgreich gefördert haben. Die UNO konnte die ihr ursprünglich zugedachte Rolle spielen. Welche Rolle hat die UNO im Mittleren Osten in der Krisendiplomatie gespielt? Eine sehr geringe! Und diese Doppelmoral, die wird es auch weiterhin geben. Die zwischenstaatlichen Beziehungen werden auf dieser Basis weiter existieren, aber in der UNO sollte eine solche Doppelmoral keinen Platz haben.

Zum Schluss ein Zitat aus einem Brief von Paul Valéry an Rainer Maria Rilke:

„Das seltsamste Problem ist das der Kommunikation zwischen Menschen. Alles verläuft, als ob sie möglich wäre und alles verläuft, als ob

sie unmöglich wäre.“

* Hans-C. Graf Sponeck, Ein anderer Krieg, Das Sanktionsregime der UNO im Irak, Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH, 2005



Die musikalische Begleitung des Abends erfolgte durch Birgit Saßmannshaus und Christian Bergmann

Eine Stunde

*ein Gedicht von Erich Fried (1921 – 1988),
vorgetragen von Jürgen Jung*

Ich habe eine Stunde damit verbracht
ein Gedicht das ich geschrieben habe
zu korrigieren

Eine Stunde
Das heißt: In dieser Zeit
sind 1400 kleine Kinder verhungert
denn alle 2½ Sekunden verhungert
ein Kind unter fünf Jahren
in unserer Welt

Eine Stunde lang wurde auch
das Wettrüsten fortgesetzt
und 62 Millionen achthunderttausend Dollar
wurden in dieser einen Stunde ausgegeben
für den Schutz der verschiedenen Mächte
voreinander
denn die Rüstungsausgaben der Welt
betrugen derzeit
550 Milliarden Dollar im Jahr
Auch unser Land trägt dazu
sein Scherflein bei

Die Frage liegt nahe
ob es noch sinnvoll ist
bei dieser Lage der Dinge
Gedichte zu schreiben.
Allerdings geht es
in einigen Gedichten
um Rüstungsausgaben und Krieg
und verhungerte Kinder.
Aber in anderen geht es
um Liebe und Altern
und
um Wiesen und Bäume
und Berge
und auch um Gedichte
und Bilder

Wenn es nicht auch
um all dies andere geht
dann geht es auch kei-
nem mehr wirklich
um Kinder und Frieden



Erich Fried

Berichte aus den Diskussionsforen

Diskussionsforum 1:

Wege zum Frieden in Afghanistan mit Sabour Zamani

Moderation: Harald Will

Protokoll: Eva Rosendahl

Sabour Zamani lebt seit 1978 in Berlin. Er ist Diplom-Pädagoge und ist als sozialpädagogischer Familienhelfer und gesetzlicher Betreuer tätig. Darüber hinaus arbeitet er ehrenamtlich im afghanischen Kulturzentrum.

S. Zamani berichtet von seinem Weg in die BRD.

Es war in den 70er Jahren kein Problem, nach Deutschland einzureisen, denn obwohl Afghanistan schon genauso arm wie heute war, gab es nirgends auf der Welt afghanische Flüchtlinge aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen.

Als er nach Deutschland kam, erhielt er sofort eine Aufenthaltserlaubnis für drei Monate, die dann immer wieder ohne Probleme verlängert wurde. Es wurde damals nicht einmal gefragt, was er hier mache, ob er Arbeit habe oder studiere! Dies basiert auf einem alten Vertrag zwischen Afghanistan und Deutschland, dem zu Folge Afghanen ohne Visum nach Deutschland einreisen durften.

Erst nach dem Einmarsch der Russen begann die Massenflucht aus Afghanistan. Damals starben über 65.000 Menschen und über 80% von Kabul waren dem Erdboden gleich gemacht.

Als die Massenflucht begann, wollten 5 Millionen Menschen das

Land verlassen; mehrere Tausend wollten nach Deutschland fliehen. Ab diesem Zeitpunkt durften die Afghanen nicht mehr ohne weiteres in die BRD einreisen, ganz im Gegensatz zu früheren Vereinbarungen.

Viele wurden abgeschoben oder erhielten keine Aufenthaltsgenehmigung (d. h. keine Duldung mit Residenzpflicht).

In der ganzen Bundesrepublik leben derzeit etwa 79.000 Afghanen.

Laut Herrn Zamani leben heute 3 Millionen Flüchtlinge im Iran und in Pakistan in katastrophalen Zuständen, da Afghanistan auch nach 6 Jahren internationaler Hilfe nicht in der Lage ist sie aufzunehmen. Häufig werden die Flüchtlinge einfach in Pakistan gefangen und zwangsweise nach Afghanistan verfrachtet.

Die größte Verbesserung stellte für die Flüchtlinge dar, dass sie nun ohne Bombendrohungen und Verfolgungen leben konnten, aber insgesamt war und ist ihre Situation doch sehr schlecht.

Als Herr Zamani 1985 nach Afghanistan zurückkehrte, um Medikamente zu verteilen, die er in Deutschland gesammelt hatte, wurden er und seine Helfer von russischen Hubschraubern als Kon-

terrevolutionäre und amerikanische Agenten verfolgt.

Im Jahr 2001 kehrte er nach Afghanistan zurück, besuchte Kabul und seine Heimatstadt Pulekhumi und bereiste viele Provinzen. Das Elend, war unbeschreiblich. Im Gegensatz zu früher gab es überall große Massen von Bettlern, darunter hauptsächlich Frauen und Kinder. Es gibt viel Kinderarbeit; die Kinder arbeiten in Ziegeleien oder durchwühlen den Müll nach Nahrung, wenn sie keine Arbeit finden. Die Kinder werden zusätzlich noch von der Polizei verfolgt, weil sie ohne Genehmigung arbeiten. Gleichzeitig kann man in Afghanistan das teuerste Auto der Welt kaufen, die Gegensätze sind unbeschreiblich.

Es gibt Wohnungen mit 150 qm, die 5000US\$ kosten; ein Lehrer verdient monatlich etwa 25 US\$. Ein großer Teil des übermäßigen Reichtums stammt aus der Geld- und Drogenmafia.

In diesem Land - mit sehr hohem Prozentsatz von Analphabetismus in der Bevölkerung - haben Akademiker nahezu keine Chance, in ihrem erlernten Beruf zu arbeiten und sind z.B. Taxifahrer.

Die Situation im Land hat sich durch



Hilfsgelder aus dem Ausland verändert, aber nicht unbedingt verbessert. Es gibt nun große Hotels, Restaurants, viele Geschäfte für Luxusartikel und Waren aus aller Welt, die sich jedoch nur die winzige Oberschicht leisten kann.

Momentan sind über 2000 NGO's aus über 37 Ländern in Afghanistan tätig. Trotzdem kann ein Land nach mehr als 20 Jahren Krieg nicht von heute auf morgen aufgebaut werden. Nach 6 Jahren internationaler Hilfe und Geldern von über 25 Milliarden für Afghanistan sind die Ergebnisse erschreckend klein.

Entwicklungsprojekte wie der Bau von Schulen und Krankenhäusern, Straßen und Brücken sind punktuell sicherlich hilfreich, aber 80% der Hilfsgelder kommen nicht in Afghanistan an, sondern verschwinden.

Mit einer Spende von 15.000 Euro konnte einmal von der Lehrerin Mariam Noten eine Schule für 500 Kinder in der Provinz Nimrus gebaut werden. Demgegenüber hat in Kabul ein islamischer Fundamentalist eine Schule für 13 Millionen Dollar mit Geldern aus dem „heiligen Dihad“ errichten lassen.

Obwohl es noch immer an Schulen u.ä. mangelt, kümmern sich weder die afghanische Regierung noch viele der Geldgeber um diese Problematik. Zur Spendensituation sagt Herr Zamani, dass lediglich einmal viel Geld auf ein Spendenkonto in Berlin einging, nämlich nach den Anschlägen des 11. September; damals kamen 60.000 Euro zusammen, die der Hilfsorganisation „RAWA“ zur Verfügung gestellt wurden. In den Jahren davor und danach konnten trotz großer Bemühungen nicht mehr als 200-300 Euro an Spenden gesammelt werden.

Im Publikum werden der Sinn und die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe kontrovers diskutiert. Es werden Kinderhandel und Menschenraub wegen Verkauf ihrer Organe an Menschen aus dem Westen angesprochen.

Ein großes Anliegen des Publikums

ist, zu verstehen, was wir hier in Deutschland tun können, um diesem Krieg ein Ende zu setzen und den Aufbau und Friedensprozess zu unterstützen.

Es geht hauptsächlich um Erkennen der tatsächlichen Situation (siehe hierzu auch einen Artikel im „Spiegel“ aus dem Jahr 2005 über die Verwendung von Spendengeldern). Und auch das gezielte Unterstützen ausgewählter Organisationen, wie z.B. der Demokratischen Frauenorganisation „RAWA“, die seit über 30 Jahren im Land tätig ist oder die Hilfsorganisation „medico international“.

Es gibt 100 afghanische Organisationen, die Hilfsprojekte leiten, aber die haben laut Herrn Zamani keine Spenden und staatliche Gelder zu ihrer Unterstützung erhalten, obwohl sie großes Ansehen in der Bevölkerung genießen und über die besten Kenntnisse des Landes und seiner Probleme verfügen.

Heute bestehen über 80% des afghanischen Parlaments aus ehemaligen Warlords, Kriegsverbrechern und Islamisten. Es ist also wichtig, die Demokraten wie z.B. Frau Malalaj Joia gegen diese Kriegsverbrecher zu unterstützen. Wegen ihres Einsatzes für Menschenrechte und Demokratie wurde sie aus dem Parlament ausgeschlossen und die Weltöffentlichkeit schwieg dazu. Es wäre sehr wichtig, hier Unterstützung zu gewähren.

Die Vertreter der Drogenmafia machen nach wie vor Karriere und festigen ihre Macht. Aus Sicht von Herrn Zamani sollte das Militär aufhören, Warlords und Kriegsverbrecher zu unterstützen und stattdessen den demokratischen Gruppierungen Hilfe gewähren.

Im Publikum wird die Frage aufgeworfen, ob ein Abzug der Militärförderung der richtige Weg zum Frieden für Afghanistan ist. Gibt es einen Friedensplan?

Es gilt, alle Organisationen, die in Afghanistan für Menschenrechte, Frieden und Demokratie arbeiten, zu unterstützen. Die Mafiabanden, die Warlords und auch die Regierung müssen entmachtet werden und zwar von denen, die ihnen die Macht gegeben haben (v.a. von den USA).

Solange diese Gruppierungen massiv aus Pakistan, dem Iran und aus den USA unterstützt werden, hat der Friedensprozess in Afghanistan keine



Chance. Auch die gewählten Volksvertreter sind mit westlichen Geldern an die Macht gekommen und sind größtenteils ehemalige Kriegsverbrecher. Laut Herrn Zamani wäre Afghanistan allein niemals in der Lage gewesen, einen Krieg über 29 Jahre zu führen, dies war nur über Gelder aus dem Ausland möglich.

Von den Medien wurde es fälschlicherweise so dargestellt, als stünden die Massen hinter den islamistischen Fundamentalisten. Diese haben laut

Herrn Zamani ihre Macht nur durch Gelder und Waffen aus dem Ausland, beim Volk erfahren sie keine Unterstützung. Die afghanischen Fundamentalisten sind ein Produkt aus dem Ausland und passen nicht ins afghanische Volk. Afghanen sind Moslems, glauben an den Islam, aber sie sind per se keine Fundamentalisten.

Durch das Publikum wird das Augenmerk auf die möglichen Beweggründe gerichtet, die zur Aufrechterhaltung des Krieges führen: die Krieg führenden Länder verfolgen geostrategische Interessen und nehmen dabei den Massenmord an Zivilisten in Kauf. Seit 2001 sind laut Herrn Zamani 10.000 Menschen, v.a. Frauen und Kinder, getötet worden. Nach Ansicht des Publikums wird dieser Sachverhalt im Westen nicht wahrgenommen.

Ein großes Anliegen des Publikums ist, Wege zur Befriedung des Landes zu finden und den dazu nötigen Prozess zu verstehen. Es wird der Friedensplan, d.h. der 3-Jahres Studienplan des Journalisten Christoph Hörstel (Autor des Buches „Sprengsatz Afghanistan“) zitiert und der Abzug der OEF-Truppen (Operation Enduring Freedom) kontrovers diskutiert – ist Frieden ohne militärische Gewalt vor Ort dauerhaft durchsetzbar? Einigkeit herrscht darüber, dass die Kriegshandlungen auf jeden Fall eingestellt werden müssen.

Eine Möglichkeit, auf den Friedensprozess Einfluss zu nehmen, wäre es, von unserer Bundesregierung die Einstellung der Kampfhandlungen durch die Bundeswehr zu fordern.

Von der deutschen Bundesregierung wird nicht von „Krieg“ gesprochen, sondern lediglich von „Stabilisierung“, obwohl die Bundeswehr die OEF unterstützt und damit die Kriegssituation.

Aus dem Publikum wird auf ein Informationspapier vom Bund für Soziale Verteidigung zum Thema „Menschliche Sicherheit“ hingewiesen, in dem eine kurze Übersicht zur momentanen Situation des Landes

und zu eigenen Handlungsmöglichkeiten gegeben wird.

Mullah Omar und Hekmatyar sind die beiden führenden Köpfe der terroristischen Banden in Afghanistan. Die Amerikaner verhandeln mit diesen beiden Männern, um sie in die Regierung zu holen, deren Forderung der sofortige Abzug aller internationalen Truppen ist. Ihr Interesse ist die Re-Islamisierung des Landes, so wie es Ende der 90er Jahre der Fall war.

Herr Zamani zeigt anhand mitgebrachter Fotos Eindrücke aus dem heutigen Afghanistan. Das große Elend unzähliger Menschen, die unter harten klimatischen Bedingungen mit weniger als dem Nötigsten auskommen müssen, wird noch einmal sehr deutlich. Über 1/5 der Gesamtbevölkerung leben in solchen Zuständen, das sind 5 Millionen Menschen! Viele Bewohner der Städte leben in halb zerbombten Häusern und es werden immer wieder Familien unter ihren einstürzenden Häusern begraben.

Aus dem Publikum wird die Frage gestellt, ob nicht viele Kriegswitwen gezwungen sind, sich für ihren Lebensunterhalt zu prostituieren. Da sie so arm und oft schmutzig sind, sind sie den Reichen nicht einmal dazu gut genug.

Laut Uno-Statistik haben 65% der Kriegswitwen wirtschaftlich keine Chance und sehen daher ihren letzten Ausweg nur im Selbstmord. Zwar dürfen Frauen jetzt arbeiten gehen, v.a. in großen Städten, aber es gibt keine Arbeit!

Unter der Herrschaft des Warlords Ismail Khan in der Provinz Herat verbrannten sich jährlich 100 bis 150 Frauen selbst. Die meisten dieser Frauen überleben die Selbstverbrennung nicht; diejenigen, die überlebten, sind bis an ihr Lebensende gezeichnet.

In Afghanistan gibt es viele Frauengefängnisse; dort werden die Frauen zusammen mit ihren Kindern inhaftiert. Es reicht der Vorwurf des Diebstahls, des Ehebruchs oder ein

simpler Ehestreit, um eine Frau zu inhaftieren. Vermeintliche Ehebrecherinnen werden auch gesteinigt, die Männer laufen frei herum.

Zwar hat sich die Situation der Frauen dahingehend verbessert, dass sie sich im Land besser bewegen können, aber diejenigen, die im Fernsehen auftreten und für Demokratisierung und Befreiung kämpfen, müssen sich danach verstecken, um ihr Leben zu schützen.

Im Vergleich von Männern und Frauen in Afghanistan ist es laut Herrn Zamani so, dass die meisten Männer seit Beginn des Krieges eher an Kampf und Zerstörung mitgewirkt haben, die Frauen sich hingegen von Anfang an Gedanken gemacht haben, wie sie sich und anderen helfen konnten, da sie völlig auf sich gestellt waren. „Die Frauen leisten heute bessere Aufbauarbeit als die Männer“, so Herr Zamani, darunter auch schwerste körperliche Arbeiten wie in Ziegeleien.

In Afghanistan gibt es heute ca. 300.000 verstümmelte Menschen. Über 100.000 Kinder wurden allein in den Jahren der russischen Besatzung auf ihrer Flucht nach Pakistan durch die so genannten „Schmetterlinge“ verstümmelt. Das sind Minen, die gezielt auf dem Fluchtweg abgelegt wurden und die Kinder durch ihr Äußeres an Spielzeug erinnern. Die Betroffenen sind meistens Kinder, da die Erwachsenen wissen, dass es sich um Minen handelt.

Durch uranhaltige DU-Munition, die von den Amerikanern eingesetzt werden, gibt es zahlreiche Missbildungen unter Neugeborenen.

Die medizinische Versorgung ist noch längst nicht ausreichend, auf ein Krankenhaus kommen oftmals 1000 Menschen pro Tag, die Hilfe suchen und die längst nicht alle versorgt werden können.

Als Folge des Krieges gibt es schätzungsweise 5 Millionen Menschen, die schwer traumatisiert und psychisch erkrankt sind und es gibt nur ein einziges Krankenhaus zur Behandlung psychischer Leiden.

Auch kulturell erlitt das Land schwere Verluste.

Bereits unter Hekmatyar wurden die Kinos des Landes geschlossen, Musik verboten und Musiker verfolgt. Dies setzt sich unter den Taliban fort und ebenso unter den islamistischen Fundamentalisten. Es war verboten, die afghanische Kultur zu pflegen.

In den Jahren 2005 und 2006 wurden zahlreiche afghanische Kinder und Jugendliche im Iran zum Tode verurteilt und erhängt. Noch immer sitzen über 50 afghanische Kinder in iranischen Gefängnissen – man wartet, bis sie 18 Jahre alt sind, um sie dann zu hängen.

Beim Einmarsch der Amerikaner nach dem 11. September begrüßte die afghanische Bevölkerung die internationalen Truppen, da sie sich eine Befreiung von den verhassten Taliban erhofften. Später trat dann große Ernüchterung und Enttäuschung ein. Heute herrscht regelrechter Hass auf die Truppen, weil deren Einsatz mehr und mehr zur Unterstützung der fundamentalistischen Gruppen führte, als zu deren Entmachtung.

Es gab zwar eine gewisse Befreiung auf kulturellem Gebiet und anfängliche Hilfe für wirklichen Aufbau, aber die Verantwortlichen haben sich inzwischen das Vertrauen der Bevölkerung verspielt.

Aus der Sicht von Herrn Zamani lässt sich nicht Frieden zwischen fundamentalistischen und demokratischen Kräften verwirklichen, ein Dialog scheint nicht realistisch, da sich die fundamentalistischen Gruppierungen nicht für Frieden und Demokratisierung interessieren.

Aus dem Publikum wird die Frage aufgeworfen, ob es nicht wichtig wäre, alle Kräfte in den Friedensprozess mit einzubeziehen, was Herr Zamani jedoch ablehnt.

Ein Frieden mit den Taliban, ein „Friedhofsfrieden“ würde eine Talibanisierung des Landes bedeuten, was niemand aus der

Bevölkerung möchte.

Gespräche zwischen Vertretern der Bundesregierung, Ministerpräsident Karsai und den Taliban scheiterten an der Forderung Mullah Omars, dass als allererstes sämtliche internationalen Truppen das Land verlassen müssten.

Aus dem Publikum wird gefragt, ob nicht auch innerhalb der Taliban differenziert werden muss zwischen gemäßigten und radikalen Gruppierungen, was Herr Zamani verneinte. Zwar sind einige Taliban für die Errichtung von Schulen und für Alphabetisierung der Bevölkerung, aber nur im Rahmen religiöser Schulen. Für Mädchen soll dort der Unterricht nur in der Grundschule stattfinden und immer vor einem stark islamistischen Hintergrund.

Über 25 Organisationen haben von der deutschen Regierung gefordert, die Kriegsverbrecher vor ein internationales Tribunal zu stellen; im Augenblick genießen sie Straffreiheit, was sich äußerst negativ auf die Verhinderung weiterer Straftaten auswirkt. Laut Herrn Zamani werden deshalb noch immer Menschen ermordet, noch immer Frauen vergewaltigt und die größten Verbrecher sitzen in der Regierung und anderen machtvollen Positionen.

1973 ist Ministerpräsident Daoud durch einen Militärputsch mit Hilfe der Sowjetunion an die Macht gelangt und regierte bis 1978. Damals war die Hälfte des Landes unter amerikanischem Einfluss, die andere Hälfte unter sowjetischem.

Der Widerstand der Afghanen gegen den Einmarsch der Russen war ein nationaler Befreiungskampf, ein

Massenaufstand gegen die Aggressoren. Zu dieser Zeit hatten all die radikalen Kräfte keine Macht. Erst durch Unterstützung aus dem Ausland konnten die Islamisten ihre heutige machtvolle Position erreichen.

Die Kommunistische Partei verfolgte ihre eigenen Leute, Großgrundbesitzer, Konterrevolutionäre und erzeugte durch ihr aggressives Vorgehen starken Widerstand im Volk. Diesen Widerstand haben sich die Amerikaner zu Nutze gemacht, indem sie die Islamisten unterstützten und aufbauten und den nationalen Befreiungskampf in einen religiösen Kampf zwischen Islam und Kommunismus verwandelten.

Laut Herrn Zamani ist noch nie eine terroristische Aktion außerhalb Afghanistans von den Taliban verübt worden. Es gab vor dem 11. September Verhandlungen zwischen den USA und den Taliban über die Verlegung einer Pipeline durch Afghanistan. Die Verhandlungen scheiterten an den zu hohen Forderungen der Taliban. Somit kamen die Anschläge des 11. September wie gerufen, um Amerika einen Vorwand zu geben, für die eigenen geostrategischen Interessen zu kämpfen.

Letztlich bleibt die Frage nach den Möglichkeiten des einzelnen Bürgers hier in Mitteleuropa zur Unterstützung des Friedensprozesses in Afghanistan nicht wirklich beantwortet. Die demokratischen zivilgesellschaftlichen Kräfte können nur versuchen, wach zu rütteln und zu informieren, gegen die geballte Kraft wirtschaftlicher Imperien scheinen sie jedoch – zumindest kurzfristig – nicht allzu viel Macht zu besitzen.



Diskussionsforum 2:

Friedensaufgaben der UNO - Welche Reformen? Beispiel Mittlerer Osten mit Hans-Christof von Sponeck

Moderation: Clemens Ronnefeldt

Protokoll: Clemens Ronnefeldt

Die im Text erwähnten Abkürzungen sind in einer Zusammenstellung auf Seite 36 aufgeführt.

In seiner Einführung kündigt C. Ronnefeldt an, dass H.-C. von Sponeck zunächst einen Überblick geben wird, welche Unterorganisationen der UNO sich im Nahen/Mittleren Osten vor Ort befinden und mit welchen Aufgaben sie betraut sind, was diese bereits an Aufgaben erledigt haben und welche noch unbewältigt sind.

Im 2. Teil wird er einen 10-Punkte-Friedensplan für den Irak, an dessen Zustandekommen er beteiligt war, vorstellen und erläutern.

C. Ronnefeldt hat zur Einstimmung zwei Auszüge aus der Präambel und Art. 2 der UNO-Charta vorgelesen. (s. Kasten).

Überblick über die Arbeit der UNO im Nahen und Mittleren Osten

Cypern dient der UNO als Operations- und Rückzugsbasis für den Nahen/Mittleren Osten (UNFICYP), im geringeren Umfang auch Jordanien. So konnten sich z.B. 2003 nach dem folgenschweren Attentat auf das UNO-Quartier in Bagdad die Büros dorthin zurückziehen.

Palästina:

Seit 1948 arbeitet die UNRWA mit Sitz in Wien daran, das Schicksal der palästinensischen Flüchtlinge - vor

allem im Libanon, in Syrien, in Jordanien und in Palästina selbst - zu verbessern. Die UNRWA verteilt Lebensmittel, leistet medizinische Hilfe, betreibt Schulen und sorgt vor allem für Infrastrukturmaßnahmen. Ihre lokalen Büros wurden oftmals in der Nähe der Flüchtlingslager eingerichtet. Seit Beginn der Mission leidet diese an Geldmangel.



Libanon:

Hier wurde nach dem Libanonfeldzug 1982 die erste UNIFIL-Mission eingerichtet, die ebenso wie die UNIFIL-II-Mission, die nach Ende des Israel-Libanon-Krieges 2006 beschlossen wurde, die Aufgabe hat, den Waffenstillstand zu überwachen.

UN-Charta, Präambel:

WIR, DIE VÖLKER DER VEREINTEN NATIONEN - FEST ENTSCHLOSSEN, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen, Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können, den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern, UND FÜR DIESE ZWECKE Duldsamkeit zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben, unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren, Grundsätze anzunehmen und Verfahren einzuführen, die gewährleisten, dass Waffengewalt nur noch im gemeinsamen Interesse angewendet wird, und internationale Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker zu fördern - HABEN BESCHLOSSEN, IN UNSEREM BEMÜHEN UM DIE ERREICHUNG DIESER ZIELE ZUSAMMENZUWIRKEN.

UN-Charta, Art.2, Abs. 4:

Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.

Irak:

1996 startete die UNO mit dem „Öl für Lebensmittel-Programm“ (UNOHCI), als dessen Koordinator H.-C. von Sponeck von 1998 bis 2000 im Irak tätig war. Als weitere Einheit war noch die Abrüstungsgruppe (UNMOVIC) vor Ort, unter deren Mitgliedern allerdings Geheimdienstmitarbeiter eingeschleust wurden, was u. a. auch zu Konflikten zwischen UNOHCI und UNMOVIC führte.

Seit der US-Invasion 2003 gibt es im Irak eine UNAMI-Mission, der derzeit 80 Personen angehören. Deren Unterbringung in der „Grünen Zone“ von Bagdad schränkt ihre Aktionsmöglichkeiten und ihre Nähe zur Bevölkerung erheblich ein. Zur Unterstützung der humanitären Aufgaben sind Teile auch in Jordanien und Cypern tätig.

Im Irak hatte die UNO durch UNCC (mit Sitz in Genf) u. a. die Aufgabe, nach dem Irak-Krieg 1991 die Anzahl von 2,6 Millionen Anträgen auf Entschädigung zu bearbeiten. Diese wurden wegen der irakischen Invasion in Kuwait 1990 geltend gemacht. Bis zum Jahre 2003 verteilte die UNO aus irakischen Erdöl-Erlösen dafür rund 17 Milliarden US-Dollar, davon nur ca. 3 Milliarden an Gastarbeiter, die ihre Arbeit in Kuwait verloren hatten und rund 14 Milliarden an verschiedene Regierungen und Firmen. Auch zwei israelische Kibbuzim auf den besetzten Golan-Höhen erhielten ca. 500 000 US-Dollar Kompensation, weil sie argumentierten, durch den Irak-Krieg 1991 sei der Tourismus zurückgegangen. H.-C. von Sponeck bezeichnete diesen Vorgang als eindeutig völkerrechtswidrig, da nach der Haager Landkriegsordnung in besetzten Gebieten durch die Besatzer keine Strukturveränderungen vorgenommen werden dürfen. Die Golan-Höhen sind seit 1967 von Israel besetzt und hätten längst geräumt werden müssen.

Als UN-Koordinator im Irak für das Lebensmittelprogramm wurde H.-C. von Sponeck von einem US-Diplomaten verdeutlicht, dass er als UN-Koordinator mit Unterstützung der US-Regierung rechnen könne, so lange er im Einklang mit den US-Interessen im Irak handelt - und dass er marginalisiert würde, falls er sich gegen die US-Interessen stelle.

Abkürzungen

UNO-Einrichtungen:

UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten
UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon, Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon (Beobachtermission der UNO im Libanon)
UNFICYP	United Nations Peacekeeping Force in Cyprus, Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern
UNAMI	UN Assistance Mission to Iraq, UNO-Unterstützungsmission im Irak
WHO	World Health Organization, Weltgesundheitsorganisation
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
WFP	World Food Programme, Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen
IWF	Internationaler Währungsfonds
Weltbank	IBRD: International Bank for Reconstruction and Development; auch: World Bank, Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung <i>mit:</i> IDA: International Development Association, Internationale Entwicklungsorganisation IFC: International Finance Corporation, Internationale Finanz-Corporation MIGA: Multilateral Investment Guarantee Agency, Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur ICSID: International Centre for Settlement of Investment Disputes, Internationales Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten
UNIDO	Die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung
FAO	Food and Agriculture Organisation, Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, Welternährungsorganisation
ITU	International Telecommunication Union; Internationale Fernmeldeunion
WPV	Weltpostverein, franz: Union Postale Universelle, UPU Sonderorganisation der UN
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime, UN-Drogenbehörde
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees, Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen
UNCC	United Nations Congress Center, Kongresszentrum Bonn
P-5	= Vetomächte, P steht für Permanent, wenig gebräuchlich

Andere Organisationen:

ITO	International Trade Organization, Internationale Handelsorganisation
ILO	International Labour Organization, Internationale Arbeitsorganisation
OIC	Organization of the Islamic Conference, Organisation der Islamischen Konferenz
CPA	Coalition Provisional Authority, die frühere US-Besatzungsbehörde im Irak
GCC	Golf-Kooperationsrat der Golfanrainerstaaten
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Diese UNO-Missionen werden unterstützt und arbeiten in Koordination mit UN-Sonderorganisationen wie WHO, UNESCO, WFP, UNHCR, Organisationen für Industrie, Landwirtschaft, Erziehung, sowie IWF und Weltbank zusammen. Die Weltbank ist eine „Sonderorganisation“ bezüglich ihrer Zusammensetzung, Kontrolle und Finanzierung. Darüber hinaus existiert noch eine Gruppe zur Krisenbehandlung, die sich aus Militärvertretern der 5 Vetomächte zusammensetzt.

Die Kooperation der verschiedenen Gruppen ist funktionsfähig, hat aber im Irak z.B. zwischen UNOHCI (humanitäre Hilfe) und UNMOVIC (Abrüstungskontrolle) auf Grund der oben genannten Geheimdienststeinmischung nicht funktioniert.

Diskussion:

Im Folgenden sind gekürzt die Antworten von H.-C. von Sponeck zu

Fragen und Anmerkungen aus dem Plenum wiedergegeben.

- Zu der Bemerkung, dass auf Grund der eben gehörten Schilderungen trotz enormer Schwierigkeiten doch eine ganze Menge wichtiger Arbeit von der UNO geleistet wurde, betont H.-C. von Sponeck, dass dies vor allem der „operationalen UNO“ zu verdanken sei (vergl. Referat beim Internationalen Forum v. 9.2.). Dagegen sei die UNO bei der Nahost-Konferenz in Annapolis als Statistin marginalisiert worden.

- Die Weltbank wurde nach der Konferenz von Bretton Woods 1944 als Sonderorganisation gegründet.

Es wurden aber auch die UNESCO, ILO, der Postverein, die Telekommunikations-Org., die UN-Drogenbehörde ins Leben gerufen.

- Ob man bei dem enormen politischen Einfluss der Hegemonial-

macht USA das Wirken der UNO vernachlässigen könne?

H.-C. von Sponeck verweist auf die positiven Beispiele beim Gesundheitswesen und in der Krankheitsbekämpfung (WHO), der Bildung (UNESCO) sowie auf das Welternährungsprogramm. Dieser Teil der UNO würde dringend gebraucht!

Allerdings müssten gegen die Unilateralisierung geeignete Kontrollen eingebaut werden und alle Regierungen zur Rechenschaft gezogen werden können.

- Die Chancen eines Wechsels des Präsidenten in USA bestünden darin, dass Amerika durch einen Neuaufbruch seine nach wie vor vorhandenen positiven Kräfte entfalten könnte. Es bestünde dabei für die UNO die Chance zu mehr Multilateralismus zum Nutzen für die ganze Welt und ganz sicher auch für die



USA. Die derzeitige Regierung sei auf diesem Gebiet besonders negativ zu bewerten.

- Die Bemerkung, dass seit der Bretton-Woods-Konferenz durch die Schaffung der Weltbank die ITO als UNO-Organisation de facto abgeschafft wurde, bestätigt H.-C. von Sponeck dahingehend, dass nach seinen Erfahrungen die Weltbank durchaus die Vorherrschaft über andere UNO-Organisationen anstrebe.

Allerdings gebe es noch weitere Beispiele ähnlicher Externalisierungen bei der UNO. Es bestünde dabei die Gefahr, dass diese Sonderorganisationen z. T. in Konkurrenz zu den bestehenden UNO-Organisationen tätig werden, und außerdem sind bei ihnen die Möglichkeiten zur Kontrolle eingeschränkt.

- Bezüglich der Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems für die Menschen, die nun schon seit Generationen in den Lagern leben, ist die Klärung der Grundfrage zwischen den Konfliktparteien: „Können die Palästinenserflüchtlinge in/auf ihr Land zurückkehren?“ wichtig. Sie wird gerne von beiden Seiten nicht als Frage verstanden.

- Können trotz der Dominanz der USA im Sicherheitsrat demokratische Verhältnisse in diesem Gremium erreicht werden?

Die Dominanz der 5 Vetomächte (P-5) im Sicherheitsrat hat zum einen seine Ursache in den Strukturen der UNO, zu einem Gutteil liegt es aber auch daran, dass die USA ihre Stellung sehr effektiv zu nutzen verstehen. Z. B. hätten in der nun schon 17 Jahre andauernden Irakkrise die anderen 4 (*nur die 5 Vetomächte verfügen permanent über alle relevanten Informationen*) nicht vermocht, eine konstruktive und gangbare Gegenposition zu den USA zu entwickeln.

Im Allgemeinen nutzen die Vetomächte ihren Informationsvorteil, um die wesentlichen Resolutionen in ihrem Interesse zu formulieren. Die UNO-Generalversammlung könnte durch eine „Uniting-for-Peace-Resolution“ mit 2/3-Mehrheit den

Sicherheitsrat überstimmen. Dagegen wenden die P5 – allen voran die USA – über ihre bilateralen Beziehungen zu den einzelnen Ländern alle möglichen Erpressungsmethoden an, um sich die Stimmen zu sichern. Auch gezielte Fehlinformation wird angewandt, wie der Auftritt von Ex-Außenminister Colin Powell vor dem Sicherheitsrat am 5. Februar 2003 gezeigt hat.

Diese Dominanz könnte durch die bessere Einbringung der Mitglieder des Sicherheitsrates verhindert werden.

- Zu der ebenfalls angesprochenen negativen Rolle der Medien setzt

H.-C. von Sponeck auf gut fundierte und schnell herausgebrachte Stellungnahmen von Seiten der Friedensbewegung sowie der intensiven Pflege von Kontakten zu JournalistInnen.

- Die teilweise mangelhafte Effektivität der UNO-Organisationen liege bisweilen an der schlechten Führung einzelner Bereiche, aber auch an der mangelhaften Personalausstattung und –struktur. So bestehe z. B. in etlichen Bereichen der organisatorische Unterbau ausschließlich aus PraktikantInnen.

- Im Gegensatz zu der aufgeworfenen Frage um eine mangelnde Bereitschaft der arabischen Länder zur Integration von palästinensischen Flüchtlingen seien die Länder Kuwait, Libanon und Jordanien (wo es z. T. zu einer intensiven Durchmischung gekommen ist) genannt, die sehr viele Flüchtlinge auf Dauer aufgenommen hätten.

Kritik am UN-Sicherheitsrat und Reformvorschlag

H.-C. von Sponeck kritisierte die Arbeit des UN-Sicherheitsrates, dessen

Veto-Mitglieder noch immer die Siegermächte des zweiten Weltkrieges seien. Diese Konstruktion gelte es zu reformieren. Deutschland, Indien, Japan und Brasilien drängten darauf, ebenfalls in den Sicherheitsrat aufgenommen zu werden.

H.-C. von Sponeck plädierte dafür, das Mehrheitsprinzip im UN-Sicherheitsrat einzuführen, um Blockaden einzelner Veto-Mächte zu verhindern.

Der Sicherheitsrat dürfe nicht die Generalversammlung und den Internationalen Gerichtshof majorisieren bzw. sich deren Funktionen aneignen.



In der Region Naher und Mittlerer Osten sei der Einfluss der UNO äußerst minimal. Die großen und wichtigen Entscheidungen würden von anderen Akteuren, allen voran der US-Regierung, getroffen. Zurzeit wäre das politische Klima für solche Veränderungen nicht besonders günstig.

Beispiel Irak: Ein 10-Punkte-Friedensplan

Vor dem Hintergrund von 30 Jahren Diktatur, 2 Kriegen, den anschließenden 13 Jahren Sanktionen und dann noch einer (völkerrechtswidrigen) Invasion mit anschließender Besatzung und einer Welle von Gewalt ohne Aussicht auf ein baldiges Ende hat H.-C. von Sponeck zusammen mit einer Gruppe aus dem schwedischen TFF-Institut in Lund (Transnational Foundation for Peace and Future Research) einen 10-Punkte-Friedensplan erarbeitet. Dieser Plan soll beispielhaft aufzeigen, wie gehandelt werden könnte...

Daneben gibt es noch zwei entsprechende Aktivitäten in USA: vomPräsidentenskandidat Dennis Kucinich sowie von George McGovern und William R. Polk (US-Sicherheitsberater unter John F. Kennedy).

Die Internetadresse [www. globalpolicy.org](http://www.globalpolicy.org) bemühe sich, solche Aktivitäten zu verbreiten. H.-C. von Sponeck hat diese gegeben, die Koordination der 3 Gruppen zu unterstützen.

H.-C. von Sponeck erläuterte ausführlich den in Lund erarbeiteten 10-Punkte-Friedensplan für den Irak:

1. Ende der Besatzung durch den Rückzug ausländischer Truppen und Söldner und den Abbau der Militärstützpunkte

Die heutige Existenz organisierter Widerstandgruppen im Irak ist eine direkte Folge des Einmarsches von 2003 und der nachfolgenden Besatzung. Das Gleiche gilt für terroristische Gruppen wie Al-Qaida und Al-Qaida-in-Mesopotamien. Die Besatzungsmächte haben eine bürgerkriegsähnliche Situation provoziert, indem sie einzelne sektiererische und ethnische Gruppen gegeneinander ausgespielt haben. Die gegenwärtigen Konflikte und die Gewalt unter Irakern – beispielsweise zwischen schiitischen und sunnitischen Muslimen – wären ohne die Besatzung und Einmischung von außen nicht entstanden. Iraker aus allen Gesellschaftsschichten sind sich sicher, dass der Rückzug ausländischer Truppen eher zu einem Rückgang als zu einem weiteren Anwachsen der Gewalt führen würde. Verhandlungen mit den Aufständischen würden die Stabilisierung Iraks fördern.

Das Ende der Besatzung muss zeitlich sowohl mit der Schließung von ausländischen Militärstützpunkten, dem Abzug von ausländischem Militär und von privaten Sicherheitsdiensten und Söldnern zusammenfallen als auch mit der Verkleinerung der US-Botschaft. Sie alle sind Inbegriff einer Besatzungsmacht und deren Interesse an den Energieresourcen des Irak. Das befürchtete Sicherheitsvakuum kann durch die Rückgabe der Souveränität vermieden werden.

2. Wiedererrichtung und Respektierung der irakischen Souveränität und territorialen Integrität

Es gibt zu viele vereinfachende Auffassungen über das Land Irak. Eine besagt, dass es dort hauptsächlich drei deutlich voneinander zu unterscheidende Gruppen gibt: die Kurden im Norden, die Sunniten im Zentrum und die Schiiten im Süden. Bei dieser Betrachtungsweise wird nicht nur die ethnische und religiöse Zugehörigkeit durcheinander gebracht, sie ist auch faktisch falsch. Erstens sind die Kurden in ihrer Mehrheit Sunniten, und zweitens haben sich Araber und Kurden traditionell in den meisten Teilen des Landes vermischt. Vor der Invasion lebten in Bagdad ungefähr eine Million Kurden – weltweit die größte Ansammlung in einem städtischen Gebiet.

Die »Drei-Gruppen-Theorie« hat einige Außenstehende dazu gebracht, auf unverantwortliche Weise die Teilung des Irak in drei autonome, wenn nicht sogar völlig voneinander getrennte Gebiete zu erwägen. Der internationale Beitrag zur Unterstützung des Landes muss vor allem darauf abzielen, dem Irak als Einheit und nicht als dreigeteiltem Land zu helfen. Was auch immer dort passiert, es ist Sache der Iraker, das zu entscheiden und ein Einvernehmen herzustellen.

3. Eine von den Vereinten Nationen geleitete friedensbildende Mission

Will die UNO als Partner überzeugen, muss sie eine eindeutige Bereitschaft zu einer respektvollen Partnerschaft mit dem irakischen Volk zeigen. Zusätzlich muss eine breit aufgestellte UN-Mission ihre Bemühungen mit der Liga der Arabischen Staaten, der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), dem Golf-Kooperationsrat (GCC) und unter Umständen mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Europäischen Union verknüpfen und abstimmen.

Es muss noch einmal betont werden, dass die schätzungsweise 26 Millionen Bürger und Bürgerinnen des Irak – die in Irakisch-Kurdistan in besseren Verhältnissen und höherer Sicherheit Lebenden eingeschlossen – in einem Maße leiden, wie es in der Neuzeit noch nicht vorgekommen ist. In diesem Zusammenhang sei ausdrücklich auf die ca. zwei Millionen Vertriebenen innerhalb des Landes und etwa 2,5 Millionen Flüchtlinge, die das Land verlassen haben, verwiesen.

4. Schuldenerlass

45 Staaten haben entschieden, dass die Schulden, die der Irak bei ihnen hat, erlassen werden. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf über 140 Milliarden US-Dollar.

Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Bestätigung, dass der Schuldenerlass erfolgt ist, sollte alsbald folgen.

5. Internationale Entschädigung für Sanktionen, Invasion und Besatzung

Es ist weithin bekannt, welche ungeheuren Kosten den USA durch Invasion und Besatzung entstanden sind. Es gibt aber keine Schätzungen darüber, welche Kosten der irakischen Gesellschaft durch die physische, mentale, soziale und kulturelle Zerstörung entstanden sind. Es geht hierbei nicht um humanitäre oder Entwicklungs-Hilfe, sondern um Entschädigung für die Folgen von Krieg, Besatzung und Sanktionen. 1991 hat der UN-Sicherheitsrat den Irak für die Zerstörungen verantwortlich gemacht, die durch den Einmarsch in Kuwait entstanden sind. Daraufhin wurde der UN-Entschädigungsausschuss (UNCC) eingesetzt. Regierungen, Unternehmen und Individuen stellten Schadenersatzansprüche in Höhe von 350 Milliarden US-Dollar. 30 Prozent der Gelder, die für humanitäre Programme im Irak vorgesehen waren, wurden zur Befriedigung dieser Ansprüche zweckentfremdet, während sich gleichzeitig die Kindersterblichkeit im Irak einem Höhepunkt näherte.

Folgerichtig müssen die Besatzungsmächte für die Schäden verantwortlich gemacht werden, die dem Irak seit 2003 zugefügt wurden.

6. Hoheitsgewalt über Ölvorkommen

Der Irak ist im Besitz einer der größten Ölvorkommen der Welt. Es muss Teil des Friedensprozesses sein, dass der Irak seine völlige Hoheitsgewalt über seine Ölvorkommen und die künftigen Einnahmen daraus zurückerhält. Das würde heißen, dass alle gegenteiligen »Abkommen«, wie sie von der »Coalition Provisional Authority« (CPA – die frühere US-Besatzungsbehörde), verkündet wurden, für null und nichtig erklärt werden.

7. Der Nahe Osten – Eine Zone frei von Massenvernichtungswaffen

Der UN-Sicherheitsrat und die UN-Generalversammlung haben beide schon vor längerer Zeit (1974 und 1991) darauf bestanden, dass der Nahe Osten eine Zone sein soll, die frei ist von Massenvernichtungswaffen. Das betrifft alle Länder im Nahen und Mittleren Osten einschließlich Israel, das seit Jahrzehnten zu den Atommächten gehört, und weitere Länder wie den Iran, der womöglich danach trachtet, eine solche Macht zu werden. Es kann keinen Frieden in der Region geben, solange dort nicht ein Abbau nuklearer und anderer Massenvernichtungswaffenanlagen stattfindet, und es darf dabei nicht mit zweierlei Maß gemessen werden.

8. Prozess der Wahrheitsfindung und Aussöhnung

Die sozio-psychologische Gewalt, unter der Millionen Iraker leiden, wird in der öffentlichen Debatte und in den Medien überschattet vom Ausmaß der physischen Zerstörung. Nicht nur denen, die materiellen Schaden erlitten haben, sondern auch jenen Millionen, die psychisch gelitten haben, steht ein Menschenrecht auf Hilfe zu. Ähnlich wie andere Konfliktländer in der Vergangenheit wird auch der Irak einen gesellschaftlichen Prozess und angemessene institutionelle Regelungen brauchen, um sicherzustellen, dass die umfassende Wahrheit über seine Gegenwartsgeschichte offen gelegt und dokumentiert wird. Die Wahrheits- und Versöhnungsarbeit muss nicht nur zwischen den kriegsführenden Ländern stattfinden, sondern vor allem zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen, die sich infolge der Invasion untereinander bekämpfen.

9. Zusammenarbeit von Mensch zu Mensch

Regierungen allein sind nicht in der Lage, ihre Fehler wieder gutzumachen. Es ist zwingend erforderlich, dass die Zusammenarbeit von Mensch zu Mensch Teil des Friedensprozesses im Irak wird. Zu den auswärtigen Kräften, die ermutigt werden sollten, nach Beginn des neuen Typs der von der UNO geleiteten Mission im Irak zu arbeiten, sollten Ärzte/Ärztinnen, Krankenschwestern/-pfleger, Sozialarbeiter/innen, Ingenieure/innen, Lehrer/innen und Auszubildende gehören. Junge Iraker/innen, die durch Sanktionen und Invasion viele Jahre verloren haben, sollten im In- und Ausland Stipendien erhalten. Viele dieser Initiativen können nur ergriffen werden, wenn die Sicherheitsbedingungen es erlauben. Bis das soweit ist, können elektronische Mittel genutzt werden, die Verständigung zu fördern. (s. Hinweis b. Diskussion)

10. Ein umfassender Ausgleich für die gesamte Region

Heute stehen alle Krisen in den verschiedenen Teilen des Nahen und Mittleren Ostens in Wechselwirkung miteinander; sie können nicht isoliert voneinander gelöst werden. Deshalb wird es eine wichtige Initiative in Richtung Frieden sein, eine ständige Regionalkonferenz einzuberufen – unter Federführung der UNO und der Arabischen Liga –, in der alle Parteien der verschiedenen Konflikte einschließlich Regierungen, regionalen Organisationen und Zivilgesellschaft zusammenkommen, um über Frieden, Sicherheit und Entwicklung im Nahen Osten zu diskutieren. Es ist wichtig zu betonen, dass eine solche Regionalkonferenz wirklich alle mit einbeziehen muss – auch Opposition und Widerstand. Keine Partei darf außen vor bleiben.

Die Intention der Annapolis-Konferenz war in diesem Sinne eher konfliktfördernd. Eine Militärakademie in einem

anderen Kontinent ist nicht der richtige Ort, um eine OSZE-ähnliche Einrichtung für den Nahen/Mittleren Osten zu schaffen.

Hinweis: Dieser Plan wurde in deutscher Übersetzung am 27.2.2008 von der Tageszeitung „Junge Welt“ abgedruckt.

H.-C. von Sponeck fordert alle TeilnehmerInnen dazu auf, sich gegenüber den Verfassern dieses Planes mit Verbesserungswünschen/Vorschlägen zu melden. Kontakt mit dem TFF-Institut in Lund: www.transnational.org

Diskussion:

In der lebhaften Diskussion wurde immer wieder Bezug genommen auf den 10-Punkte-Plan.

- Zur Anmerkung, dass es viele Konflikte gäbe, die offensichtlich nicht gelöst werden „sollen“ verweist H.-C. von Sponeck auf die Geschichte des Irakkriegs sowie auf das Vorgehen der westl. Mächte mit dem Irankonflikt. Betroffene Länder könnten sehr schnell erkennen, wenn eine Lösung des Konfliktes nicht gewünscht wird, Kooperation und Zusammenarbeit wird dadurch nicht gefördert.

- Zur Frage der Akzeptanz als Nuklearmacht sei auf die Atomwaffenstaaten Israel, Indien und Pakistan in der Region hingewiesen. Keines dieser Länder habe den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet. Als Beispiel sei auch der „Sondervertrag“ USA-Indien genannt. Gegen diesen Vertrag hat sich die indische Friedensbewegung vehement gewehrt.

- Hinweis auf Friedens- und Versöhnungsarbeit des Zivilen Friedensdienstes ZFD sowohl in Hinblick auf Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort, als auch zur Ausbildung von Friedensfachkräften hier. Von Friedens- und Versöhnungsarbeit könne eine Verbesserung der Lage erwartet werden, denn sobald der „Widerstand“ ein Ansprechpartner ist, werden auch die Anschläge zurückgehen.

- Beim leidigen Thema einer Einflussnahme auf Politiker, nämlich dass diese ihre Volksvertreterrolle ernst nehmen sollten, plädiert H.-C. von Sponeck für die direkte Ansprache der Abgeordneten im Wahlkreis, eine Vorgehensweise, die bei uns unterentwickelt scheint. Sie ist z.B.

in USA wesentlich populärer.

- Die weltweite militärische Infrastruktur der USA sollte uns ständig vor Augen sein.

- H.-C. von Sponeck fühlt sich durch die Solidarität, die er bei der Konferenz erfahren hat, ermutigt in seinen Anliegen aktiv zu bleiben. Allerdings sei die Vernetzung der Friedensbewegung mangelhaft, was u. a. darin seinen Ausdruck finde, dass in Deutschland zwar 80 % der Bevölkerung gegen Kriegseinsätze seien, was aber auf die PolitikerInnen keinen wesentlichen Eindruck mache, weil eine andauernde Thematisierung in der öffentlichen Diskussion nicht gelänge.

Hinweise:

- Es wurde auf die Internationalen Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges - Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW) verwiesen, die derzeit daran arbeiteten, eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten zu organisieren.

- Um die humanitäre Arbeit im Irak zu fördern, könnte die Arbeit der österreichischen Ärztin Eva-Maria Hobiger in Basra unterstützt werden, die das dortige Krankenhaus mit lebenswichtigen Medikamenten und Geräten versorgt.

- In Deutschland ist es der Friedensgruppe um Bernd Duschner in Pfaffenhofen gelungen, aus Irak schwer verletzte Kinder nach Deutschland zu holen, wo sie operiert wurden.

- US-Kriegsdienstverweigerer, die jeglichen weiteren Dienst im Irak ablehnen, werden von „Connection e.V.“ in Offenbach betreut. Auch diese Arbeit gelte es zu unterstützen.

Der Moderator Clemens Ronnefeldt dankte am Ende des Forums Hans-Christof von Sponeck für seinen engagierten Einsatz sowie allen Anwesenden für ihr Kommen und Mitdiskutieren.



Diskussionsforum 3:

Energie und Frieden mit Ursula Sladek

Moderation: Trudel Meier-Staude

Protokoll: Trudel Meier-Staude

gekürzte Version, kompletter Text unter
www.friedenskonferenz.info

Frau Sladek, 1986, vor 21 Jahren, erlebten Sie als Mutter von 5 Kindern aus der Entfernung und doch sehr nah den Gau von Tschernobyl. Wie viele andere deutsche Mütter wurden Sie aktiv. Eine Elterninitiative entstand. Sie veranstalteten Stromsparwettbewerbe und öffentlich wirksame Aktionen. Sie trieben den Bau von Blockheizkraftwerken und kleinen Wasserkraftwerken voran und gründeten eine Kabarettgruppe namens „Wattkiller“ und Sie ärgerten sich maßlos über Ihren Energieversorger.

Solche Aktivitäten gab es Gott sei Dank deutschlandweit. Es war und ist eine sehr große Bewegung, die viel erreicht hat. Bei Ihnen ging es dann aber noch ein Stück weiter. Sie gingen über die bekannten Aktionen hinaus. Sie haben beschlossen, Ihr Netz zurück zu holen. Was folgte ist ein jahrelanger Kampf. Es ging regional darum, die Idee zu bewerben und politisch zu verteidigen. Beratende und finanzielle Unterstützung erhielten Sie deutschlandweit.

Es ging um viel Geld und es ging um einen unglaublichen Imageverlust für einen großen Netzbetreiber. Da krachte einiges an Energie aufeinander.

Wir waren damals ganz naive Menschen, die nicht ökologisch und nicht politisch engagiert waren. Wir waren noch in dem Glauben, dass Politik und Energiewirtschaft jetzt einsehen, dass man Abschied nimmt von der Atomenergie und dass Energiesparen ein ganz wichtiges Thema ist. Zusammen mit meinem

Mann habe ich einen Vortrag von David Freeman (Energieberater von J. Carter) gehört. Der hat in der Universität Basel darüber berichtet, was während der ersten Ölkrise in den USA alles passiert ist: Energieversorgungsunternehmen durften keine neuen Kraftwerke bauen, wenn sie nicht vorher alle Einsparmöglichkeiten ausgeschöpft hatten. Leider ist das auch in den USA inzwischen längst wieder in Vergessenheit geraten.

Wir sind zum Energieversorger gegangen und haben gesagt, dass wir Stromsparaktivitäten machen wollen und ob sie sich vorstellen können, uns in irgendeiner Weise dabei zu unterstützen. Die Antwort war ganz brutal: „Nein, wir unterstützen Sie nicht. Wir wollen Strom verkaufen, wir wollen doch keinen Strom sparen. Sie sind geschäftsschädigend und Sie können froh sein, dass wir hier nicht gegen Sie vorgehen.“

Das würde heute kein Energieversorger mehr so deutlich sagen. Die wissen mittlerweile auch, dass Energiesparen wichtig ist. Wir haben dann unsere Stromsparwettbewerbe auch ohne sie gemacht.

Die zweite Geschichte hing mit den Blockheizkraftwerken (BHKWs) zusammen. Die Kraft-Wärme-Kopplung ist eine Technologie, die 60 Jahre alt und vollkommen ausgereift ist. Die bei der Stromherstellung entstandene Wärme wird bei BHKWs mit genutzt. Diese Technik könnte eigentlich großflächig in den Markt

kommen, wenn der Überschussstrom vernünftig vergütet würde. Heute gibt es da gesetzlich vorgeschriebene Vergütungsmechanismen. Ob die ausreichend sind, ist eine andere Frage. Aber immerhin, damals gab es gar nichts. Da hat der Energieversorger bestimmt, wie viel er für den ins Netz eingespeisten Strom zahlt und hat den halt so vergütet, dass es sich nicht rechnet. Deshalb haben wir gefordert, dass Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung vernünftig vergütet werden muss. Auch da hat uns der Energieversorger sehr deutlich zu verstehen gegeben, dass er nicht bereit ist, in der Hinsicht irgendetwas zu tun.

Der Konzessionsvertrag in Schönau stand neu an und wir haben gesagt, dass wir ökologische Gesichtspunkte drin haben wollen, stromsparfördernde Tarife z.B., gerechtere Vergütungen für Strom aus Blockheizkraftwerken. Aber der Energieversorger ging nicht darauf ein.

Und das war genau der Punkt, an dem wir gesagt haben, dass wir ein bürgereigenes Energieversorgungsunternehmen organisieren und uns um die Stromversorgung bewerben. Wir haben damals der Stadt Schönau 100.000 Mark gegeben. Die hatten wir bei Leuten gesammelt, die gerne für 100 Mark im Jahr einem Monopolisten zeigen wollten, dass seine Macht nicht unumschränkt ist. Dann haben wir begonnen, ein bürgereigenes Energieversorgungsunternehmen aufzubauen.



Das dauerte von 1990 bis 1995. Wir haben auch 2 Bürgerentscheide führen müssen, um die Stromversorgung zu übernehmen.

Und schließlich hatten wir Erfolge, die uns weiter getragen und beflügelt haben. Wir haben den ersten Bürgerentscheid gewonnen. Wir haben den zweiten Bürgerentscheid gewonnen. Die Erfolge haben natürlich auch dazu beigetragen, weil Erfolge motivieren.

Sie haben sich aufs gleiche Parkett wie die großen Konzerne begeben, Sie wollen natürlich auch wirtschaftlich gut dastehen. Sind Sie damit auch eine kapitalistische Unternehmerin geworden?

Da stellt sich mir erst einmal die Frage, was ich mit Kapitalismus assoziiere? Gewinnmaximierung natürlich und dann Ausbeutung der Arbeitnehmer, mal so schlagwortartig in den Raum gesetzt.

Gewinnmaximierung: Die EWS (Elektrizitätswerke Schönau) hat sich gegründet, um eine Vision zu realisieren. Es waren damals 750 Leute, die ihr Geld dafür gegeben haben, dass die Firma entsteht, damit sich etwas ändert und nicht damit wir möglichst hohe Gewinne erzielen. Wir wollten die Vision von einer atomstromfreien und klimafreundlichen Energieversorgung umsetzen.

EWS ist eine GmbH mit einer Vorschaltgesellschaft, in der diese 750 Gesellschafter sind. Das ist die Netzkauf Schönau GmbH. Eine GmbH hat am Ende des Jahres eine Bilanz. Da ist ein Strich und da steht auch bei uns eine schwarze Zahl. Eine kleine schwarze Zahl, aber eine schwarze Zahl muss es sein. Das ist aus mehreren Gründen wichtig.

Das ist einmal wichtig, weil natürlich ein Unternehmen nicht existieren kann, wenn es dauerhaft Verluste machen würde. Es ist auch deswegen wichtig, weil wir ja auch angetreten sind, um zu sagen: Man kann so etwas auch ökonomisch, also wirtschaftlich machbar durchführen.

Die Vertreter großer Energieversorgungsunternehmen sagen immer, was die Kunden nicht wollen und was deshalb nicht durchsetzbar wäre. Wenn ich dann erzähle, was wir machen, dann sagen die, ach Schönau, das sind lauter Idealisten, da kommt es ja nicht aufs Geld an. Sie loben uns inzwischen sogar in der Öffentlichkeit, aber unser Modell ginge ihrer Meinung nach nicht überall. Jedoch auch wir haben eine schwarze Zahl und zwar dauerhaft. Natürlich erzielen wir keine Umsatzrendite von 10% oder 15%. In der Energiewirtschaft sind - wenn man die kleinen Energieversorger dazu nimmt - 8% bis 10% Umsatzrendite normal. Unsere Rendite liegt zwischen 0,5% und 1%. Kleiner darf die Rendite auch nicht sein, weil der Stromhandel ein risikoreiches Geschäft ist. Aber Gewinnmaximierung ist nicht unser Ziel ist und wir handeln auch nicht danach. Wir wollen die Dezentralisierung der Energieversorgung, wir wollen damit gleichzeitig die Demokratisierung der Energieversorgung.

Das zweite, was ich irgendwie mit dem Kapitalismus in Verbindung bringe, war Ausbeutung der Arbeitnehmer. Wir versuchen unser Unternehmen sozialverträglich und arbeitnehmerfreundlich zu gestalten. Das fängt damit an, dass wir sehr flache Hierarchien haben, dass die Leute bei uns gut bezahlt werden, weil wir auch - und da sind wir dann schon Unternehmer - gute Arbeit von Ihnen erwarten. Die Geschäftsführung verdient im Übrigen nicht viel mehr als die Angestellten. In der Energiewirtschaft würden die sich tot lachen, wenn die wüssten, was ich verdiene. Wir machen auch keine Zeitarbeitsverträge. Das lehne ich grundsätzlich ab. Ich finde das menschenunwürdig, wenn jemand immer Angst haben muss, ob er seinen Arbeitsplatz auch behält. Was kann ich dazu noch sagen? Natürlich haben die Arbeitnehmer bei uns auch Mitbestimmung. Das heißt, wir haben Gremien, in denen wir über die Ausrichtung des Unternehmens diskutieren und wo jeder sich einbringen kann. Kurz und gut: Ich fühle mich nicht als kapitalistische

Unternehmerin.

Was bei uns aber schon noch so eine Frage ist und wir haben ja Kontakt mit mehreren Ökostromern. Wir merken es sehr deutlich, wenn sich Köpfe ändern. Da ändert sich dann auch manchmal ein bisschen die Unternehmensstruktur. Haben Sie da irgendwelche Hürden eingebaut?

Die heute 650 Gesellschafter bestimmen die Grundzüge der Unternehmenspolitik. Das heißt, es kann kein Geschäftsführer auf einmal eine andere Unternehmenspolitik machen. Da müssen $\frac{3}{4}$ der Gesellschafter zustimmen.

Wir haben aus dieser Gesellschafterversammlung heraus einen Beirat, der dann entsendet wird in die EWS. Das sind 6 Leute, die über die Einhaltung der Unternehmensleitlinien wachen. Die stehen über der Geschäftsleitung und über dem Aufsichtsrat. Das sind auch Leute, die aus der ehemaligen Bürgerinitiative kommen, so dass ich mir schwer vorstellen kann, dass man über den Beirat hinweg eine andere Unternehmenspolitik durchsetzen kann.

Und dann hat die EWS noch einen Aufsichtsrat, der in einer GmbH nicht sein müsste. Das ist auch mehr ein Fachgremium. (Banker, Ingenieur, Jurist, Polizist, EDVler). Das ist die Kaskade Gesellschafterversammlung - Beirat - Aufsichtsrat - und dann kommt erst der Geschäftsführer.

Sie kämpfen gegen die Großen, Sie wollen Ihnen Kunden und damit Geld wegnehmen, das ist ja auf den ersten Blick erstmal nicht friedlich. Wie sehen Sie das?

Friedlich sein heißt ja nicht, alles hinzunehmen, auch nicht in der Friedensbewegung. Gegen Ungerechtigkeiten muss man ja etwas tun. Man kann nicht einfach alles unwidersprochen hinnehmen. Das verstehe ich nicht unter Frieden. Man muss auch Konflikte miteinander austragen.

Wir tragen Konflikte in einer ganz wichtigen Sache aus, nämlich in der

Energieversorgung. Meiner Ansicht nach ist die Energieversorgung für die Friedenssicherung unglaublich wichtig. Das betrifft die drei Gebiete Atomkraft, Klimaschutz und Verteilung der Ressourcen, also auch das Thema Energiegerechtigkeit.

Das sind alles Themen, wo auch die großen Energieunternehmen behaupten dort engagiert zu sein. E.ON legt immer ganz tolle Zahlen vor, was sie machen, um die Erneuerbaren Energien voran zu bringen. Aber sie hängen immer noch dem alten Zentralismus an.

Allerdings nehmen wir ihnen nicht aggressiv die Kunden weg, sondern die Kunden kommen freiwillig zu uns. Es ist eher ein Wettkampf um die besseren Konzepte. Wir legen unsere Konzepte dar, wir sagen warum das, was wir tun, richtig und wichtig ist, und der Stromkunde entscheidet. Wir machen den Menschen ein Angebot. Auch als politischen Akt, um den Energieversorgungsunternehmen damit zu zeigen: „Schaut mal her, wir sind nicht einverstanden mit eurer Unternehmenspolitik, die immer noch auf Atomenergie beruht. Ihr fordert den Weiterbetrieb alter abgeschriebener Atomkraftwerke, nur um Euren Geldbeutel noch praller zu füllen, und denkt nicht daran, was das für Auswirkungen auf viele Menschen in der Welt hat. Ihr treibt den Klimaschutz nicht so voran, wie er vorangetrieben werden müsste.“ Dieser Wettkampf um das bessere Konzept zeitigt auch Erfolge! Ein Beispiel: In Freiburg im Breisgau ist die „Badenova“ der Energieversorger. Knapp 50% der Badenova gehören anteilig der „Thüga“-AG (deutschlandweites Netzwerk kommunaler Energieversorger) und die ist eine 100%ige E.ON-Tochter. Wir sind im Gebiet der Badenova der Fremdversorger, der ihnen die meisten Kunden abgenommen hat. Knapp 5.000 Kunden sind zu uns gewechselt. Die Badenova hat glaube ich so ungefähr 200.000 Stromkunden. Die Badenova hat jetzt als Reaktion darauf ein eigenes Ökostromprodukt entwickelt, was so aussieht, dass sie allen ihren Tarifkunden Ökostrom als Grundversorgungsstrom anbieten.

ten. Also kein Atomstrom mehr, kein Kohlestrom, sondern auch Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung, aus Wasserkraft, wie wir auch. Dabei haben sie die Hoffnung, dass die Kunden jetzt bei ihnen bleiben. Wir sind natürlich von der Presse dazu befragt worden. Wenn es auch einiges daran auszusetzen gäbe, habe ich das nicht getan, sondern ich habe gesagt: „prima, das ist ein Schritt in die richtige Richtung.“ Aber, hab ich gesagt, da gibt's ja noch die Thüga und die Thüga kann jetzt 50% der Gewinne über den Ökostromverkauf einheimsen. Über die Thüga fließt es E.ON zu und unterstützt dort wieder eine Unternehmenspolitik, die wahrscheinlich von den Ökostromkunden nicht gewünscht ist. Also wäre es ein wichtiger nächster Schritt, die Thüga irgendwie los zu bekommen. Wir haben auch gesagt, dass wir gerne zur Verfügung stehen, wenn es darum geht, diese Anteile an einen anderen zu verkaufen. Das hat einen ungeheuren Wirbel in Freiburg verursacht. Einen Satz aus dem Vorstand der Badenova fand ich sehr wichtig: Der Vorstand hat dargestellt, was sie alles machen und meinte, er findet das alles schon sehr gut, aber wenn es jemanden gibt, der es besser macht als sie, dann werden sie sich bemühen, auch noch eins drauf zu setzen. Das empfinde ich als positiven Wettbewerb. Allein die Tatsache, dass Ökostromer auf dem Markt sind und Kunden gewinnen, führt dazu, dass Konkurrenz entsteht. (Bei den großen noch nicht, da haben wir vielleicht noch nicht genug Kunden.) Konkurrenz ist natürlich auch etwas Kapitalistisches, aber ich denke, man muss es einfach als positive Konkurrenz sehen. Es geht um ein positives Ziel.

Und ich finde, es ist allemal besser, etwas zu tun, als nichts zu tun, auch im Sinne des Friedens. Oft steht man ja so hilflos und ohnmächtig vor den großen Weltproblemen und sagt, meine Güte, was kann ich jetzt dazu beitragen, dass das anders wird, und bei vielen Dingen bleibt es dann oft bei dieser Ohnmacht, die ja nur ganz schwer erträglich ist, aber in der

Energieversorgung muss man nicht ohnmächtig bleiben. Da kann man wirklich etwas tun. Da kann man Ökostrom kaufen, da kann man sich eine Solaranlage bauen, da kann man sich an einer Windkraftanlage beteiligen. Da kann man wirklich mithelfen, diese zerstörerischen Strukturen zu verändern und da geht es ja wirklich um einen Strukturwandel.



In der Vorbereitungszeit auf diese Konferenz sind immer wieder Definitionen von Frieden durch meinen Kopf gezogen. Da gibt es ja viele Ebenen.

Frieden beginnt mit mir und in mir. Natur ist Frieden. Frieden ist das Gegenteil von Krieg und Streit. Frieden sind konstruktiv ausgetragene Differenzen und vieles mehr. Und Sie treten jetzt hier auf und wollen uns sagen „Frieden kommt aus der Steckdose!“?? Können Sie das noch mal in einen globalen Zusammenhang bringen.

Aber die Frage ist ja, was hat dieser Bereich Energie mit Frieden zu tun?

Was mich dabei immer beschäftigt, ist die Energiegerechtigkeit. Genauso wie knapp eine Milliarde Menschen auf der Welt unterernährt sind, so sind es zwei Milliarde Menschen, die keinen Zugang zu elektrischem Strom haben. Das bedeutet nicht nur, dass ihnen die Annehmlichkeiten des Lebens fehlen, dass sie keine Waschmaschine und keinen

Fernseher haben, sondern das bedeutet auch, dass sie keinen Zugang zu Schulen haben, dass sie keinen Zugang zur Gesundheitsvorsorge haben. Wenn ich bedenke, dass $\frac{3}{4}$ der Energie von $\frac{1}{4}$ der Menschheit verbraucht wird, dann weiß ich, dass das eine Ungerechtigkeit ist, genauso wie ich nicht akzeptieren kann, dass Menschen verhungern, erfrieren, verdursten, in Kriegen umkommen.

In der Klimadiskussion reden wir heute darüber, dass jeder Mensch einen gewissen Ausstoß an CO₂ haben darf. Bei uns sind es im Moment durchschnittlich 10 Tonnen pro Jahr und Kopf, die wir ausstoßen. Ein Inder zum Vergleich emittiert eine Tonne. Der Verbrauch eines Einwohners des afrikanischen Kontinents ist in manchen Staaten wahrscheinlich kaum messbar. Ich glaube durch Ungerechtigkeiten entstehen Kriege und das Beseitigen von Ungerechtigkeiten führt zu mehr Frieden und zu mehr Sicherheit für alle.

Das ist die eine Geschichte. Das andere ist natürlich die Atomenergie. Atomenergie, das sind nicht nur die Atomkraftwerke, das ist nicht so, wie sich mal Ernst Bloch gedacht hat: Das wird ein Paradies werden. Die Energie stünde dann allen Menschen einfach kostenlos zur Verfügung. Nein, so ist es nicht gekommen! Dagegen hat die Atomenergie viele Probleme aufgeworfen, unter anderem das Problem, dass die gleichen Stoffe - hoch angereichertes Uranplutonium - die für die Atomstromproduktion eingesetzt werden, auch für den Bau von Atomsprengköpfen eingesetzt werden. Das heißt, da haben wir ganz unmittelbar diesen kriegesischen Bezug. Die Atomenergie ist ja nicht entwickelt worden, damit es den Menschen gut gehen soll, sondern sie ist entwickelt worden, um Menschen zu vernichten und zwar in einem unvorstellbaren Maßstab. Wir haben gestern Abend gehört, dass ein amerikanischer Politiker (McCane) eine Atombombe auf Afghanistan werfen wollte, um Bin Laden zu treffen. Das zeigt eigentlich sehr deutlich, was das für Gedankengänge hervorruft, wenn man über-

haupt solche Möglichkeiten hat und sie nicht von vornherein ausschließt. Der Mensch muss nicht alles tun können, zu dem er fähig ist, sondern er muss auch aus einer gewissen Einsicht heraus verstehen, dass es Dinge gibt, die einfach nicht tragbar sind. Dazu gehören Atombomben und damit auch die Atomenergie. Man kann es nicht voneinander trennen.

Der Klimaschutz ist genau die gleiche Sache. Klimaschutz hat etwas mit Gerechtigkeit zu tun. Es sind die reichen Industrienationen, die am meisten CO₂ ausstoßen und das Klima am meisten beeinflussen, und es sind die ärmsten der Armen, die am meisten darunter leiden müssen. Wenn man es nur mal vom Selbstschutz aus betrachtet und gar nicht, weil man jetzt über Gerechtigkeit nachdenkt, dann sieht man, dass aus vielen Gebieten der Erde die Menschen aus ihren Regionen flüchten müssen. Wir haben heute schon 20.000 Klimaflüchtlinge, in 30 Jahren schätzt man 200 Millionen Klimaflüchtlinge. Ja, die gehen irgendwo hin. Es gibt Papiere von der EU, in denen darüber gesprochen wird, wie wir unsere Grenzen verteidigen. Da geht es wirklich um Krieg und Frieden. Das heißt, auch da ist das Thema Energie ein unglaublich wichtiges Thema in Bezug auf die Friedenssicherung, und ich bin überzeugt, dass das Thema Energie in den kriegesischen Auseinandersetzungen einen immer größeren Raum einnehmen wird. Auch beim Krieg im Irak stellt sich die Frage, warum der wirklich geführt wird?

Wer sich also für eine umweltverträgliche Energieversorgung, eine sparsame Energieversorgung und eine klimafreundliche Energieversorgung einsetzt, der tut auch unmittelbar etwas für den Frieden.

Sie haben viele Punkte aufgezählt, und jetzt komme ich noch mal auf einen etwas prekären Punkt bei den Erneuerbaren Energien. Erneuerbare Energien sind sehr wichtig, aber wir nutzen ja jetzt auch Erneuerbare Energien, die aus anderen Ländern kommen. Ganz plakativ: Biomasse als Nahrungsmittelkonkurrenz. Da muss man ja auch

irgendwie mit umgehen.

Ich finde, es kann nicht sein, dass immer noch nicht genug Menschen auf der Welt zu wenig Nahrung haben und wir auf der anderen Seite Biomasse nutzen, damit letztendlich wir unsere Bequemlichkeit und all unseren Luxus haben. Ich glaube, da muss man doch weitgehend andere Wege gehen. Man muss es sicher ganz differenziert betrachten, z.B. Biomasse aus Abfällen sind wahrscheinlich kein Problem, aber in breiten Landstrichen Pflanzen zur Energiegewinnung anzubauen, das hat ja nicht nur was mit Nahrungsmitteln zu tun, das hat auch was zu tun mit einer Abhängigkeit der Landwirte, die da entsteht, es hat was zu tun mit der Veränderung der Preise für den Boden. Da entstehen neue Monopole, die wieder ganz eigene Gesetzmäßigkeiten entwickeln und auch Abhängigkeiten schaffen. Ich glaube nicht, dass das die Lösung des Problems sein wird.

Es ist heute schon möglich, Autos zu bauen, die nur einen Liter auf 100 km verbrauchen. Warum macht man das denn nicht, das versteh ich einfach nicht.

Sie kämpfen seit über 20 Jahren. Sie wirken trotzdem ausgeglichen. Wie geht das?

Bei den Bürgerentscheiden haben wir gelernt, dass es wichtig ist, durch gute Argumente zu überzeugen und nicht auf Anfeindungen zu reagieren. Wir haben Leute in der Gruppe gehabt, denen ist das unwahrscheinlich schwer gefallen. Mir ist es auch nicht immer ganz einfach gefallen. Aber ich hatte es gelernt, weil ich gesehen habe, dass man Konflikte anders gar nicht miteinander lösen kann, weil man sonst anfängt, sich persönlich zu beharken. Man muss wirklich lernen, wenn man auf die rechte Wange geschlagen wird, die linke auch noch hin zu halten und nicht auf einen groben Klotz gleich noch einen groben Keil zu setzen. Das ist schwer. Das erfordert viel Selbstdisziplin. Das ist ein Lernprozess, den ich da durchgemacht habe. Ein Lernprozess,

der am Ende dann als Ergebnis hat, dass man an den Dingen, die einem wichtig sind, immer ganz hart dran bleibt, dass man dabei aber auch ganz sachlich sein muss.

Das andere ist: Man muss die Menschen dort abholen, wo sie stehen. Natürlich kann ich mich aufregen und sagen: Meine Güte, mehr als 20 Jahre nach Tschernobyl und die haben es immer noch nicht begriffen. Aber das bringt mich auch nicht weiter und ich war ja auch mal eine von denen, die es immer noch nicht begriffen hatte. Es gab ja Leute, die es schon 20 Jahre vorher begriffen hatten. Und genau das muss ich dem anderen auch zugestehen, dass sie eben auch Zeit brauchen. Das ist manchmal schwierig, aber indem ich jemandem Vorwürfe mache, ändere ich ihn doch auch nicht. Ich kann ihm nur ein Angebot machen und dann geht er vielleicht auf das Angebot ein, und das muss ich natürlich charmant machen, damit er es auch gern kapiert.

Wir haben alle unsere Energiesünden, insofern muss ich auch für die anderen Verständnis haben. Und was die Auseinandersetzung mit den Großen betrifft: Da bekämpfen wir ja keine Menschen, da bekämpfe ich Strukturen. Und wenn ich die Struktur bekämpfe, dann kann ich dazu eine ganz andere innerliche Einstellung haben, als wenn ich gegen Menschen kämpfe. Wir hatten zum Beispiel sehr viele Kunden bei der Energie Baden Württemberg. Wir haben viel Kontakt mit den Mitarbeitern. Das sind ganz nette, freundliche Leute. Die helfen uns sogar, wenn ich z.B. mal fehlende Daten brauche, dann kann ich da anrufen. Die suchen mir das dann raus.

Im Kampf gegen Strukturen kann man sehr strikt vorgehen. Man muss nicht fanatisch sein. Das hat dann auch sehr viel mit Professionalität zu tun.

Und wenn ich dann mal ganz wütend bin - das gibt es durchaus immer noch -, dann schimpfe ich zuhause so laut vor mich hin, bis ich das alles wieder von mir gegeben

habe und wieder gelassen wirken kann.

Frage/Anmerkung aus dem Publikum: Enttäuschung darüber, dass auch in Fachkreisen bezüglich der Biomasse die Nahrungsmittelkonkurrenz hervorgehoben wird und sie dadurch schlecht dasteht. Unser eigentliches Problem läge in dem überhöhten Fleischkonsum. Etwa 90% der Ackerflächen würden für Futtermittelanbau genutzt.

Ich bin jetzt keine Biomassenspezialistin, aber ich sehe, dass gerade in armen Ländern, in Indonesien, Malaysia oder Südamerika genau die gleichen, die immer auftreten, um Bananen- und Ananasplantagen zu betreiben, schon wieder da sind. Sie machen ihre Geschäfte ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Menschen und ohne die Bevölkerung mit einzubeziehen. Die gehen heute hin und beanspruchen große Landstriche für Pflanzen, um hinterher Benzin oder was auch immer daraus zu produzieren.

Natürlich, wenn bei der Biomasse alles richtig gemacht werden würde ... aber man sieht ja, dass es leider eben nicht richtig gemacht wird.

Wir fördern zum Beispiel auch Biogasanlagen im Bodenseeraum. Das sind relativ kleine Anlagen. Das sind keine solche Riesenanlagen, wo jetzt aus einem wahnsinnig weiten Umkreis die Rohstoffe angekartet werden müssen. Denn das hat ja auch wieder Auswirkungen: hohes Verkehrsaufkommen, fossile Energieträger, die dazu benutzt werden und in der ganzen Prozesskette vielleicht gar nicht berücksichtigt werden.

Ich habe mal einen Vortrag von Herrn Professor Schrimpff aus Freising gehört, der ja Spezialist bezüglich Biomasse ist. Es gäbe eine Fabrik in den neuen Bundesländern, die wollen Treibstoff aus Holz machen. Er hat wunderschöne Bilder gezeigt, wie viele Züge mit Holz beladen in diese Fabrik fahren müssen, damit daraus dann Treibstoff entsteht, und damit hat er auch die Auswirkungen aufgezeigt. (Er hat ja sogar aufgezeigt, dass in dieser Prozesskette des „Biomass

to Liquid“, Rückstände bleiben, die man eben nicht mehr mit aufs Feld bringen kann, wo der Kreislauf also quasi unterbrochen ist.)

Aber warum fangen wir nicht erstmal mit verbrauchsarmen Autos an, statt solche Lösungen zu suchen. Der Rohstoff muss ja auch bei der Biomasse erstmal irgendwo her kommen.

Frage/Anmerkung aus dem Publikum: Wie groß ist das Einsparpotential, wenn wir nur das einfache Stromsparen berücksichtigen und umsetzen würden?

Wir haben Stromsparwettbewerbe organisiert und festgestellt, dass ohne größere Investitionen locker bis zu 20% weggespart werden könnten. Da hat aber ein Haushalt, der gespart hat, noch gar nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Die Einsparpotentiale, die berechnet werden, gehen von weitaus höheren Zahlen aus, nämlich von gut 30%.

Frage/Anmerkung aus dem Publikum: Ist aus der Bewegung heraus, die EWS zu gründen, auch insgesamt das Bewusstsein für die Energieproblematik gewachsen? Sieht man in Schönau zum Beispiel sparsamere Autos? Gibt es mehr Fahrradfahrer? Es ist ja eine relativ kleine Gemeinde. Es ist eine sehr intensive Kommunikation über diese Fragen entstanden. Hat sich ein politischer Lernprozess weitergehend entwickelt?

Ich glaube, was den Strom betrifft, ist das Bewusstsein in Schönau sehr groß. Das kommt einfach über die Jahre, die wir mit den Menschen dort über diese Themen diskutiert haben. Franz Alt hat mal bei uns gefilmt und hat gesagt, es sei ihm noch nie passiert, dass er eine alte Frau – also nicht mich, sondern eine andere – auf der Strasse fragen konnte, was ein Blockheizkraftwerk ist, und er hat das erklärt bekommen. Das ist schon lange her.

Zur Frage nach dem Verkehr. Da müssen Sie die Topografie im Schwarzwald betrachten. Wir sind mitten in den Bergen im Schwarzwald, da fahren nur Leute mit dem

Fahrrad, die richtig fit sind. Also ich zum Beispiel fahr auch nicht Fahrrad, muss ich gestehen. Entweder laufe ich oder ich fahr mit dem Auto, weil es eben richtig hohe Berge sind. Es ist anders als hier in München, wo man die Strassen, dann mal so eben entlang radeln kann. Selbst in Schönau, wenn man da irgendwo hin will, muss man schon steil den Berg hochfahren. Die EWS hat ein Elektroauto. Das ist ein kleines schickes Auto, in das zwei Leute reinpassen oder unser Monteur mit seiner Tasche. Mit dem Auto kann man 50 fahren. Das reicht ja für den Ort auch. Es haben sich viele



dafür interessiert, es hat aber noch keiner ein zweites gekauft.

Am Anfang hat unsere Initiative eine Mitfahrzentrale organisiert, weil viele Leute von uns in Freiburg oder in Basel arbeiten und dann alle mit dem eigenen Auto gefahren sind. Wir haben die Mitfahrzentrale ungefähr ein Jahr gehabt, bis alle Leute, die irgendwo hin fahren, zusammen gebracht wurden. Natürlich ist das in der Zwischenzeit schon allein aus finanziellen Gesichtspunkten ganz anders geworden. Aber Sie haben recht, vielleicht sollten wir auf solche Dinge wieder mal mehr Wert legen und das ganze in einen größeren Zusammenhang stellen. Das ist mir jetzt an Ihrer Frage so bewusst geworden. Dankeschön.

Frage/Anmerkung aus dem Publikum: Wenn das so eine Erfolgsgeschichte ist, ließe sich Ihr Netzwerk ausweiten und könnten und wollten Sie das dann ausweiten auf andere Energieformen, wie Wärmeangebot? Man könnte ja dort aus einem Heizkraftwerk, mit Hackschnitzel oder etwas ähnlichem, Wärme anbieten für die Gemeinde.

Wir versuchen natürlich immer Einfluss zu nehmen, einfach dadurch, dass wir die Kommunen mit Informationen versorgen. Unser Gymnasium in Schönau ist in ein neues Gebäude gezogen. Da war natürlich die Frage, welche Heizung da reinkommen soll. Zur Debatte stand ein Blockheizkraftwerk oder eine Holzhackschnitzelheizung. Es wurde eine Holzhackschnitzelheizung, die nicht nur das Gymnasium beheizt, sondern auch das gegenüberliegende Rathaus und das Haus des Gastes.

Unsere Philosophie ist immer die, dass wir die Leute motivieren wollen, selbst etwas zu tun. Wir wollen nicht als Versorger auftreten, der alle Probleme löst, sondern eben einfach Hilfen an die Hand geben. Die Überlegung dabei ist wiederum, dass die Kraftwerke, die entstehen, auch nicht immer dem Energieversorger gehören müssen.

Die können ja durchaus auch dem Stromverbraucher gehören. Wir wollen die Dezentralisierung - auch was uns betrifft - weiter voran treiben. Wir versuchen das schon auch in Schönau umzusetzen. Die Blockheizkraftwerke, die es in Schönau gibt, gehören auch nicht alle uns, sondern die gehören Bürgern. Von den Solarkraftwerken gehören zwei uns. Eins auf unserem Firmengelände und eins, das wir jetzt auf dem Gymnasium finanziert haben. Aber alle anderen gehören Bürgern und das finde ich auch ganz wichtig. Wir wollen die Basis mobilisieren, selbst etwas zu tun.

Frage/Anmerkung aus dem Publikum: Stichwort: Basis mobilisieren. Nach

meinen Informationen ist das Bewusstsein für Ökostrom sehr hoch, aber Bezieher von Ökostrom sind nur 2% oder 5%. Sie sind jetzt Stromerzeuger oder Lieferant. Gibt es schon Strategien, wie man das Handeln vorantreiben kann? Und als zweite Frage: Wir in der Friedensbewegung arbeiten ja auch schon lange an unserem Thema aber nicht mit diesem Erfolg. Irgendwie erscheint es mir, dass Ihr Erfolg auf dem Monetären liegt, weil Sie in dieses Geldgeschäft eingestiegen sind. Ist das vielleicht Ihr Geheimnis, würden Sie aus Ihrer Erfahrung sagen, dass man sich mit dem Mammon doch anfreunden muss, um vielleicht ein bisschen schrittweise Erfolg zu haben?

Die Diskrepanz zwischen Wissen und Handeln. Das ist ja etwas, das man auf allen Ebenen immer wieder sieht. Die Menschen sind eigentlich gedanklich schon sehr viel weiter, aber es dauert oft Ewigkeiten, bis ein Gedanke ins Herz kommt oder in den Bauch, denn da ist die Entscheidungsebene. Man hat unglaublich viel Wissen im Kopf und kann sich trotzdem ganz anders verhalten. Und das ist eigentlich die spannende Frage: Wie kriegt man das jetzt auf diese Entscheidungsebene in den Bauch, die rein emotional ist?

Wir sind bei unserer Kundengewinnung relativ passiv. Die Kunden fühlen sich oftmals gar nicht als Kunden, sondern als Mitstreiter. Das heißt, sehr viel wird über Kunden auch weitergegeben. Das ist natürlich ein tolles Rezept, einfach weil das auf Vertrauen basiert. Wer könnte ein besserer Werber sein, als jemand, der davon überzeugt ist und sagt: „Ich hab das gemacht, ich finde das gut, das klappt alles, ich habe Vertrauen zu denen, willst Du das nicht auch machen.“ Trotzdem ist es natürlich die Frage, ob man so wirklich große Massen erreicht - oder wie lange dauert es, bis man wirklich große Massen erreicht. Deswegen haben wir, um das zu eruieren eine Kundenbefragung in Freiburg durchgeführt. Das Ergebnis dieser Befragung haben wir noch nicht, aber mein Sohn Alexander hat es mit seinem Bruder zusammen durchgeführt:

Alexander Sladek:

„Wir sind noch mitten drin, und die Schlüsse, die wir daraus ziehen, die Vorschläge, die wir dann machen, stehen noch nicht so ganz fest. Aber ich denke der eingeschlagene Weg, dass wir auf das Vertrauen der Kunden setzen und auf ihre Begeisterung und ein Gemeinschaftsgefühl, dass wir zusammen etwas verändern und dass wir nicht die normalen marktwirtschaftlichen Werbemechanismen nutzen, sondern wirklich andere Wege suchen, hat sich als richtig und wichtig herausgestellt.“

Und im letzten Jahr haben die Medien sehr stark über den Stromwechsel berichtet und haben immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass der Stromwechsel eben doch eine Möglichkeit ist. Das hat sich natürlich auch bei unseren Kundenzahlen stark bemerkbar gemacht. Wir haben 2007 einen Kundenzuwachs von knapp 80% gehabt. Das war gigantisch. Wir können nur hoffen, dass die Medien da weiter dran bleiben.“

Frage/Anmerkung aus dem Publikum:
Noch eine Frage: Wie werden Sie von Ihrer Kommunalverwaltung gestützt und welche Parteienlandschaft ist dort vorherrschend?

Schönau ist ein relativ schwarzer Ort. Fast bei allen Wahlen, ob das jetzt Kommunalwahlen, Landtagswahlen oder Bundestagswahlen sind, ist die CDU weit vorne, teilweise über 50%. Ich finde ganz toll, dass die Menschen in unserem Fall unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit oder Vorliebe für Parteien Sachfragen ganz anders entscheiden konnten. Aber das war ja auch ein harter Kampf in Schönau. Das Rathaus, der Bürgermeister, die Gemeinderäte waren dagegen, dass wir die Schönauser Stromversorgung übernehmen. Wenn Sie heute den Bürgermeister hören, würden Sie das nicht mehr glauben. Wir sind inzwischen das Vorzeigunternehmen der Stadt geworden. Wir sorgen dauernd für neue Arbeitsplätze, wir sorgen dafür, dass der Ort Schönau, der von Tourismus lebt, immer bekannter wird. Wir stehen inzwischen ganz gut im Kurs.

Frage/Anmerkung aus dem Publikum:
Also ich fand es ganz interessant, dass das Thema Wirtschaft auch mit rein gebracht wurde, denn Geld und Wirtschaft ist auch eine Form von Energie, gehört also im weitesten Sinne dazu. Wenn man sich mit dem Wirtschaftssystem ein bisschen beschäftigt, dann merkt man eigentlich, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis das gesamte System kollabiert. Die Frage für mich ist dann, was eigentlich funktioniert. Ein guter Freund, der in dieser Fragestellung sehr aktiv ist, entwickelte Programme darüber, wie Wirtschaftsformen funktionieren, wo es nicht mehr darauf ankommt, dass der einzelne für sich möglichst viel Geld heraus holt. Sein Fazit: Je mehr er in die Gemeinschaft einbringt, umso mehr funktioniert das auch. Und ich empfinde aus dem Bauch, dass Sie das in Ihrem Unternehmen eigentlich auch schon so praktizieren. Und im Grunde ist das auch das Gegenteil von Globalisierung, denn Globalisierung heißt ja eigentlich nur, dass Dinge global in die Hände von wenigen gehen auf Kosten der Menschen vor Ort.

Ja klar! Und die Dezentralisierung ist ja nun auch wirklich etwas, das dafür sorgt, dass Geld vor Ort bleibt. Was wir machen, die Bürger an der Stromversorgung zu beteiligen, das ist eine ganz tolle Sache. Stromversorger, darüber müssen wir uns im Klaren sein, wird es wahrscheinlich auch in 50 Jahren noch geben. Deshalb ist das ja auch eine Geldanlage, die sehr sicher ist. Warum soll so eine sichere Geldanlage nur von einigen wenigen Großen abgeschöpft werden und nicht der Stromkunde selber davon profitieren?

Das ist ja auch die Idee, die wir jetzt bei der Badenova haben. Nicht dass wir uns die Anteile kaufen und behalten. Nein. Das sollen dann natürlich die Bürger übernehmen und ihre Stromversorgung selbst in die Hand nehmen. Damit werden sie auch ein Teil ihrer eigenen Stromversorgung und das Geld bleibt im Raum.

Der Teil der Thüga soll also rausgekauft werden, dadurch würde die Badenova ein sauberer Stromversorger und er könnte zum Beispiel über

Bürgeranteile finanziert werden. Aber leider muss man feststellen, dass die Kommunalpolitiker vor nichts so Angst haben wie vor Ihren eigenen Bürgern. Wenn man bei einem Bürgermeister die Bürgerbeteiligung erwähnt, dann sagen die meisten „Bürger? Um Gottes Willen, die wollen dann überall mitreden und so.“

Ich wollte noch ein paar abschließende Worte sagen. Ulla Klotz hat sich ja sehr stark dafür eingesetzt, dass das Thema Energie auf die Friedenskonferenz kommt. Das hat mich sehr gefreut, weil es natürlich auch ein Herzensthema von mir ist und weil ich der Überzeugung bin, dass dies eins der Themen unserer Zukunft ist, gerade auch was Frieden betrifft. Es kam hier öfters die Frage nach positiven Anregungen, die man hier finden kann für die weitere Friedensbewegung. Ich würde mich sehr freuen, wenn in die Friedensbewegung mehr praktische Handlungsmöglichkeiten mit reinkommen. Wir sehen immer, dass viele Menschen etwas tun wollen. Aber es muss handfest und umsetzbar sein.

Letztes Jahr hat Prof. Galtung gesprochen und er hat sehr viel in mir angeregt. Er hat ganz deutlich gesagt: Bitte nicht nur protestieren, sondern immer positive Botschaften dabei haben, was ich will.

Und was in Schönau passiert ist, war nicht nur „ich will“, sondern „ich mache“ und vielleicht finden sich noch viele solche praktischen Sachen, die man greifen kann und in die Friedenskonferenz mit rein nehmen kann, damit die Menschen mit vielen guten Gedanken aus den Vorträgen und Seminaren gehen, aber auch mit Handlungsmöglichkeiten.

Das würde ich gerne als Ausklang nehmen. Ein großes Dankeschön noch mal, dass dieses Thema hier war, und ich hoffe, Sie nehmen ein paar der Gedanken mit nach Hause.

Workshop

Was tun gegen Rüstung und Militär?

Im Workshop wurden konkrete Aktionen bzw. Kampagnen vorgestellt:

1. Projekt „**Friedensfahrradtour nach Brdy**“ (DFG-VK München, Thomas Rödl u.a.)

2. Kampagne „**Unsere Zukunft - atomwaffenfrei**“ (Wolfgang Schlupp-Hauck u.a.)



1. Auf Achse für Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa

Unter diesem Motto steht die Friedensfahrradtour der DFG-VK, Landesverbände Bayern und Baden-Württemberg. Seit 2004 führt sie alljährlich zu Standorten der Rüstungsindustrie, zu Kasernen der Bundeswehr, zu Truppenübungsplätzen und anderen Militäreinrichtungen.

In Bayern gehören dazu vor allem die Standorte der Firma EADS (European Aeronautic Defence and Space Company), größter Rüstungskonzern Deutschlands, weltweit zweitgrößter Konzern im Bereich Luft- und Raumfahrt, in München, Augsburg, Donauwörth, Manching und Ulm. In Baden-Württemberg besuchte die Friedensfahrradtour immer wieder die Firma Heckler und Koch, Hersteller von Gewehren, Maschinenpistolen und anderen Handfeuerwaffen. H & K ist Ausrüster der Bundeswehr und Exporteur von Kleinwaffen (z.B. das Gewehr G3)

Die Friedensfahrradtour kann auch als „Aktions-Fahrradtour“ beschrieben werden. Die Radfahrer fahren nicht nur mit fahnnengeschmückten Rädern von einem Ort zum anderen,

zu den genannten Rüstungsbetrieben und Militäreinrichtungen. Sie machen auch Informationsstände, verteilen Flugblätter, veranstalten kurze Mahnwachen vor Kasernen-toren oder Rüstungsbetrieben. Die Friedensradler stehen bisweilen sehr früh auf, um morgens um sieben Uhr die Arbeiter und Angestellten von Rüstungsbetrieben mit ihren Flugblättern zu erreichen.

Damit wollen sie mit den Menschen ins Gespräch kommen, die - scheinbar - von Rüstungsproduktion und Militär abhängig sind.

Die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hat kein persönliches Interesse an und keinen Vorteil von Rüstung und Militär. Mit einer Umverteilungspolitik zugunsten des Sozialbereichs, zugunsten von Bildung, Infrastruktur und nachhaltiger Energieversorgung kann der Staat mehr Arbeitsplätze finanzieren als durch Ausgaben für Militär und Rüstung.

Denkanstöße in dieser Richtung müssen immer wieder und immer öfter an die Beschäftigten vermittelt werden, damit sich diese und ihre Gewerkschaften nicht als Hilfstruppen für die Fortsetzung von unsin-

nigen Rüstungsprojekten instrumentalisieren lassen.

Friedenspolitik soll nicht zu Lasten der Beschäftigten durchgesetzt werden. Die Rüstungsindustrie ist technisch in der Lage, nützliche zivile Güter herzustellen. Impulse für andere Produkte müssen aus den Belegschaften kommen. Die Politik muss klare Rahmenbedingungen vorgeben, z.B. durch eine Senkung des Rüstungshaushaltes um jährlich 5%!

Dies ist eine der Forderungen der DFG-VK im Rahmen der Kampagne „Schritte zur Abrüstung“.

Die Friedensfahrradtour wirbt ganz allgemein für Schritte zur Abrüstung und eine zivile Außen- und Sicherheitspolitik, sie wirbt für die Idee einer atomwaffenfreien Zone in Europa, wirbt für eine kontinuierliche Senkung der Rüstungsausgaben und die Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion, sie wendet sich gegen den Export von Waffen und Rüstungsgütern aus Deutschland.

Die Fahrradtour wirkt durch ihr Erscheinungsbild, die vielen kleinen Aktionen, die Empfänge durch Bürgermeister, die den „Mayors for Peace“ angehören, die wiederum An-

laß bieten für viele Berichte in den lokalen Medien (Presse, Radio, z.T. lokale Fernsehstationen).

Alljährlich bewältigt die Fahrradtour 500- 600 km Strecke; die Berichte in den Medien der vielen Orte, die dabei angefahren werden, erreichen mehrere Hunderttausend Leser- bzw. HörerInnen.

Oft unerwartet positiv sind die Reaktionen aus der Bevölkerung - „Wir alle wollen Frieden!“ Selbst Angestellte in Rüstungsbetrieben reagieren freundlich und interessiert. Bei diesen gibt es selbstverständlich auch Ablehnung gegenüber unseren Aktionen, aber selten in aggressiver Form.

Vor jeder Tour stellt das Bildungswerk der DFG-VK Bayern Informationen zu den einzelnen Standorten zusammen. Diese fließen ein in die Dokumentationen (Video-DVD), die in den letzten Jahren produziert und vom Bildungswerk herausgegeben wurden. Diese Dokumentationen bieten anschauliche und vielfältige Informationen zu Rüstungs- und Militärstandorten, aber auch über die Aktionen im Rahmen der Fahrradtour, und so nebenbei ein bisschen realistische Bilder aus der Heimat.

Die Tour 2007

Die Friedensfahrradtour 2007 berührte zum ersten Mal Stützpunkte der US-Streitkräfte in Süddeutschland.

Der Start war in Weiden in der Oberpfalz, erste Station der Truppenübungsplatz Grafenwöhr. Das ist der größte Truppenübungsplatz der USA außerhalb Amerikas; hier werden die sog. „Stryker-Brigaden“ für die Interventionskriege der USA ausgebildet.

Weiter ging es über Nürnberg. In Nürnberg-Röthenbach ist der Hauptstandort der Rüstungsfirma Diehl.

Dann wurde der Stützpunkt Ansbach-Katterbach angefahren, ein Stück weiter westlich, hier werden Hubschrauber-Piloten ausgebildet und anschließend im Irak eingesetzt.

Noch etwas weiter westlich erreichte sie Heidelberg. Hier sind das Hauptquartier der NATO-Landstreitkräfte sowie weitere große Kasernen der US-Army. Die Friedensradler wurden hier durch viele Einheimische unterstützt, die mit einer Fahrrad-Demo-Rundfahrt auch die Größe der Militärfächen deutlich machten.

Schlußpunkt der Tour 2007 war der US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein bei Kaiserslautern. Das ist der größte Flughafen der US-Air Force außerhalb der USA, Drehscheibe für den Nachschub der US-Streitkräfte für den Krieg im Irak. Hier waren bis vor kurzem Atombomben gelagert. Die Friedensfahrradtour traf hier am 4.8.07 auf die „Peace-Makers“ (Fahrradmarathon-Veranstaltung für eine friedliche und gerechte Welt ohne Atomwaffen).

Die genannten Stützpunkte sind (zusammen mit Wiesbaden, Spangdahlem und Vicenza in Italien) die künftigen „Haupt-Operationsbasen der US-Streitkräfte“. In deren Ausbau werden Milliarden Dollar investiert. Von hier aus werden die aktuellen und künftigen Kriege im Nahen und Mittleren Osten betrieben. Deutschland stellt das Gelände dieser Stützpunkte zur Verfügung.

Die Tour 07 war die bisher härteste, 600 km fast immer nach Westen, fast immer gegen den Wind, viel Regen, viele Hügel...

Die Tour 2008

Abschließend gab es eine kurze Vor-schau auf die Friedensfahrradtour 2008. Sie soll in Brdy, einem bewaldeten Höhenzug in Tschechien, südlich von Pilsen, enden. Dort planen die US-Streitkräfte seit einigen Jahren, eine große Radarstation zu errichten, die Teil eines globalen Raketenabwehrsystems werden soll.

Die Stützpunkte Grafenwöhr - Ansbach - Ramstein liegen in der Nähe des 49. Breitengrades, entlang einer West-Ost-Linie, deren Verlängerung nach Osten in den Brdy-Wald führt. Eine Radarstation dort, ca. 150 km östlich von Weiden (bzw. Grafenwöhr) hat sicher auch den Zweck, diese Standorte zu sichern. Das weltweite System der Raketenabwehr soll „die USA, die Verbündeten und die im Ausland stationierten Streitkräfte schützen“.

Informationen zum Ablauf dieser Tour auf www.dfg-vk-bayern.de

Im Workshop war Adéla Jurečková von der tschechischen Initiative „Ne základnám“ anwesend. Über die Möglichkeiten und Ausgestaltung einer gemeinsamen Aktion am Gelände des Radarstützpunktes wurde diskutiert.

Über die inhaltliche Einschätzung der Raketenabwehr vgl. den Bericht über die „Aktuelle Runde“ im Rahmen der Konferenz.



2. Unsere Zukunft – atomwaffenfrei

In der Pressehütte in Mutlangen, wird an zwei abrüstungspolitischen Schwerpunkten gearbeitet:

1. der **nuklearen Abrüstung** und
2. der **Verhinderung eines Wett-rüstens im Weltraum**. Wir sind deshalb Mitglied der beiden internationalen Zusammenschlüsse: „Abolition 2000“ und „Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space“.

Im Rahmen von Abolition 2000, in Deutschland Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen“ beteiligen wir uns als Nichtregie-

horst in Büchel.

Im Rahmen des „Global Network“ setzen wir uns gegen die Verwendung von Atomenergie in der zivilen Raumfahrt und gegen die militärische Nutzung des Welt-raums ein. Schwerpunkt dabei ist zurzeit der Widerstand gegen die Raketenabwehrpläne der USA. Die Raketenabwehr ist der Drehpunkt einer möglichen neuen nuklearen Aufrüstungswelle auf der Erde und des Wettrüstens im Weltraum. Diese Brisanz ist uns oft nicht genügend bewusst.¹

Missile defense test scores a direct hit



rungsvertreter bei den Verhandlungen zum nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NPT) und setzen uns für das umfassende Verbot von Atomwaffen mittels einer Nuklearwaffenkonvention ein. Für Deutschland fordern wir als ersten Schritt für eine Welt ohne Atomwaffen, dass die letzten 20 in Büchel in der Eiffel gelagerten Atomwaffen abgezogen werden, die Bundesregierung die nukleare Teilhabe aufgibt und bei der Überprüfungskonferenz des NPT 2010 verkündet: „Deutschland ist atomwaffenfrei.“ Wir organisieren dazu für den Sommer eine Aktionswoche beim Bundeswehr-Flieger-

Der Angriffskrieg auf den Irak verdrängte die US-amerikanischen Pläne für eine Raketenabwehr aus der friedenspolitischen Diskussion. Die Zuspitzung der Krise um das iranische Atomprogramm hat den militärischen Planungen einen neuen Schub gegeben: 2011 sollen in Europa Abwehrraketen abschussbereit stehen. Diese werden uns jedoch kei-

1 Dazu gibt es eine von Wolfgang Schlupp-Hauck mitentwickelte Ausstellung: „Macht den Himmel nicht zur Hölle“ Sie kann in der Pressehütte Mutlangen ausgeliehen werden. www.pressehuette.de

ne Sicherheit schaffen, sondern den Konflikt anheizen und weltweit das Wettüsten beschleunigen. „Raketen abrüsten - statt abwehren“, wäre eine friedenspolitische Alternative.

Von den weit reichenden US-Raketenabwehrplänen ist bisher noch wenig verwirklicht. Erst neun Abfangraketen stehen in Fort Greely, Alaska und zwei in Vandenberg, Kalifornien. US-Präsident Bush hat sie für einsatzbereit erklärt, obwohl es „in den vergangenen vier Jahren keinen erfolgreichen Abfangtest gegeben hat“, wie der frühere Chef der Testabteilung im US-Verteidigungsministerium, Philip Coyle, einräumt.

Und jetzt soll der Irrsinn ausgeweitet werden. Die USA planen die Aufstellung von zehn Abwehrraketen in Polen und eines dazugehörigen Radars in Tschechien.

Die Raketenabwehrpläne sind aber nicht defensiv. Sie beinhalten die Illusion von Unverwundbarkeit. Wer sich unverwundbar fühlt, glaubt gefahrlos angreifen zu können. Er setzt die kriegsvermeidende Logik der Abschreckung außer Kraft.

Für den Iran stellen die „Abwehrraketen“ eine Steigerung des Drohpotentials dar. Zusammen mit den mehr oder weniger offen ausgesprochenen militärischen Angriffsdrohungen werden sie dort das Streben nach der Atombombe eher fördern als eindämmen. Auch Russland und China würden auf die Stationierung mit weiterer Aufrüstung reagieren, um ihre Abschreckungspotentiale zu erhalten.

„Diese Pläne beunruhigen uns sehr“, war bereits aus Moskau von Verteidigungsminister Iwanow zu hören. Er kündigte an, die Stationierung der US-Raketen in seinen strategischen Planungen zu berücksichtigen. Das heißt nichts anderes als Gegenmaßnahmen durch Mehrfach- und steuerbare Atomsprenköpfe.

In China gibt es ähnliche Überlegungen. Die jetzigen Interkontinen-

talraketen, die erst aufwändig mit flüssigem Treibstoff betankt werden müssen, könnten auf sofort einsetzbare Feststoffraketen umgerüstet werden.

Das sind Entwicklungen in die falsche Richtung. Wer Massenvernichtungswaffen unschädlich machen will, muss sie abschaffen, auch seine eigenen. Eine kontrollierte Beseitigung sämtlicher Atomraketen und Sprengköpfe macht die Raketenabwehr überflüssig und erhöht unsere Sicherheit. Verhandlungen um einen atomwaffenfreien Nahen Osten, der Abzug und die Vernichtung der US-Atomwaffen aus Europa könnten eine Dynamik in die wünschenswerte Richtung schaffen, an deren Ende eine Nuklearwaf-



fenkonvention und das Verbot von ballistischen Waffen stehen kann.

Wir müssen gegen die Abwehrraketen in Polen und das Radar in Tschechien protestieren und die Bundesregierung drängen, statt Kriegsdrohungen mitzutragen und unter einen vermeintlichen Schutzschirm zu schlüpfen, eindeutig die internationale Zusammenarbeit zu verstärken sowie der Friedensdiplomatie und nicht-militärischen Konfliktlösung den Vorrang zu geben.

Um den Diskussionsprozess darüber zu fördern, haben wir in Mutlangen letzten Dezember daran erinnert, dass es 20 Jahre her ist, dass Reagan und Gorbatschow den INF-Vertrag (s.S. 54) unterzeichneten, durch den die Atomraketen vor unsere Haustür verschwanden. Wir haben auch die aktuelle Situation analysiert und in einem Thesenpapier zusammengetragen. Mit dem „Mutlanger Manifest“ wenden wir uns an Diplomaten und Politiker.²

Gemeinsam mit dem Landrat des Ostalbkreises, dem Oberbürgermeister von Schwäbisch Gmünd und Mutlangens Bürgermeister, alle Mitglieder bei „Mayors for Peace“, haben wir es erarbeitet. Es ist damit parteiübergreifend. Es wurde im Mutlanger Rathaus zum 20. Jahrestag des INF-Vertrages veröffentlicht. Wir sind besorgt um Fortbestand dieses Vertrages, der Mutlangen atomwaffenfrei machte, und fordern weitere mutige Abrüstungsschritte.

Im Sommer letzten Jahres während wir die ersten Überlegungen zum Manifest austauschten, drohte der russische Präsident Putin damit, den INF-Vertrag zu kündigen, wenn die USA an ihren Raketen“abwehr“-Plänen festhalten, in Polen Raketen und in Tschechien ein Radar zu stationieren. Zuvor gab es auch in den USA Stimmen, aus dem bilateralen Verbot der Mittelstreckenwaffen auszusteigen.

Wir wollten vorschlagen, den Vertrag nicht zu kündigen, sondern auf andere Länder auszuweiten. Dann legten im Herbst

2 Inzwischen ist das Mutlanger Manifest an alle Adressaten persönlich übergeben. In Genf auf der Vorbereitungsfahrt für die Aktionsreise hatten wir Termine bei den Missionen der USA, Russlands, Deutschlands und des Irans. Über das UNO-Büro für Abrüstung wurde es allen Mitgliedern der Abrüstungskonferenz zur Verfügung gestellt. In Berlin übergaben wir es den Botschaften Russlands und der USA sowie im Bundeskanzleramt.

überraschend die USA und Russland in der UN-Vollversammlung eine gemeinsame Erklärung vor, die andere Nationen einlud, dem INF-Vertrag beizutreten, ihn zu multilateralisieren. Eine Idee des Mutlanger Manifestes war damit aufgegriffen, bevor es veröffentlicht wurde.

Allerdings zerstreute die Einladung der beiden Atommächte nicht die Sorgen um den Bestand des Vertrages, denn konkrete Vorschläge zur Umsetzung wurden keine geäußert. Die gemeinsame Erklärung könnte auch nur ein Vorläufer für eine Kündigung sein, nach dem Motto: „Wir haben niemanden gefunden, der auf unseren Vorschlag eingehen will, deshalb kündigen wir ihn und bauen wieder Mittelstreckenraketen.“ Deswegen forderten wir im Mutlanger Manifest die Kombination mit weiteren Abrüstungsschritten, damit die Einladung attraktiv für Nichtatomwaffenstaaten wird.

Seine Forderungen richten sich an die Atomwaffenstaaten und die Bundesregierung. Dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt, festgeschrieben in einer Atomwaffenkonvention, sind konkrete aktuelle Handlungsforderungen vorangestellt. Dabei gilt es „bei uns“ anzufangen. Der Abzug der letzten Atomwaffen aus Deutschland soll zum Türöffner für weitere Abrüstungsverhandlungen zwischen Russland und den USA werden und macht Deutschland in seinen Bemühungen um weltweite Abrüstung glaubwürdiger.

Auf der Handlungsebene bedeutet dies für uns in Mutlangen: Gespräche mit Politikern und die Erhöhung des Drucks durch Aktionen wie der Aktionswoche in Büchel. Ich lade Sie dazu ein, machen Sie dabei mit.





Mutlanger Manifest

zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung
des INF-Vertrages 8. Dezember 2007

Im Bewusstsein des Leidens und Sterbens, dass durch die Bombardierung von Hiroshima und Nagasaki sowie durch Tausende von Atomtests verursacht wurde; Erfreut über die Abrüstungsschritte und das Ende des Kalten Krieges, die vor 20 Jahren durch den INF-Vertrag zwischen den USA und der UdSSR möglich wurden;

Unter Kenntnisnahme

- der Existenz von weltweit noch über 25.000 Atomwaffen,
- der Lagerung von noch immer 20 US-amerikanischen Atomwaffen in Deutschland,
- der nuklearen Teilhabe Deutschlands, in deren Rahmen die Bundeswehr Trägermittel für Atomwaffen zur Verfügung stellt und Piloten deren Einsatz üben lässt;

In Sorge

- wegen der Pläne zur Erneuerung der Atomwaffen in den Atomwaffenstaaten und zur Stationierung von Abwehrraketen,
- wegen der Kündigung und der Infragestellung von bestehenden Abrüstungsverträgen,
- wegen der Gefahren der Weiterverbreitung von Atomwaffen auf staatlicher und nichtstaatlicher Ebene;

In der Hoffnung

- auf ein atomwaffenfreies Deutschland und
- auf neue Abrüstungsschritte mit dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt

verabschieden wir heute als Mitglieder von Mayors for Peace in Mutlangen, einem ehemaligen Stationierungsort der Pershing II-Atomraketen, am 20. Jahrestag der Unterzeichnung des INF-Vertrages folgendes Manifest.

Landrat Klaus Pavel

Oberbürgermeister Wolfgang Leidig

Bürgermeister Peter Seyfried



Schwäbisch Gmünd



Mutlangen

Kontakt:

Mayors for Peace im Ostalbkreis
c/o Pressehütte Mutlangen

Forststr. 3
73557 Mutlangen

Mail: mayors4peace@pressehuette.de
Internet: www.pressehuette.de

FreiRaum Dokumentation

A) Der INF-Vertrag

Vor 20 Jahren, am 8. Dezember 1987, unterzeichneten der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow und der US-Präsident Ronald Reagan in Washington den INF-Vertrag (Intermediate-range Nuclear Forces). Darunter fallen Raketen und Marschflugkörper mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 km. In dem Vertrag einigten sich die beiden Mächte darauf, auf diese Waffengattung vollständig zu verzichten und die bestehenden Arsenale an Trägersystemen zu zerstören.

Der INF-Vertrag ist einzigartig

- Der INF-Vertrag ist der erste wirkliche Abrüstungsvertrag. Durch ihn wurde in den beiden Vertragsstaaten eine ganze nukleare Waffengattung nicht nur außer Dienst gestellt, sondern tatsächlich vollständig abgerüstet.
- Der INF-Vertrag schuf Vertrauen und Offenheit. Im INF-Vertrag wurden erstmals weit reichende Verifikationsvereinbarungen bis hin zur „On-Site Inspection“ getroffen. Er gestatte russischen Inspektoren zur Überprüfung des Vertrages den Zutritt zu Militäreinrichtungen in den USA und umgekehrt.
- Der INF-Vertrag schuf Sicherheit für beide Seiten, trotz ungleicher Abrüstungsverpflichtungen. Insgesamt 2.692 Atomraketen und Marschflugkörper wurden vernichtet: 846 auf US-amerikanischer sowie 1846 auf sowjetischer Seite.

Der INF-Vertrag gab eine Antwort auf die Forderungen der weltweiten Öffentlichkeit und Friedensbewegung und den Anstoß für weitere grundlegende politische Veränderungen bis hin zum Ende des Kalten Krieges.

Der INF-Vertrag ist gefährdet

Trotz seiner epochalen Bedeutung gerät der INF-Vertrag zunehmend unter Druck. Auf beiden Vertragsseiten fordern Stimmen, die bilaterale Beschränkung aufzuheben, weil andere Länder weiterhin Mittelstreckenwaffen entwickeln und stationieren können.

Vor dem Hintergrund der US-amerikanischen Plänen zur Stationierung von Raketenabwehrkomponenten in Polen und der Tschechischen Republik droht Russland mit der Kündigung von Abrüstungsvereinbarungen, wie auch dem INF-Vertrag.

Der INF-Vertrag ist richtungsweisend

Dennoch riefen die Russische Föderation und die Vereinigten Staaten von Amerika in einer gemeinsamen Erklärung vom 25. Oktober interessierte Staaten dazu auf, die Multilateralisierung des INF-Vertrages zu diskutieren. Es diene dem Frieden in der Welt, wenn alle Atomraketen dieser Kategorie zerstört und entsprechende Programme eingestellt würden.

Zu Beginn dieses Jahres erinnerten die beiden ehemaligen US-Außenminister Henry Kissinger und George Shultz, der ehemalige US-Verteidigungsminister William Perry und der frühere Vorsitzende des Streitkräfteausschusses des US-Senats in einem gemeinsame

Essay im Wall Street Journal an die Vision „von der Abschaffung aller Nuklearwaffen“, die Ronald Reagan mit Michail Gorbatschow geteilt habe. Sie forderten, diese Vision wieder zu beleben.

B) Vom INF-Vertrag zur vollständigen Abrüstung aller Atomwaffen

Wir sind froh, dass in Mutlangen, dort wo einst die Atomraketen Pershing II in den Himmel ragten, heute Baukräne aufgerichtet sind und ein Wohngebiet entstanden ist. Wir sind froh über die Konversion der anderen Stationierungsorte.

Wir bedauern, dass der Abrüstungsprozess, der mit dem INF-Vertrag eingeleitet wurde, zum Erliegen gekommen ist.

Wir wollen, dass der INF-Vertrag durch den Mutlangen atomwaffenfrei wurde zur Keimzelle für weitere Abrüstungsschritte wird und zu einem Prozess führt, an dessen Ende das vollständige Verbot aller Atomwaffen steht.

Wir appellieren an die politischen Führer insbesondere der Atommächte

- den INF-Vertrag nicht zu kündigen, sondern multilateral auszuweiten. Das Diskussionsangebot der beiden Vertragsstaaten ist zu begrüßen, hat aber nur dann Aussicht auf Verwirklichung, wenn es mit Abrüstungsangeboten der Atommächte verbunden wird.
- ihre Raketenabwehrpläne zu überprüfen und auf jegliche Handlung zu verzichten, die die Gefahr eines neuen Wettrüstens auf der Erde sowie im Weltraum erhöhen.
- jegliche Modernisierungspläne für ihre Atomwaffen aufzugeben und statt dessen lang überfällige Schritte zu einer atomwaffenfreien Welt zu gehen: den vollständigen Atomteststoppvertrag endlich zu ratifizieren und Verträge über atomwaffenfreie Zonen anzuerkennen.

Wir appellieren an unsere Bundesregierung

- die Anstrengungen auf ein Ende der nuklearen Teilhabe weiter voranzutreiben, damit keine Soldaten mehr an einem Atomwaffeneinsatz mitwirken müssen.
- auf diplomatischem Weg darauf hinzuwirken, dass Deutschland bis zur Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags 2010 atomwaffenfrei ist.
- auf die Atommächte einzuwirken, der Abrüstungsverpflichtung aus dem nuklearen Nichtverbreitungsvertrag unverzüglich nachzukommen.

Unsere Vision

Bei uns anfangen

Der Modernisierungsdebatte in den Atomwaffenstaaten müssen starke Abrüstungssignale entgegengesetzt werden. Der Abzug der letzten Atomwaffen aus Deutschland und dem übrigen Europa wäre ein solches Zeichen.

Da die Militärs für die in Büchel gelagerten

Atombomben keine Einsatzmöglichkeit sehen, gibt es im Moment ein Zeitfenster, um deren Abzug durchzusetzen. Der Abzug der US-Atomwaffen aus Europa ebnet den Weg für Verhandlungen über die taktischen Arsenale der USA und Russlands.

Dies ist wichtig, denn vor allem bei diesen Waffen besteht die Gefahr, dass sie in die Hände von Terroristen fallen können. Wenn diese Chance verspielt wird, müssen wir damit rechnen, dass dann auch neue Sprengkopftypen in Europa stationiert werden.

Wir begrüßen die ebenfalls am heutigen Tag veröffentlichte Erklärung der Bürgermeister der aktuellen Stationierungsorte, die den Abzug der bei ihnen gelagerten Atomwaffen fordern.

Ein atomwaffenfreies Deutschland, der Abzug aller US-Atomwaffen aus Europa, sind Schritte auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt.

Eine atomwaffenfreie Welt

Der Internationale Gerichtshof hat 1996 festgestellt, dass eine rechtliche Pflicht besteht, „in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen und abzuschließen, die zu nuklearer Abrüstung in allen ihren Aspekten unter strikter und wirksamer internationaler Kontrolle führen.“ Im Rahmen des Überprüfungsprozesses des NVV stellte der Bürgermeister von Hiroshima Tadatoshi Akiba 2003 den Aktionsplan der Mayors for Peace vor: die „2020 Vision“. Dieser Plan zielt auf ein Verbot aller Atomwaffen durch eine Nuklearwaffenkonvention. Einer ersten Verhandlungsphase soll eine 10-jährige Umsetzungsphase folgen. Im Jahr 2020 ist dann das Ziel einer atomwaffenfreien Welt erreicht. Ein Erfolg war in diesem Jahr, dass der von Nichtregierungsorganisationen aktualisierte Entwurf einer Nuklearwaffenkonvention durch Costa Rica zum offiziellen Arbeitspapier des Überprüfungsprozesses der nuklearen Nichtverbreitungsvertrags wurde. Dieses Vertragsmodell verbietet alle Atomwaffen. Es enthält einen Zeitplan für die Abrüstung der Atomwaffen und Überprüfungsbestimmungen. Damit würde die Ungleichheit des Nichtverbreitungsvertrages, der genaue Vorschriften zur Nichtverbreitung beinhaltet aber die Abrüstungsverpflichtung nur allgemein ohne Zeitrahmen festlegt, aufgehoben.

C) Unsere Aktivitäten

Der INF-Vertrag kam nur zustande, weil es einen immensen öffentlichen Druck gab. Wir als gewählte Vertreter unserer Bürgerinnen und Bürger verpflichten uns, uns wo immer möglich für nukleare Abrüstung einzusetzen. Insbesondere durch

- Bildungsveranstaltungen und Aktionen auf lokaler und regionaler Ebene,
- Teilnahme an Delegationen der Mayors for Peace und anderen Nichtregierungsorganisationen,
- durch Unterstützung der Kampagne „unsere zukünft atomwaffenfrei“.

Diskussionsveranstaltung „Aktuelle Runde“:

Atomraketen - abwehren oder abschaffen?

am Podium:

Prof. Hans-Peter Dürr
Adéla Jurečková (Bürgerinitiative „Ne základnám“)
General a.D. Dr. Hermann Hagen
Wolfgang Schlupp-Hauck
Moderation: Reiner Braun (Geschäftsführer IALANA)

Das Thema Raketenabwehr ist wieder von neuer Aktualität. Präsident Bush will vor seinem Abgang im nächsten Jahr die Menschheit mit einem weltumspannenden System der Raketenabwehr beglücken. Dazu soll in Tschechien eine Radarstation und in Polen eine Basis für Abwehrraketen errichtet werden.

Abschrift vom Band: Eva Rosendahl

Christoph Frey, als Vertreter des DGB Region München, hat in seinem Grußwort seine Freude und Genugtuung zum Ausdruck gebracht, dass die Münchner Friedenskonferenz im Saal des Alten Rathauses und im Ludwig-Koch-Saal des Gewerkschaftshauses stattfindet. Nach seinen Worten ist es eine bedeutende Konferenz, die sich auf hohem Niveau etabliert hat. Es sei unerlässlich, der fatalen Politik, die im Bayrischen Hof diskutiert wird, nicht nur unseren Protest, sondern auch Alternativen entgegenzustellen. Der Geist der Sicherheitskonferenz sei nicht vom Geist für Demokratie und Gemeinwohl geprägt, sondern von willkürlicher Machtausübung und einseitiger Interessenswahrnehmung durch das Militär. Der DGB trete ein für eine weltweite Gerechtigkeit und deshalb gegen Krieg und Zerstörung. Er bedankte sich ausdrücklich bei dem Trägerkreis für die Ausrichtung der Friedenskonferenz.



Der Moderator, **Reiner Braun**, hat auf die aktuellen Pläne auf der Sicherheitskonferenz hingewiesen. Danach sollen die Bundeswehrkräfte für Afghanistan auf 4500 aufgestockt und deren Mandat auf 19 Monate verlängert werden. Ebenso sei geplant, die Einsatzregion auszudehnen. Diese Bestrebungen verlangen große Anstrengungen der Friedensbewegung, den Widerstand dagegen zu organisieren.

Das zentrale Thema dieses Abends ist die Frage, ob sich im Kampf um die Ressourcen die Politik immer mehr militarisiert, oder doch die solidarische Gerechtigkeit zum Zug kommt. Denn



den Weltraum zu militarisieren hieße die Erde zu zerstören!

Zu den Bestrebungen, die Herrschaft über den Weltraum und damit die Gewalt über die gesamte Erde zu erreichen werden wir heute Abend verschiedene Aspekte hören:

- von Hans-Peter Dürr einen historischen Überblick zur Militarisierung des Weltraums,
- von Wolfgang Schlupp-Hauck den globalen Zusammenhang von Raketenabwehr und Militarisierung des Weltraums,
- von Hermann Hagen über die technische Realisierbarkeit und die strategischen Auswirkungen
- und von Adéla Jurečková etwas über die Situation in unserem Nachbar-

land Tschechien und den Widerstand gegen die geplante Radarstation.

Hans-Peter Dürr, Physiker, Träger des Alternativen Nobelpreises:
Zur Geschichte der Militarisierung des Weltraums



SDI – Strategic Defense Initiative, ein Abwehrsystem gegen Atomraketen. Die Bevölkerung soll glauben

gemacht werden, es müsse ein Unheil abgewendet werden, das aber noch gar nicht vorhanden ist.

Ende der 70er herrschte zwischen der Air Force und der Navy ein Streit über die „Second Strike Capability“, d.h. Der Fähigkeit nach einem ersten Atomschlag zurück zu schlagen.

Geplant war die Stationierung von Abwehrraketen rund um die Silos der amerikanischen Atomraketen. Geplant war auch die Stationierung von Atomraketen im Weltraum, um von dort aus jeden Punkt auf der Erde erreichen zu können.

Es ging letztlich um die Herrschaft im erdnahen Weltraum.

Der Bevölkerung wurde weisgemacht, es werde eine Art Schutzschild um die großen Städte errichtet, was eine gezielte Irreführung darstellte.

Edward Teller sagte 1985, das Abwehrsystem funktionierte ausschließlich über von Atombomben ausgelöste Laser, die erst in dem Moment aufsteigen, wo die feindlichen Raketen starten. Diesen Raketen gelänge es, in den ersten drei Minuten die feindlichen Raketen anzuvisieren und auch tatsächlich abzuschießen.

Dafür wäre eine Anlage – auf Booten im indischen Ozean – erforderlich, die diese Raketen durch ein Triggersystem auslösen.

Dies hieße laut Hans-Peter Dürr, einer Maschine die Entscheidung über

den Ausbruch eines Atomkrieges zu überlassen – ein Wahnsinn.

Dieses System ist aus Kostengründen nicht realisiert worden, und seine Propagierung diene lediglich der Abschreckung und Täuschung des Feindes. Dahinter steht der Gedanke, dass die USA vom erdnahen Weltraum Besitz ergreifen wollen, bevor andere Länder dorthin kommen.

Auch eine Stationierung von Raketen gegen den Iran dient der Ausweitung der amerikanischen Herrschaft im erdnahen Weltraum.

1986, beim Kongress der IPPNW, sollte der Weltraum zum waffenfreien Raum erklärt werden, was aber durch die jüngsten Bemühungen der Amerikaner wieder zu nichte gemacht wurde und deshalb auch in Zukunft schärfstens beobachtet werden muss.

Wolfgang Schlupp-Hauck, Experte auf dem Gebiet der Raketenabwehr, Vorsitzender der „Friedenswerkstatt Mutlangen“, Mitglied im Beirat des „Global Network Against Nuclear Power in Space“



Zusammen mit dem „Global Network against Nuclear Power in Space“ wurde gegen die Cassini-Mission, eine zivile Weltraummission, die 32 kg Plutonium an Bord hatte, protestiert.

Ein solcher Satellit stellt dann eine Gefahr dar, wenn er auf die Erde zurück stürzt oder beim Start explodiert. Die Positionierung eines solchen Satelliten hat auch einen militärischen Hintergrund, da in den militärischen Planungen eine Energiequelle gesucht wird, die langlebig ist und dauerhaft für Weltraumwaffen zur Verfügung steht.

1998 fand eine Tagung des Global Network in Colorado Spring statt.

Colorado Springs ist der Sitz der amerikanischen Weltraumkommandos. Dort findet einmal jährlich das „National Space Symposium“ statt, das die hier bekannte Sicherheitskonferenz auf amerikanischer Ebene darstellt. Dort treffen sich Politiker, Weltraum-Militärs und die Vertreter der Industrie-Konsortien, die Weltraum-Hardware herstellen.

Es wurde ein Plan für einen „Space-based Laser“, eine weltraumgestützte Laserwaffe vorgestellt.

Der ABM-Vertrag (Anti-Ballistic-Missile-Treaty), der solche Waffen verbietet, würde mit dieser Entwicklung ad absurdum geführt. Auf Nachfrage während der Pressekonferenz antworteten die Entwickler, das sei nur ein „Readiness-Demonstrator“, ein reines Versuchsobjekt, das so klein sei, dass es noch nicht unter den Vertrag falle. Es wurde aber auch deutlich, dass die Bereitschaft da ist, diesen Vertrag zu kündigen.

Noch deutlicher wurde es bei der Veröffentlichung des „Long Range Plan“ durch das „US Space Command“: die weltweite Beherrschung, um die amerikanischen Interessen zu schützen.

Es fallen Schlagworte wie „Kontrolle des Weltraums“, „Den Gegner überwachen“, die „Ausschaltung von gegnerischen Systemen“, „Die Zugangskontrolle, um selbst gesicherten Zugang zu haben“. Dies widerspricht dem Weltraumvertrag, den die USA in den 60er Jahren bei den Vereinten Nationen unterzeichnet haben. Da wurde der Weltraum als gemeinsames Erbe der Menschheit gesehen, das man gemeinsam friedlich nutzen soll.

Bill Clinton setzte sich während seiner Präsidentschaft dafür ein, dass solche Raketenabwehrsysteme erst dann installiert werden sollten, wenn sie tatsächlich funktionieren. Die Tests waren zu der Zeit nicht sonderlich erfolgreich.

Unter Präsident Bush wurde aus einem „National Missile Defense“ eine weltweite Abwehr auf allen Ebenen – land-, see-, luft- und welt-

raumgestützt.

Die landgestützten Abwehrraketen sind inzwischen in Alaska und Kalifornien stationiert. Die neuesten Pläne sehen vor, in Polen das Radar und in Tschechien weitere Abwehrraketen zu stationieren.

Von der UNO wurde das Angebot gemacht, den Vertrag zu erweitern, so dass auch andere Länder beitreten könnten.

Mit Präsident Bush wurde demnach die Kündigung des ABM-Vertrages vollzogen, um die Abwehrraketen stationieren zu können.

Die Stationierung in Europa stellt eine neue Gefährdung dar: der INF-Vertrag ist von der Aufkündigung bedroht.

Die neuen Stationierungspläne bedrohen das Abrüstungssystem und können eine neue Rüstungsspirale in Gang setzen.

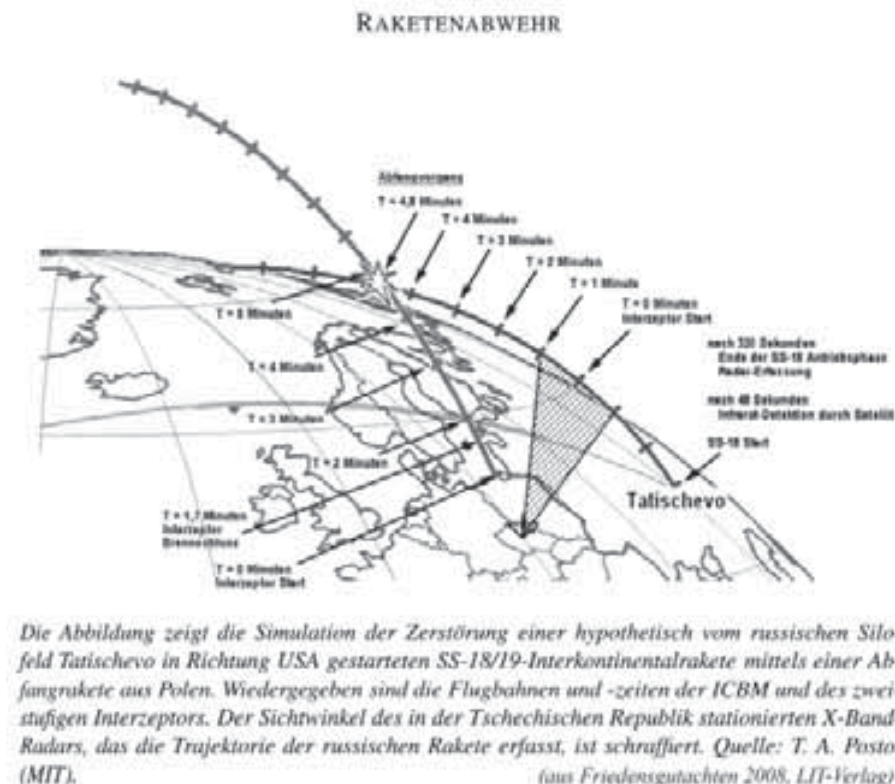
Die landgestützten Systeme dienen als Vorreiter für die Militarisierung des Weltraums. Aus diesem Grund lehnt das Global Network Stationierungen in Europa ab.

Hermann Hagena, General a.D. der Bundeswehr:
Probleme der Raketenverteidigung

Die Behauptung der Amerikaner ist, dass derzeit eine tatsächliche Bedrohung vom Iran ausgeht.



Bei der Abwehr muss ich wissen, was für Fähigkeiten die Iraner haben. Wenn ich mich gegen Mittel- und Langstreckenraketen wappne und tatsächlich einfache Marschflugkörper mit einem nuklearen Sprengsatz verwendet werden, die auf Höhe von Baumwipfeln mit einer Reichweite von 2000-3000 km fliegen, dann ist meine ganze geplante Abwehr falsch.



Zusätzlich muss ich wissen, von wievielen Raketen ich bedroht werde.

Ein allgemeines Problem eines Raketenabwehrsystems ist die technische Verfügbarkeit im entscheidenden Augenblick.

Es dauerte zwei Monate, bis die „Atlantis“ so weit war, dass sie tatsächlich starten konnte. Raketen sind hochkomplexe technische Systeme. Um die Gesamt-Funktionswahrscheinlichkeit zu berechnen, müssen die einzelnen Funktionswahrscheinlichkeiten berechnet werden – bei 20 Einzelsystemen müssen auch alle 20 funktionieren.

Ein einziges kritisches Ventil, das leak ist, kann den Gesamterfolg in Frage stellen.

D.h. die technische Verfügbarkeit eines solchen Systems auf Knopfdruck ist ein fast unlösbares Problem.

Ein weiteres Problem sind die Kosten. Das Verteidigungsbudget ist limitiert; die Bundeswehr hat nicht zu wenig Geld, sie gibt es nur an der falschen Stelle aus. Eine Investition in ein solches System gehört mit Sicherheit dazu.

Ich kann nur wiederholen, was Prof. Dürr gesagt hat, und was in einer amerikanischen Zeitung zu lesen war, als die Pläne veröffentlicht wurden: „Wer heuchelt am Besten“.

Erklärte und wahrscheinliche Motive der Stationierung von 10 Raketen in Polen und einem Abwehrradar in Tschechien:

- Die Amerikaner behaupten, sie fühlten sich durch die Schurken im Iran bedroht. Ferner behaupten sie, das Schild richte sich nicht gegen Russland.

- Die Polen und Tschechen behaupten, auch sie fühlten sich durch die Iraner bedroht.

- Russland behauptet, sie sähen ihre Sicherheit bedroht – sicher nicht durch die zehn Abwehrraketen. Vielleicht eher durch das Radar, das weit nach Russland hinein reicht.

- Die Deutschen reagieren meiner Meinung nach katastrophal – sie sagen: wenn ein solches System da ist, dann darf es nicht nur Polen und Tschechien schützen, sondern dann muss es ganz Europa schützen und wir wollen uns daran beteiligen. Wenn wir uns beteiligen wollen,

dann werden wir dafür zahlen. Und: wir haben das Geld dafür nicht. Wir sind nicht einmal in der Lage, unsere bestehenden taktischen Raketenabwehrverbände zu modernisieren.

- Die wahrscheinlichen Motive liegen darin, dass die Raketenabwehr ein wichtiges Element bei der Kontrolle und Militarisierung des Weltraums ist, wahrscheinlich eines der entscheidenden. Man braucht Frühwarn-Satelliten für die Raketenabwehr.

Die Gefahren, die aus der weiteren Verfolgung dieser Pläne resultieren, liegen in der Militarisierung des gesamten Weltraumes.

In den 60er Jahren, als die Verträge des „Outer Space Treaty“, also des nahen Weltraums, abgeschlossen wurden, wurde in der Präambel durch die UNO festgehalten, dass der Weltraum der friedlichen Nutzung für alle Nationen offen stehen soll. Das hat man inzwischen vergessen.

Die Amerikaner sagen, v.a. Präsident George Bush und seine Generäle, dass sie ungestörten Zugang zum Weltraum haben und gleichzeitig in der Lage sein wollen, anderen Nationen Zugang zum Raum zu verwehren.

In Polen und Tschechien geht es einerseits um die Stärkung der neu gewonnenen Unabhängigkeit und um den Stolz auf das besondere Verhältnis zu den USA.

Hinzu kommen wirtschaftliche Interessen – es wird geschätzt, dass allein die Anlage der Silos der Hoch- und Tiefbauindustrie Milliarden Euro bringen wird.

In der Presse wurden als Gefahren die Spaltung Europas und der NATO genannt, die aber an sich schon so uneins ist, dass eine wirkliche Gefahr an anderer Stelle zu Suchen ist:

die Auswirkung auf die Abrüstungsverträge, v.a. auf den KSE-Vertrag, der Obergrenzen für das militärische Großgerät festlegt.

Der Vertrag ist nicht wegen der

Obergrenzen so kritisch, die heute ohnehin fast niemand mehr erreicht, sondern gleichzeitig mit dem Vertrag ist ein Inspektionssystem eingerichtet worden, das außerordentlich zur Vertrauensbildung beigetragen hat.

Sie glauben gar nicht, was es für Militärs bedeutet, wenn sie plötzlich mit dem Gegner zusammen bei einem Bier sitzen und auf einmal die Welt mit anderen Augen sehen und erkennen: das auf der anderen Seite sind auch Menschen. So wie Du und Ich.

Die größte Gefahr ist, knappe Ressourcen gegen eine diffuse Bedrohung einzusetzen, so dass dann das Geld an andere Stelle fehlt.

Eine weitere Gefahr ist, dass das Projekt zu einer Krise zwischen Russland und den USA geführt hat, wie an der Suspendierung bestimmter Verträge oder der Drohung, Verträge demnächst zu kündigen, abgelesen werden kann.

Besonders beunruhigend ist die Wiederaufnahme der Bomberpatrouillen mit Nuklearwaffen über dem Atlantik – eine Praxis des kalten Krieges, die wir zehn Jahre lang glaubten, überwunden zu haben. Das Ganze fängt man nun wieder an, ein erneutes virtuelles Muskelspiel zwischen Russland und Amerika.

Dennoch ist ein Ende der Bedrohung absehbar, da inzwischen auch der Iran und Nordkorea beginnen, einzulenken. Die technischen Probleme liegen nach wie vor schon bei den Tests, die nach wie vor nur unter vorgegebenen Bedingungen erfolgreich verlaufen. Das ist, als befestigte man ein Jagdgewehr in einem Schraubstock, führe dann das Reh an der Leine vor den Lauf hin und dann sagt man: Treffer! Und freut sich gewaltig.

Nach dem Regierungswechsel in Polen herrschen dort deutlich andere Töne. Tusk spielt auf Zeit und die Zeit hat schon viele Raketenprojekte wie z.B. SDI, Skyguard u.a. im schwarzen Loch versenkt. Dies gibt also Hoffnung.

Adéla Jurečková, Vorstandsmitglied der tschechischen Initiative „Nein zu den Militärbasen“ („Ne základnám“), studiert an der Universität Passau und an der Karls-Universität und ist Praktikantin bei der Heinrich-Böll-Stiftung in Prag.



Ich bin vor allem hier, um die Initiative „Nein zu den Militärbasen“, „Ne základnám“ vorzustellen. Unsere Initiative besteht aus 60 Organisationen, vielen bekannten Persönlichkeiten und einer großen Anzahl an engagierten Einzelnen, die ein gemeinsames Ziel verbindet: den Bau des US-amerikanischen Radars auf dem Gebiet der tschechischen Republik zu verhindern.

Zum ersten Mal seit der Wende 1989 hat sich eine Bürgerbewegung einer solchen Größe und Intensität in der tschechischen Republik entwickelt, trotz aller Bemühungen der Regierung, uns als Kommunisten abzuwerten, oder uns einfach tot zu schweigen.

Die Politische Situation in der Tschechischen Republik:

Die Verhandlungen über den Bau haben bereits im Jahr 1999 unter der sozialdemokratischen Regierung begonnen und wurden ohne Wissen der Bevölkerung und sogar der meisten Politiker fortgeführt.

Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2006 entstand eine Pattsituation, die eine sechsmonatige Regierungslösung zur Folge hatte. Schließlich wurde aus den Wirtschaftsliberalen, den Christdemokraten und den Grünen eine sehr instabile Regierung gebildet.

Schon am ersten Tag nach ihrer Entstehung kündigte die neue Regierung die Verhandlungen mit den USA über den Bau der Basis an. Dies war die Geburtsstunde der Antiba-

senbewegung in Tschechien.

Gleich nach der Ankündigung hat die Initiative eine große Demonstration organisiert und die Parlamentarische Opposition, also die Sozialdemokraten und die Kommunisten haben sich ebenfalls gegen den Bau der Basis ausgesprochen.

In der betroffenen Region Brdy, wo die Basis gebaut werden soll, ist die Bewegung besonders stark geworden, v.a. durch die sogenannte „Bürgermeisterliga“, deren Sprecher inzwischen zum Alptraum der Regierung geworden ist.

Die Regierung versucht auf verschiedenen Wegen, die Bevölkerung von der Nützlichkeit der amerikanischen Radarbasis zu überzeugen. Ihre Argumente sind aber größtenteils ideologisch, blind pro-amerikanisch oder demagogisch. Wichtige Fakten werden unter den Teppich gekehrt.

So behauptet die Regierung, die tschechische Republik sollte auf die Wünsche seines militärisch stärksten Partners eingehen, wozu sie auch durch die Mitgliedschaft bei der NATO verpflichtet sei, was einfach nicht stimmt.

Manche Politiker gehen so weit, zu sagen, dass die Anwesenheit von amerikanischen Truppen die Demokratie im Land untermauern würde. Außerdem wurde immer argumentiert, dass der Iran eine Bedrohung für Europa, und damit auch für die Tschechische Republik darstellt.

Nachdem die amerikanischen Geheimdienste ihren Bericht veröffentlicht haben, demzufolge der Iran im Jahr 2003 sein Atomprogramm stillgelegt hat, hat man gemerkt, wie die Regierung nun krampfhaft versucht, diese Nachricht zu ignorieren, um das Feindbild aufrecht zu erhalten.

Der Regierungsvorsitzende Mirek Topolánek sagte: „Sich der geopolitischen Einflussphäre Russlands zu entziehen, das ist der wahre Grund, warum bei uns die Basis stehen sollte. Allein deswegen lohnt es sich, die Regierung am Leben zu erhalten.“

Auch der Außenminister Karel Schwarzenberg hätte nichts dagegen, sich in dieser Weise vor Russland abzusichern. Aber auf das Versprechen der amerikanischen Administration an den russischen Präsidenten Putin, dass auch russische Soldaten an der Basis stationiert sein könnten, haben die Regierungspolitiker mit einer großen Verlegenheit reagiert.

Schließlich behauptet die Regierung, die Station könnte Europa schützen und stellt keine Gefahr für die Bevölkerung dar.

Als offensichtlich wurde, dass es der Regierung nicht gelingt, durch ihre Argumentation der Bevölkerung die Basis schmackhaft zu machen, kam die Regierung auf die Idee, einen Profi-Lobbyisten einzustellen, der die vermeintlich objektive Informationskampagne über die Basis leiten sollte. Die Millionen Kronen an Steuergeldern, die für diese Kampagne ausgegeben wurden, scheinen aber ins schwarze Loch geflossen zu sein. Trotz all der Lobbyarbeit hat sich die Anzahl der Gegner der Radarstation weiter erhöht und liegt jetzt bei 70%.

Die Bürgerinitiative:

Sie entstand spontan im Jahre 2006 und unser Kampf gegen die Radarstation dauert nun schon über ein Jahr. In der Zeit ist es uns gelungen, die einseitige öffentliche Diskussion um neue Argumente zu bereichern.

Wir haben an mehreren Fronten gekämpft. Eine davon war die Forderung des landesweiten Referendums, damit die Bürger selbst entscheiden können, ob sie der Basis positiv oder ablehnend gegenüber stehen.

Keine der politischen Parteien hat ein demokratisches Mandat, um einer Militärstation eines anderen Landes auf tschechischem Ge-

biet grünes Licht zu geben.

Die Politiker sagen, dass die Frage nach einem Referendum nicht gerechtfertigt sei, da Fragen der Verteidigung nie vom Volk, sondern immer von Politikern entschieden werden und dass die Bürger keine Militärexperten seien. Außerdem würden dort Fakten behandelt, die nicht öffentlich diskutiert werden könnten, da sie unter dem Militärgeheimnis stünden. Daher sei ein Referendum nicht sinnvoll.

Eine andere Form unserer Aktivitäten sind Demonstrationen, öffentliche Diskussionsrunden, Konferenzen, Happenings und Veröffentlichungen von Artikeln und Presseberichten.

Als Folge der breiten Öffentlichkeitswirkung dieser Aktivitäten hat sich unsere Initiative in die verschiedenen Regionen Tschechiens ausgebreitet. Nun gibt es in jeder Region mindestens eine Regionalgruppe. Wir haben auch Unterstützer in den meisten Ländern Europas und sogar in den USA.

Gemeinsam mit der Bürgermeisterliga haben wir eine internationale Konferenz in Brdy veranstaltet, an der viele Friedensorganisationen aus der ganzen Welt teilgenommen



haben.

Am 17. November, dem Tag der Proteste der Bürger für Freiheit und Demokratie im Jahr 1989, haben wir eine große Demonstration für die Demokratie und das Referendum mit vielen bekannten Persönlichkeiten, Dissidenten veranstaltet.

Wir haben immer versucht, rationale Fakten und Argumente in die



Diskussion über die Basis ein zu bringen. Es gibt eine ganze Reihe solcher Argumente gegen die Basis, einschließlich ihrer schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit der Einwohner in den umliegenden Gemeinden und auf die Umwelt.

Für uns sind vor allem drei Argumentationsstränge besonders wichtig:

Der erste könnte als das demokratische Argument bezeichnet werden: die Installierung einer fremden Militärbasis in unserem Lande gegen den Willen der Mehrheit unserer Bürger ist einfach undemokratisch. Unsere Regierung hat wiederholt demokratische Prinzipien verletzt, als sie versuchte, das Projekt um jeden Preis durch zu drücken.

Die zweite Argumentationslinie hat mit der Souveränität des Landes zu tun.

Wir wollen nicht zum Werkzeug der US-amerikanischen Globalpolitik werden, die sich gerade unter der jetzigen Administration sehr fraglicher Ziele und Methoden bedient. Wir wollen nicht riskieren, dass wir

die Folgen dieser aggressiven Politik tragen müssen, ohne dass wir bei ihrer Gestaltung mitreden könnten. Und wir wollen nicht wieder fremde Truppen im Land haben.

Der dritte Argumentationsstrang ist globalpolitisch.

Die Basis würde dabei helfen, eine neue und unnötige globale Spannung zu schaffen. Schon allein bei den Gesprächen über den Bau sind wir ja Zeugen einer Entstehung von Spannungen zwischen Russland und den USA geworden. Und es ist gegen die Interessen der Tschechischen Republik, Europas und der ganzen Welt, eine Globalkonfrontation entstehen zu lassen.

Schlagwörter wie „Schurkenstaaten“ oder „Kampf der Kulturen“ bereiten dieser Konfrontation den Weg.

Die Protestbewegung in der Tschechischen Republik wird weiter versuchen, ihren Beitrag dagegen zu leisten und den Bau der Radarbasis zu verhindern. Wir freuen uns über mediale Präsenz im Ausland, weil unsere Medien sehr einseitig berichten und unsere Argumente und Aktionen weitgehend ausblenden.

Internationale Kontakte sind für uns von großer Bedeutung, weil sie uns ermöglichen, neue Perspektiven und Zusammenhänge zu entdecken, die zur Bereicherung der Diskussion in unserem Land beitragen. Mit unseren ausländischen Kollegen verbindet uns der gemeinsame Kampf gegen Rüstung und Gewalt und ich hoffe, dass wir gemeinsam eine Chance haben, zu gewinnen.

Zusammenfassung der Diskussion / Schlussbemerkungen:

- Auf die Frage nach den Chancen für ein generelles Abschaffen der Atom-Waffen verweist W. Schlupp-Hauck zunächst darauf, dass 2005 bei Verhandlungen über den Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen (Anti-Ballistic-Missiles, ABM) keine Einigung erzielt wurde. Um die politische Entwicklung zu bewerten müsse man wohl die Wahlen in den USA abwarten.

Er verweist auf Aktivitäten britischer Politiker, die Abschaffung von A-Waffen zu thematisieren. Die deutsche Friedensbewegung sollte sich verstärkt engagieren, um die 20 Atombomben auf deutschem Boden abzuschaffen. Ebenfalls verdiene die „Majors-for Peace“-Initiative, welche einen festen Zeitplan zur Atomwaffenabschaffung fordert, Unterstützung.

Ohne Atom-Waffen gibt es auch keine Abwehrraketen!

H.P. Dürr bedauert, dass die Initiative Gorbatschows – alle Atomwaffen bis zum Ende des 20. Jahrhunderts abzuschaffen – keine Nachfolge gefunden hat. Er verweist auf die falsche Logik im Zusammenhang mit der A-Waffenentwicklung in Indien, nach der offenbar nur Länder mit A-Waffen und entsprechenden Trägerraketen die Chance haben, im Sicherheitsrat der UN eine Rolle zu spielen.

Für H. Hagena hat das frühere Abschreckungsargument keinerlei Funktion mehr, da „Schurken“ nicht mit dieser Methode abzuschrecken seien.

- Wie sieht es aus mit der Erneuerung des A-Waffenarsenals, speziell in den USA?

H.P. Dürr: Die A-Waffen seien „unpraktisch“ für die gegenwärtige Kriegführung geworden. Neben der Entwicklung zur Spezialisierung von A-Waffen wird vor allem die Logistik weiterentwickelt, auch im Hinblick auf die Störung der gegnerischen Kommunikationssysteme. Es entstehe der starke Eindruck, dass die Waffenentwickler geradezu auf der Suche nach geeigneten Konflikten für ihre Waffen wären.

Er erinnert auch an das Gefahrenpotential, welches von zivilen AKWs hinsichtlich des möglichen Baus „schmutziger“ Atombomben ausgehe. Anzumerken sei dazu, dass in einem AKW jährlich durchschnittlich 250 kg Plutonium anfallen.

- Die USA leihen sich in aller Welt täglich 1 Mrd. \$ für ihre Rüstung.

Wir werden somit zu Mitfinanzierern der US-Rüstung. Und wie sind die Chancen für eine Rückzahlung?

H. Hagena bestätigt die Summe von über 1 Mrd. \$ und weist nochmals auf die immens hohen Rüstungsausgaben der USA hin. Für den Haushalt 2008 sind das 513 Mrd. \$ - ohne Pensionen, ohne das Nuklearprogramm (andere Finanzierer) und

Waffensysteme zu entwickeln?

Hermann Hagena verweist auf die Tatsache, dass Kriege schon immer asymmetrisch waren.

Er sieht in dem Abwehrraketenprojekt vor allem dessen destabilisierende (und auch die Vormacht verschaffende) Wirkung der Radaranlagen als Gefahr an.

Die „Bunkerbrecher“-Bomben sind nicht im Sperrvertrag enthalten und was kann gegen die (auch nach den Kriegshandlungen) gefährliche DU-Munition (DU = Depleted Uranium, abgereichertes Uran) unternommen werden?

H. Hagena bekräftigt, dass auf Grund der verheerenden Wirkung ein schnellstmöglicher Verzicht auf diese Geschosse erreicht werden sollte.

Bei den Bunkerbrechern (Bunker Buster) wurden und werden nukleare und konventionelle Bomben entwickelt. Für beide Versionen böten sich immer wieder neue Bedarfsdecker und -wecker aus der Industrie (know-how) beim Militär (Finanzierer) an.

Wolfgang Schlupp-Hauck ermuntert, Aktionen und Kampagnen gegen atomare Bewaffnung weiterzuführen, z.B. im August die Aktionswoche „Vor der eigenen Tür kehren“ in Büchel, bei der vor allem die Vernichtung der in Deutschland befindlichen A-Waffen gefordert wird.

Wenn die A-Waffen abgeschafft würden, würde sich das Problem

mit den Abwehrraketen von selbst erledigen.

Adéla Jurečková bedankt sich für die Unterstützung, die ihre Organisation „Ne základnám“ erfahren hat (www.nezakladnam.cz). Die geplante Radaranlage in Tschechien sei ebenso wie die Aufrüstung der EU ein großes Problem für alle in Europa lebenden Menschen.

Hans-Peter Dürr befürchtet, dass sich eine neue Gewaltspirale in Gang setzt mit der Konsequenz des verstärkten Terrorismus. Er hält die Problematisierung der zivilen AKWs als Proliferationsquelle für wichtig, da derzeit etwa 250 t Plutonium weltweit herumliegen.

Der Moderator **Reiner Braun** bedankt sich beim Publikum für die interessierte Mitarbeit und beim Podium für die informative Beiträge, die das Problem der Raketen-, Atomwaffen- und Weltraumaufrüstung aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet haben.

Auch wenn B. Obama und H. Kissinger in den USA die Abschaffung der A-Waffen als notwendige Aufgabe erkannt und sich diese zum Ziel gesetzt haben, dürfen wir nicht ablassen von unseren Forderungen: Die Abschaffung der Atomwaffen – vor allen Dingen die Beseitigung der 20 bei uns gelagerten Sprengköpfe – und die Verhinderung des Aufbaus der Abwehrraketensysteme in Polen und Tschechien.



die Kosten für die Kriege in Irak und Afghanistan! Er empfiehlt als Quelle dieser Daten das „Center for Defense Information“ (CDI, www.cdi.org), die sehr gutes Material lieferten.

Der Vergleich mit den Ausgaben in Deutschland zeige das immense Ausmaß der US-Rüstung (ca. 23 : 600 !) Seiner Ansicht nach wird das Raketenprojekt letztendlich aus wirtschaftlichen Gründen scheitern müssen – nicht ohne vorher große Summen verschlungen zu haben.

- Wie steht es mit der Automatisierung der Bodenkriegsführung (der „moderne Infanterist“)? Wäre es nicht zukunftsorientierter z.B. die Abgaswerte zu senken, anstatt neue

Friedensgebet der Religionen

Juden, Christen und Muslime beten für den Frieden

Am 10. Februar fand im Rahmen der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“ zum 6. Mal das Friedensgebet der Religionen statt. In den drei monotheistischen Weltreligionen Judentum, Christentum und Islam sind die Gläubigen aufgefordert, sich selbst aktiv für den Frieden einzusetzen. Die Friedenstradition findet sich z.B. in der Thora und bei den Propheten des Ersten Testaments ebenso wie in der Frohen Botschaft Jesu und im Koran, dem Heiligen Buch der Muslime. Die Friedensgebete folgen diesen Spuren und ermöglichen ein gegenseitiges Kennenlernen. Die jährlich wachsende Teilnehmerzahl zeigt die Offenheit für die Sichtweisen und Erfahrungen in den anderen Religionen und die Bereitschaft, die gemeinsame Verantwortung für den Frieden wahrzunehmen.

Das Friedensgebet stand in diesem Jahr unter dem Motto **Entwaffnender Glaube – zum friedlichen Gestalten der Gesellschaft** und wurde getragen von Vertreterinnen



und Vertretern der „Freunde Abrahams“, der „Friedensinitiative Christen in der Region München“, der „Jüdischen Kultusgemeinde“, der „Muslimischen Jugend München“ und von „pax christi München“. In ihren Statements stand die Frage im Mittelpunkt, wie aus Sicht ihrer

Religionen Gewaltstrukturen in der Gesellschaft überwunden werden können. Dazu formulierten sie anschließend Fürbitten für den sozialen Frieden, für die Lebenschancen junger Menschen bei uns, für eine Kultur der Gewaltfreiheit, für Kriegsverweigerer und für den Frieden zwischen den Religionen.

Den musikalischen Rahmen gestaltete das „Contraensemble“.

Der Gemeindesaal von St. Ursula in Schwabing war bis zum letzten Platz gefüllt bei diesem sehr intensiven zweistündigen Friedensgebet.



Renate Börger



Renate Börger, 1954 geboren, ist als Journalistin tätig. Seit 1984 ist sie als „Feste Freie Mitarbeiterin“ beim Bayerischen Rundfunk in der Abteilung Wissenschaft und Bildung und beim Familienfunk beschäftigt.

Darüber hinaus ist sie aktiv bei der globalisierungskritischen Organisation Attac und der E.F.Schumacher-Gesellschaft für politische Ökologie.

Kontakt

über Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinte KriegsdienstgegnerInnen München
Schwanthalerstraße 133
80339 München
Tel. 089 - 89623446, Fax 089 - 834 15 18
muenchen@dfg-vk.de
www.dfg-vk.de

Rainer Braun



Rainer Braun, geboren 1952, ist Journalist und Projektmanager. Bis 2003 war er Geschäftsführer des Internationalen Netzwerkes der Ingenieure und Wissenschaftler für globale Verantwortlichkeit (INES). Von 2003 bis 2005 arbeitete er im „Projekt Einstein“ für das Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin und für die Max-Planck-Gesellschaft.

Seit 2006 ist er Geschäftsführer der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) und der IALANA (Internationale Juristen gegen atomare Waffen). Er ist außerdem Vorsitzender von Green Cross Deutschland.

Kontakt

über IALANA - Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen für gewaltfreie Friedensgestaltung

Deutsche Sektion der International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms

Hauptstadtbüro

Glinkastr. 5-7, III. Stock, Raum 302

10119 Berlin

Tel. 030 - 20654857, Fax 030 - 20653837

info@ialana.de

www.ialana.de

Prof. Dr. Hans-Peter Dürr



„Krieg ist heutzutage nicht mehr Krieg, sondern Massaker, und es gibt keine gerechten Massaker. Zu behaupten, es gäbe keine Alternative, ist ein Zeichen von Phantasielosigkeit“.

Prof. Dr. Hans-Peter Dürr studierte Quantenphysik und promovierte bei Edward Teller in Berkeley. Er folgte Werner Heisenberg als Direktor des Max-Planck-Instituts für Physik in München nach.

H.-P. Dürr gründete 1987 in Starnberg die Organisation Global Challenges Network (GCN). Im selben Jahr erhielt er den Alternativen Nobelpreis für seine fundierte Kritik an der von Ronald Reagan 1983 ins Leben gerufenen Strategischen Verteidigungsinitiative und für seine Bemühung, hoch entwickelte Technologien für friedliche Zwecke nutzbar zu machen. Das GCN knüpft ein weltweites Netz aus Projekten, Gruppen und Initiativen, um gemeinsam globale Probleme zu bewältigen, die unsere Umwelt und damit uns bedrohen. Für den Physiker, der sich mit der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaften, der möglichen Verbindung von Ökologie und Ökonomie und Fragen der Abrüstung und Friedensforschung beschäftigt, ist die Natur der perfekte Lehrmeister für ein zukunftsfähiges Zusammenspiel.

Er ist Mitglied des Club of Rome sowie von Pugwash, einer Forschungs- und wissenschaftskritischen Gruppe, die Themen der öffentlichen Sicherheit und aktuelle Friedenspolitik diskutiert und 1995 den Friedensnobelpreis erhielt. Für sein eigenes zivilgesellschaftliches Engagement erhielt Dürr 2004 das große Bundesverdienstkreuz.

Für Prof. Dürr liegt in dieser Auszeichnung eine ganz besondere Würdigung: „Ich bin nur ein Stellvertreter für die große Menge zivilcouragierter Bürgerinnen und Bürger, die als ‚Dritte Kraft‘ im Staat, neben der Politik und der Wirtschaft, auf vielfältige Weise Verantwortung übernommen haben. Diese Kräfte sind nicht mehr wegzudenken aus unserer Weltgesellschaft. Mehr noch - sie sind die eigentlichen Garanten für die Entstehung gewaltfreier, gerechter und im Einklang mit der Natur operierender Zukunftsoptionen, weil diese das Leben zukünftiger Generationen vor Augen haben und nicht nur Gewinnmaximierung und kurzzeitige Wahlerfolge.“

(aus dem Porträt des Global Challenges Network, www.gcn.de/hpd.html)

Kontakt:

Prof. Dr. Hans-Peter Dürr
Max-Planck-Institut für Physik
Werner-Heisenberg-Institut
Föhringer Ring 6
80805 München
Tel. 089 - 323 54 - 280, Fax 089 - 323 54 - 304
hpd@mppmu.mpg.de

General a.D. Dr. Hermann Hagen



Hermann Hagen, geboren 1931, studierte am Hamilton College in New York und an den Universitäten Marburg und Heidelberg die Fächer Jura, Volkswirtschaft, und Geschichte. Er promovierte mit einer völkerrechtlichen Arbeit.

1956 meldete er sich freiwillig zum fliegerischen Dienst. Es folgte eine Ausbildung in Florida und Texas zum Jagdflugzeugführer. Für drei Jahre wurde er zur Air Force-Academy nach Colorado Springs kommandiert. Im Rahmen eines Lehrauftrags zum Thema „Entscheidende Luftschlachten im 2. Weltkrieg aus deutscher Sicht“ beschäftigte er sich intensiv mit der Geschichte des Luftkriegs.

Dr. Hagen war tätig für das deutsche Verteidigungsministerium in den Bereichen Planung und Ausbildung und an der Führungsakademie der Bundeswehr als Chef des Ausbildungsstabes und stellvertretender Kommandeur. Er nahm an rechnergestützten Luftkriegsübungen teil und leitete später auch selbst die Übungen.

1989 erfolgt General Hagens Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. Er widmete sich dem Studium der Slawistik an der Universität Bonn, danach war er beratend in Rußland/Ukraine und für die europäische Luftfahrtindustrie tätig. Im Rahmen seiner zusätzlichen publizistischen Tätigkeit verfasst er regelmäßige Beiträge zur Sendung „Streitkräfte und Strategien“ des NDR, u.a. zur Raketenverteidigung.

Herr Hagen ist u.a. Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft, im Arbeitskreis Militär- und Sozialwissenschaften und in der Dresdner Studiengemeinschaft für Sicherheitspolitik.

Kontakt

über Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinte KriegsdienstgegnerInnen München
Schwanthalerstraße 133
80339 München
Tel. 089 - 89623446, Fax 089 - 834 15 18
muenchen@dfg-vk.de
www.dfg-vk.de

Adéla Jurečková



Adéla Jurečková studiert Politikwissenschaft, Soziologie und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Passau und ist Stipendiatin der Heinrich-Böll-Stiftung. Derzeit studiert sie an der Karlsuniversität und absolviert ein Praktikum bei der Heinrich-Böll-Stiftung in Prag.

Sie ist Vorstandsmitglied der tschechischen Initiative „Ne základnám“ (Nein zu den Militärbasen) und Mitarbeiterin bei der Organisation der „Demonstration für die Demokratie und das Referendum“ am 17.11.2007 sowie anderer Protestaktionen gegen die US-Radarbasis in Prag.

Kontakt

über Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinte KriegsdienstgegnerInnen München
Schwanthalerstraße 133
80339 München
Tel. 089 - 89623446, Fax 089 - 834 15 18
muenchen@dfg-vk.de
www.dfg-vk.de

Trudel Meier-Staude



Frau Meier-Staude wurde 1972 in München geboren. Sie studierte bis 1999 Verhaltensgestörtenpädagogik an der LMU München.

Bis zum Jahr 2000 war sie beschäftigt als Sonderschullehrerin mit Schwerpunkt Verhaltensgestörtenpädagogik, seitdem arbeitet sie bei der Umweltorganisation projekt21plus mit. Ihre Schwerpunkte sind die Ökostromwechselberatung und die Kampagnenarbeit. Sie hat in diesem Rahmen erfolgreiche Kampagnen zu Ökostromwechsel und Stromsparen, gegen das AKW Belene und gegen die Finanzierungspläne der Stadtwerke München für die Steinkohle selbst koordiniert oder dabei mitgewirkt.

Seit Mitte 2007 ist sie zuständig für die Vorbereitung und Koordination einer deutschlandweiten Informationskampagne zu Strommarkt, Energiesparen und Ökostromwechsel zusammen mit der Umweltorganisation urgewald e.V..

Sie engagiert sich für ihre Themen auch im Rahmen der Umweltbildung - in Form von Vorträgen, Seminaren, Exkursionen, dem Verfassen von Schriften u.ä.

Das Beratungsbüro Projekt21 + will durch Aufklärung und attraktive Angebote VerbraucherInnen motivieren, den Weg hin zu einer nachhaltigeren Lebensweise zu gehen. Von entscheidender Bedeutung ist für die Mitarbeiter des Beratungsbüros, dass konsequentes Einsparen und Recyceln selbst gelebt wird. Der Leitspruch lautet deshalb: „Wenn du die Welt verändern willst, dann geh` dreimal durch dein eigenes Haus“.

Neben dem eigenen Engagement unterstützt das Projekt21 + auch das anderer Unternehmen - durch Beteiligung an neuen Kraftwerken für Erneuerbare Energien. 100% der Einnahmen aus der Ökostromberatung und mindestens 20% der Einnahmen aus der Investberatung werden außerdem für Aktionen und Kampagnen zur Förderung von Erneuerbaren Energien eingesetzt.

Kontakt

Projekt21 +
Volkartstr. 46
80636 München
Tel. 089 - 35 65 33 44, Fax 089 - 35 65 33 43
info @ projekt21plus.de
www.oekostromwechsel.de

Jan Neoral



Jan Neoral hat die Bürgermeister der Welt aufgerufen, sich dem Protest gegen die von den USA geplante Radaranlage in Tschechien und die von dort gesteuerten Abwehrraketen in Polen anzuschließen. Die arrogante Regierung Tschechiens mißachte die Meinung von drei Vierteln der eigenen Bevölkerung. Die Radar-Station stelle eine große Gefahr für Europa und den Weltfrieden dar, mahnte Neoral.

Wenn alle Bürgermeister ihren Protest bündelten, könne man sich eine stärkere Stimme verschaffen.

Kontakt

über Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinte KriegsdienstgegnerInnen München
Schwanthalerstraße 133
80339 München
Tel. 089 - 89623446, Fax 089 - 834 15 18
muenchen@dfg-vk.de
www.dfg-vk.de

Thomas Rödl



Thomas Rödl studierte seit 1976 Philosophie, Politologie und Psychologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München und schloss sein Studium mit den Schwerpunkten Rüstungskontrollpolitik, Sozialpsychologie und Ethik 1984 mit dem M.A. ab.

Er ist Mitbegründer der Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V. (AGFP), München 1974

1997 – 2001 arbeitete er als freiberuflicher Politologe im Bereich Aufbereitung und Vermittlung von Ergebnissen der Friedensforschung und

1998/99 als Dozent an der Zivildienstschule Spiegelau.

Seit 2002 ist er Projektleiter bzw. Geschäftsführer des „Helmut-Michael-Vogel Bildungswerkes zur Förderung der Friedensarbeit der DFG-VK Bayern“ und ist dabei als Verfasser bzw. Herausgeber zahlreicher Publikationen im Rahmen des Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerkes tätig.

In der „Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen“ arbeitet er ehrenamtlich in mehreren Funktionen wie:

Gruppenvorsitzender und faktischer Geschäftsführer der Gruppe München der DFG-VK,

Mitglied im Landesvorstand der DFG-VK Bayern,

Mitglied im Bundesausschuss und in der Programmkommission der DFG-VK,

Kampagnenbeauftragter der DFG-VK für „Schritte zur Abrüstung“.

Kontakt:

über Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinte KriegsdienstgegnerInnen München
Schwanthalerstr. 133

80339 München

Tel 089 - 89623446, Fax 089 – 8341518

muenchen@dfg-vk.de

www.dfg-vk.de/muenchen

Clemens Ronnefeldt



Clemens Ronnefeldt wurde 1960 in Worms geboren. Von 1981 bis 1986 studierte er an der Johannes-Gutenberg Universität in Mainz und an der Phil.-Theol. Hochschule St. Georgen in Frankfurt/Main. Von 1982 bis 1983 absolvierte er eine studienbegleitende Ausbildung zur Friedensarbeit an der Heimvolkshochschule Bückeburg. Bis 1992 war er Sprecher der Katholischen Friedensbewegung Pax Christi im Bistum Mainz. Seit 1992 ist er tätig als Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes.

Seine Schwerpunkte sind der Nahe und Mittlere Osten und das ehemalige Jugoslawien. Clemens Ronnefeldt hat teilgenommen an Friedensdelegationen im Irak, Iran, Syrien, Libanon, Israel und Palästina und an Einsätzen in Flüchtlingslagern. Darüber hinaus hat er sich beteiligt an der Unterstützung von Friedensgruppen in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien.

Er ist Autor des Buches „Die neue NATO, Irak und Jugoslawien“, herausgegeben vom deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, Minden, 2. Auflage, 2002 sowie zahlreicher Artikel und Hintergrundanalysen.

Kontakt

A.-v.-Humboldt-Weg 8a
85354 Freising
Tel. 08161 - 54 70 15, Fax 08161 - 54 70 16
C.Ronnefeldt@t-online.de
www.versoehnungsbund.de

Wolfgang Schlupp-Hauck



Wolfgang Schlupp-Hauck wurde 1957 geboren. Sein politischer Lebenslauf begann 1975 in Mannheim mit der eigenen Kriegsdienstverweigerung und der Beratung von Kriegsdienstverweigerern beim Bund der Katholischen Jugend BDKJ. Während seines Zivildienstes in den 70er Jahren nahm er am Streik der Zivildienstleistenden teil und trat dem Internationalen Versöhnungsbund bei.

In Freiburg studierte er Sozialarbeit. Dort wurde er auch zum Mitbegründer einer gewaltfreien Aktionsgruppe für Kriegsdienstverweigerung und zivilen Ungehorsam. Er pflegte regelmäßige Kontakte zur Friedensbewegung der DDR und wurde 1983 mit einem Einreiseverbot belegt.

In den 80er Jahren folgten verschiedene Praktika: Pax Christi Belfast, der Wacholderhof e.V. (ökologischer Landbau und Dritte Welt-Fragen) und die Jugendgerichtshilfe Backnang. Als Mitglied der Friedensgruppe Backnang nahm er an ersten Blockaden teil, bereitete das Friedenscamp Mutlangen vor und leitete die dortige Pressegruppe. In dieser Zeit schloss er auch sein Studium mit einer Arbeit zum Thema "Gemeinwesenorientierte Friedensarbeit" ab.

Ab 1983 war er in Mutlangen aktiv mit Pressearbeit und als Initiator des Vereins Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V. Von 1985 an war er als Referent für Friedensfragen bei der Landesgruppe des Internationalen Versöhnungsbundes tätig. Als Mitglied der Rechtshilfe Mutlangen führte er außerdem Prozessvorbereitungen durch und begleitete die Blockaden und die Öffentlichkeitsarbeit. 1991 stieg in den freien Journalismus ein.

Seit 1992 ist er als Sozialarbeiter im Jugendamt Stuttgart beschäftigt (Jugendgerichtshilfe, allgemeiner Sozialer Dienst, Täter-Opfer-Ausgleich), daneben arbeitet er als freier Journalist und macht weiterhin Öffentlichkeitsarbeit für die Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen.

Weitere Aktivitäten: Mitkoordination der deutschen Stopp-Cassini-Kampagne (gegen Raumsonde mit Plutonium-batterien), Mitgliedschaft im Beirat des Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space, Beteiligung mit Jugenddelegationen am Überprüfungsprozess des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages, seit 2006 Vorsitz der Friedenswerkstatt Mutlangen.

Kontakt:

über Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Forststr. 3
73557 Mutlangen
Tel. 07171 – 75661
post@pressehuette.de
www.pressehuette.de

Ursula Sladek



Ursula Sladek, geboren 1946 in Mülheim bei Offenbach am Main, ist verheiratet und hat fünf Kinder. Sie absolvierte eine Ausbildung zur Grund- und Hauptschullehrerin.

Sie ist Gründungsmitglied der Schönauer Anti-Atom-Bürgerinitiative „Eltern für atomfreie Zukunft“ und Mitinitiatorin der daraus entstandenen bürgereigenen Elektrizitätswerke Schönau (EWS), die 1997 ihrem Energieversorger das örtliche Stromnetz für damals 5,8 Millionen DM abkauften.

Anlass für die Gründung der Bürgerinitiative war der Reaktorunfall von Tschernobyl gewesen. Unternehmensziel ist es daher, mit aller Kraft eine ökologische, zukunftsfähige und bürgerfreundliche Energieversorgung zu verwirklichen, ohne Atomenergie, Kohle und Öl.

Leitlinien des Unternehmens EWS sind die sparsame und rationelle Energienutzung, die Förderung regenerativer Energieformen und des Neubaus dezentraler Heizkraftanlagen, fachliche Beratung und lokale Wertschöpfung.

Die EWS hat derzeit 25 Mitarbeiter, 650 Gesellschafter und 63.000 Kunden. Das Unternehmen liefert Strom in die ganze Republik.

Ursula und ihr Mann Michael Sladek haben für ihr eigenes Engagement und das der Initiative u.a. 2007 den Deutschen Gründerpreis, 2006 den Preis der Arbeit, 2004 das Bundesverdienstkreuz, 2003 den Europäischen Solarpreis, 1999 den Nuclear Free Future Award, 1997 den Förderpreis „Demokratie leben“, 1996 den „Ökomanager des Jahres“ und 1994 den Deutschen Energiepreis entgegengenommen.

Seit 2000 ist Ursula Sladek Geschäftsführerin der Elektrizitätswerke Schönau.

Kontakt:

über Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH
Friedrichstr. 53-55
79677 Schönau
Tel. 07673 - 8885-52, Fax 07673 - 8885-19
www.ews-schoenau.de

Hans-Christof Graf Sponeck



Graf Sponeck ist ehemaliger UNO-Koordinator für den Irak und ehemaliger Beigeordneter Generalsekretär der UNO. Er wurde 1939 in Bremen geboren. Er ist verheiratet und hat drei Kinder.

Seine Schulausbildung erfolgte in Schloss Salem und am Marlborough College (GB). Es folgten Studienaufenthalte in Bonn, Tübingen und den USA. Er beendete diese mit dem BA und dem MA in den Fächern Demographie und Physische Anthropologie.

Er erhielt ein Stipendium der Stiftung Zelig aus Frankreich für Flüchtlingsarbeit in Hongkong und Assistentenstellen der Washington State University und des Ost-West-Zentrums der Universität von Hawaii. Er besuchte Trainingsprogramme des Institutes für Wirtschaftliche Entwicklung der Weltbank, der Internationalen Arbeitsorganisation und dem Social Institute in Den Haag.

In den 60er Jahren war er tätig als Entwicklungsbeauftragter der deutschen Stiftung für Internationale Zusammenarbeit in Bonn. Dann wechselte er zu den Vereinten Nationen und blieb dort in verschiedenen Ämtern über mehr als 30 Jahre bis zum Jahr 2000, u.a. als ständiger UNO-Beauftragter. Er arbeitete in Europa, Afrika, Amerika und Asien. Er war zuletzt als Koordinator für den Irak und Beigeordneter Generalsekretär verantwortlich für das Programm „Öl für Lebensmittel“. Im Jahr 2000 trat er zurück.

Graf Sponeck hat zahlreiche Schriften und Beiträge in verschiedenen Sprachen veröffentlicht. Sein aktuelles Buch trägt den Titel „Ein anderer Krieg. Das Sanktionsregime der UNO im Irak“.

Er ist Aufsichtsratsmitglied in einer Vielzahl internationaler, nichtstaatlicher Organisationen, Berater für multilaterale Fragen und Consultant für Nachwuchsförderung im internationalen Dienst.

Ausgezeichnet wurde er mit dem Johanniterorden, dem Humanitarian Award des Arabisch-Amerikanischen Anti-Diskriminierungs-Komitees, dem Coventry Friedenspreis der Church of England, dem Friedensstifterpreis der Washingtoner Physiker für soziale Verantwortung und dem Bremener Friedenspreis.

Kontakt

über Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinte KriegsdienstgegnerInnen München
Schwanthalerstraße 133
80339 München
Tel. 089 - 89623446, Fax 089 - 834 15 18
muenchen@dfg-vk.de
www.dfg-vk.de
oder: von_sponeck@yahoo.com

Harald Will



Harald Will wurde 1953 in München geboren. Nach dem Abitur absolvierte er eine Ausbildung an der Deutschen Journalistenschule in München. Danach studierte er Politik, Soziologie und Kommunikationswissenschaften.

Während des Studiums und in den ersten Jahren danach war er als freier Mitarbeiter für verschiedene Redaktionen des Bayerischen Rundfunks tätig, vor allem für die Sendung „Zündfunk“. Später wechselte er als festangestellter Redakteur in die Nachrichtenredaktion des Bayerischen Rundfunks. 2002 trat er in die Wissenschaftsredaktion ein.

Harald Will ist seit mehr als 30 Jahren Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen DFG-VK. Hier engagierte er sich unter anderem in der Beratung für Kriegsdienstverweigerer. Außerdem ist er Vorsitzender des Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerks der DFG-VK Bayern.

Kontakt

über Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinte KriegsdienstgegnerInnen München
Schwanthalerstraße 133
80339 München
Tel. 089 - 89623446, Fax 089 - 834 15 18
muenchen@dfg-vk.de
www.dfg-vk.de

Sabour Zamani



Sabour Zamani ist Diplom-Pädagoge und Leiter des afghanischen Kommunikations- und Kulturzentrums in Berlin. Er wurde 1955 in Baglan/Afghanistan geboren. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Er studierte Erziehungswissenschaft an der FU Berlin. In den 70er Jahren war er in der Landwirtschaft in Afghanistan tätig, seit 1978 leistet er Betreuungsarbeit in verschiedenen Flüchtlingsorganisationen in Deutschland.

Ab 1992 arbeitete er als sozialpädagogischer Familienhelfer und Betreuer in Berlin. Seit 1996 leitet er dort das Kommunikations- und Kulturzentrum.

Das Zentrum bietet für Afghanen, Deutsche, Perser, Flüchtlinge, Jugendliche und Frauen Beratung in Deutsch und Dari, der neupersischen Schriftsprache. Es bietet außerdem Veranstaltungen und Freizeitangebote.

Herr Zamani setzt sich ein gegen den Krieg des Westens in Afghanistan - so auch gegen den Bundeswehreinsatz Deutschlands - gegen die Luftangriffe, die angeblich zielgenau sein sollen, aber auch Krankenhäuser und Flüchtlinge treffen, die das Land nicht verlassen können. Aus seiner Sicht ist der einzige Weg zur friedlichen Beilegung des Konflikts und zur Schaffung menschenwürdigen Lebens eine breit gefächerte afghanische Übergangsregierung und die Einrichtung einer UNO-Verwaltung in diesem Land. Die Geld- und Waffenströme der Taliban müssten aus seiner Sicht ausgetrocknet werden - und zwar an der Quelle im westlichen Ausland.

In einem Interview mit SPIEGEL ONLINE im Jahr 2001 forderte Zamani Deutschland auf, den Afghanen das zu geben, „was sie zum Leben bräuchten, aber nicht zum Sterben“. Dadurch gewänne man Achtung in der Region. Afghanistan brauche Hilfe gegen den Hunger, beim Wiederaufbau eines Bildungssystems und auch für die Beseitigung der Minen, deren Zahl in die Millionen geht. Diese Minen seien Exporte der so genannten zivilisierten Welt. „Für uns ist das auch exportierter Terrorismus“, so Zamani.

Kontakt:

über Afghanisches Kommunikations- u. Kulturzentrum e. V.
Friedelstr. 10
12047 Berlin
Tel.: 030 - 6242121

Hans-Peter Dürr ist nun auch Ehrenbürger

München hat einen neuen Ehrenbürger: Bei einem Festakt im alten Rathaus überreichte Oberbürgermeister Christian Ude dem Physiker Hans-Peter Dürr die Urkunde, wie vom Stadtrat beschlossen. Ude nannte den 78-Jährigen Dürr in der Laudatio einen „Vordenker und Vorkämpfer für eine humane Wissenschaft und eine friedenspolitische und ökologische Neuorientierung, der für viele auch weit über München hinaus ein Vorbild geworden ist“. Dürr war Jahre lang, von 1958 bis 1976, als wissenschaftlicher Mitarbeiter von Professor Werner Heisenberg tätig und stand danach viele Jahre als Geschäftsführender Direktor an der Spitze des Max-Planck-Instituts für Physik und Astrophysik und des Werner-Heisenberg-Instituts für Physik. Er gehört seit Mitte der 80er Jahre als externes Mitglied der städtischen Energiekommission an, hat dort die Maßnahmen zur Energieversorgung Münchens kritisch begleitet und auch immer wieder sparsame und umweltfreundliche Alternativen vorgeschlagen. Dürr bedankte sich für die Ehrung und betonte, wie wichtig es sei, dass sich jeder Einzelne mit seinen Fähigkeiten gerade auf kommunaler Ebene beteilige, um seinen Beitrag für eine zukunftsfähige Entwicklung zu leisten. SZ



OB und Ehrenbürger: Christian Ude ehrt Hans-Peter Dürr. Foto: oh

SZ 26-27.1.08

AZ Donnerstag, 31. 1. 2008

Konferenz für den Frieden

Alternativtreff zum
Sicherheitsgipfel
vom 8. bis zum
10. Februar

MÜNCHEN „Friedenspolitik angesichts Klimawandel und Energiekrise“ – das klingt, als ob die Teilnehmer der Münchner Friedenskonferenz die Welt retten wollten. Und nichts Geringeres haben sich die Initiatoren auch vorgenommen.

„Der Klimawandel könnte einen Lernprozess auslösen“, hofft Hans-Peter Dürr – seit kurzem Ehrenbürger der Stadt München. Der Physiker ist Schirmherr der Friedenskonferenz, die vom 8. bis 10. Februar parallel zur umstrittenen Sicherheitskonferenz von Politikern und Militärs im Hotel Bayerischer Hof stattfindet.

Für Hans-Peter Dürr sind Klimawandel und Sicherheitspolitik eng miteinander verbunden. „Die Methoden der traditionellen Sicherheitspolitik haben versagt“, betont Dürr, „die Kriege im Irak und in Afghanistan sind der beste Beweis.“ Sicherheitspolitik dürfe nicht bedeuten, so der Friedensforscher, „Menschen alle Freiheiten zu nehmen“.

Stattdessen schlägt Hans-Peter Dürr vor, die drängendsten Probleme der Menschheit, wie beispielsweise den Klimawandel, gemeinsam anzugehen: „Der Kalte Krieg ist letztendlich auch erst durch die Einsicht beendet worden, dass es so nicht weitergehen kann.“

Durch einen Verzicht auf Kriege und Rüstungsindustrie, könnte, so schätzt Dürr,

der CO₂-Ausstoß um zehn Prozent weltweit reduziert werden. Niemand müsse dabei auf etwas verzichten – außer auf Krieg.

Es sind kühne Gedankenmodelle, die der Münchner Physiker entwickelt. Er selbst wird sie am 8. Februar beim Internationalen Forum, dem Auftakt der Friedenskonferenz im Alten Rathaus, vorstellen. Beginn ist 19 Uhr.

Am Samstag, 9. Februar,

finden im Gewerkschaftshaus (Schwanthalerstraße 64) mehrere Diskussionsforen statt, u.a. zum Thema Afghanistan. Zusätzlich gibt es im „Eine Welt-Haus“ einen Workshop.

„Atomraketen – abwehren oder abschaffen“ ist das Thema der „Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik“ am Samstagabend im Gewerkschaftshaus. Weitere Infos im Internet unter: www.friedenskonferenz.info. Ralph Hub



Wie im Jahr 2004 sollen die Gegner der Sicherheitskonferenz durchs Tal ziehen. Die Veranstalter wollen aber eine direkte Route. Foto: Schmalz

Ja, wohin laufen sie denn?

Während alle vom Frieden reden, geht der Streit um die Protest-Demo gegen die 44. Sicherheitskonferenz unvermindert weiter: Die Gegner wollen am 9. Februar abends in einer Großdemo mit 5000 Teilnehmern vom Marienplatz über den Max-Joseph-Platz und die Residenzstraße bis vor die Residenz ziehen, wo ein Empfang für die Gäste der Sicherheitskonferenz stattfindet.

Das KVR hat Bedenken. Durch eine Baustelle ist die Residenzstraße an einer Stelle nur 3,90 Meter breit – zu eng für eine Demo, sagt die Sicherheitsbehörde. Deshalb soll der Zug vom Marienplatz über das Tal zum Isartor, Thomas-Wimmer-Ring, an der Staatskanzlei vorbei, über die Von-der-Tann-Straße zum Odeonsplatz führen. Eine Entscheidung steht noch aus. rah

Sicherheitskonferenz fürchtet um die Sicherheit

Geplanter Demonstrationzug muss Route fern der Residenz wählen – Gegenveranstaltung im Alten Rathaus

Von Christian Rost

Die künftigen Aufgaben der Bundeswehr in Afghanistan und die Kosovo-Frage kristallisieren sich als Schwerpunkte in den politischen Debatten bei der 44. Münchner Sicherheitskonferenz am Wochenende heraus. Mit Spannung wird die Rede des erst vor wenigen Tagen wiedergewählten serbischen Präsidenten Boris Tadić bei der Tagung erwartet, an der von Freitag bis Sonntag 250 Politiker und Militärstrategen teilnehmen. Was sich unterdessen im Umfeld des Tagungsorts Bayerischer Hof abspielen wird, ist noch offen. Die Konferenzgegner, die unter dem Motto „No Nato“ auf die Straßen gehen wollen, ringen mit der Stadt weiter um einen innenstadtnahen Weg für ihren Demonstrationzug.

Wie berichtet, hat das Kreisverwaltungsreferat am Montag die Marschroute für die angemeldeten 5000 Demonstranten vom Marienplatz über den Altstadttring zum Odeonsplatz festgelegt. Protest-Organisator Claus Schreier vom Aktionsbündnis wollte direkt an der Residenz vorbei, wo die Tagungsteilnehmer vom Ministerpräsidenten am Samstag empfangen werden. Schreier hatte vorher in einem Interview erklärt, die Residenz solle „belagert“ werden. Stadt und Polizei sprachen sich daher für einen angemessenen Abstand zwischen den Demonstranten und der Residenz aus. Stadtdirektor Horst Reif: „Eine Störung, Behinderung oder die Verhinderung des Empfangs in der Residenz wäre rechtswidrig und konnte deshalb nicht zugelassen werden.“ Schreier sagte am Dienstag,

man habe der Stadt einen neuen Vorschlag unterbreitet und verzichte nun auf die ursprünglich beantragte Umrundung der Residenz am Samstagabend. Allerdings würde auch die geänderte Route den Weg der Konferenzteilnehmer vom Hotel zur Residenz kreuzen. Wie auch immer der Weg des Zugs, der sich am Samstag nach einer Kundgebung um 16 Uhr am Marienplatz in Bewegung setzt (www.muenchner-friedensbueundnis.de), letztlich aussehen wird: Die Polizei hat bereits angekündigt, die Konferenz mit 3700 Mann zu schützen. Außerdem übernehmen 110 bewaffnete Soldaten der Bundeswehr im Hotel das Hausrecht.

Autofahrer sowie Fahrgäste in öffentlichen Verkehrsmitteln müssen am Wochenende mit Behinderungen rechnen. Ohne Komplikationen verlaufen die Vor-

bereitungen für die Internationale Münchner Friedenskonferenz, die als inhaltliche Gegenveranstaltung zur Sicherheitskonferenz entstanden ist. Ein Forum spricht am Freitag von 19 Uhr an im Saal des Alten Rathauses über „Friedenspolitik angesichts des Klimawandels und der Energiekrise“. Teilnehmer sind Hans-Christof von Sponneck, der ehemalige UNO-Koordinator für den Irak, Saïbour Zamani, Leiter des afghanischen Kulturzentrums Berlin, und Ursula Sladek, Geschäftsführerin der Elektrizitätswerke Schönau. Alle drei stehen auch bei Diskussionsforen am Wochenende zur Verfügung. Hans-Peter Dürr, Vorsitzender des Global Challenges Network und Träger des Alternativen Nobelpreises, ist Schirmherr der Konferenz (www.friedenskonferenz.info).

Seite 56 / Süddeutsche Zeitung Nr. 33

8.2.08

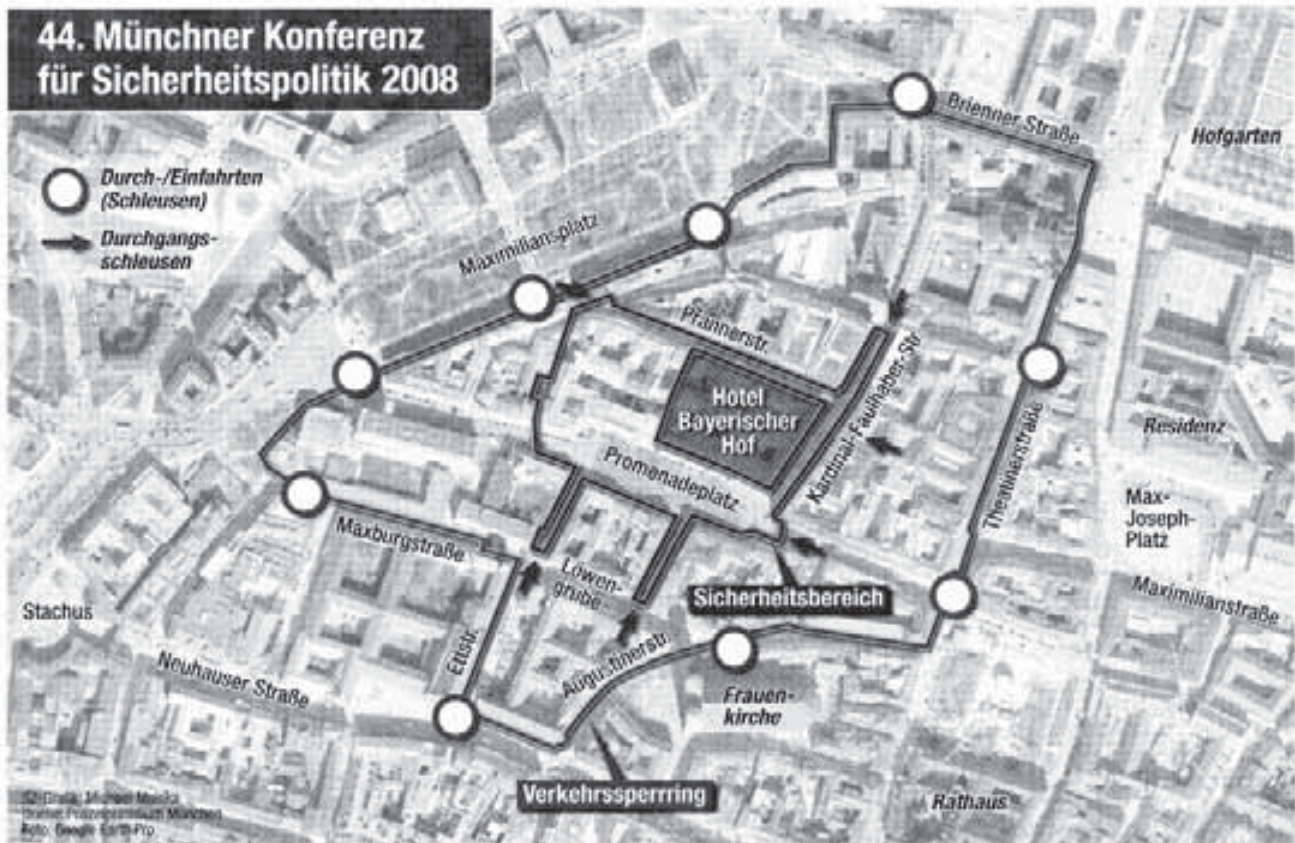
SICHERHEITSKONFERENZ

Protest-Kundgebungen

Das „Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz“ plant folgende zentralen Veranstaltungen. Am heutigen Freitag um 13.30 Uhr eine „Satirische Jubeldemo“ ab Stachus, um 16 Uhr die Auftaktkundgebung auf dem Marienplatz und um 20 Uhr eine Friedenskonferenz im Alten Rathaus, die sich mit Foren bis Sonntag hinzieht. Heute, Freitag, sind Redebeiträge vorgesehen unter anderem von Stephen Summers (Vietnamkriegsveteran und Friedensaktivist). Morgen, Samstag, ist für 14 Uhr eine Kundgebung (Vorprogramm) am Marienplatz terminiert, um 16 Uhr die Hauptkundgebung, um 18 Uhr die Großdemo vom Marienplatz zum Odeonsplatz und dort um 18.30 Uhr die Abschlusskundgebung. Um 21 Uhr findet im Feierwerk ein Konzert gegen Krieg statt. Am Samstag soll unter anderem der nicaraguanische Befreiungstheologe Ernesto Cardenal sprechen. go

• www.sicherheitskonferenz.de

44. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik 2008



DISKUSSIONEN BEGLEITEN DIE SICHERHEITSKONFERENZ

57 9. - 10. 2. 08

Bayerischer Hof geschützt wie eine Burg

Der Bereich um den Bayerischen Hof am Promenadeplatz ist während der Sicherheitskonferenz bis Sonntag-nachmittag durch einen äußeren Verkehrssperrring und einen inneren Sicherheitsbereich weiträumig abgesperrt. Zutritt wird nur bei „berechtigtem Interesse“ gewährt. Die Tramlinie 19 wird über das Sendlinger Tor umgeleitet.

Auf der Internationalen Münchner Friedenskonferenz finden heute von 10 Uhr an mehrere Diskussionsrunden im Gewerkschaftshaus (Schwanthalerstraße 64) und im Eine-Welt-Haus (Schwanthalerstraße 80) statt. Um 19 Uhr steht im Gewerkschaftshaus eine „Aktuelle Runde“ zur Münchner Sicherheitskonferenz unter dem Titel „Atomraketen – abweh-

ren oder abschaffen“ auf dem Programm. Am Sonntag wird im Atelier 1 um 11.00 Uhr (Sonnenstraße 12, 7 Euro) der Dokumentarfilm „Tödlicher Urastaub“ über Uranwaffen im Kriegsalltag gezeigt. Um 11.30 Uhr findet ein Friedensgebet im Gemeindegottesaal der Pfarrei St. Ursula am Kaiserplatz statt. Nähere Informationen unter www.friedenskonferenz.info.

52 11.2.08

Von Krieg bis Kernkraft

Diskussion der Friedensbewegung im Alten Rathaus

Von Christina Warta

Sie debattierten über die Auswirkungen des Klimawandels auf die Friedensbewegung, hörten Berichte aus Afghanistan und verurteilten die Sicherheitskonferenz: Unter dem Motto „Frieden und Gerechtigkeit gestalten“ fand am Wochenende als Gegenveranstaltung zur Sicherheitskonferenz die Internationale Münchner Friedenskonferenz statt – „die eigentliche Sicherheitskonferenz“, wie sie Bürgermeister Hep Monatzeder unter begeistertem Applaus bezeichnete.

Rund 300 Anhänger der Friedensbewegung waren am Freitag zur Auftaktveranstaltung in den Saal des Alten Rathauses gekommen, wo zunächst Hans-Peter Dürr sprach. Der Münchner Quantenphysiker und Träger des Alternativen Nobelpreises ist der Schirmherr der Friedenskonferenz. Dürr bekräftigte „ein Nein zum Krieg – und zwar nicht aus Verantwortungslosigkeit“. Ein Krieg könne heutzutage nicht mehr den Zweck erfüllen, den er früher erfüllt habe. „Deshalb müssen wir andere Wege finden, um unsere Probleme zu lösen.“ Dürr zeigte sich überzeugt davon, dass der Klimawandel und die Energiekrise die Menschheit bald zwingen werde, andere Lebenswege zu gehen. „Es wird eine Kultur sein, die auch auf Verzicht pochen muss.“

Sabour Zamani, Leiter des afghanischen Kulturzentrums in Berlin, berich-

tete aus Afghanistan. „Der Krieg geht in das siebte Jahr“, sagte er, „aber die Menschen leiden immer noch unter dem Terror der Taliban.“ Die Geld- und Drogenmafia habe ihre Macht gefestigt. „Die Hoffnung auf ein besseres Leben ist wie eine Seifenblase zerplatzt“, sagte Zamani und kritisierte die USA: „10 000 Tote, fünf Millionen Flüchtlinge und kein Schritt nach vorne.“

Ursula Sladek beschäftigte sich mit der Frage, was der Ausstieg aus der Atomenergie mit Friedenssicherheit zu tun habe. Die Geschäftsführerin der bürgerreigen Elektrizitätswerke Schönau erklärte, „dass man nur schwer eine Grenze ziehen kann zwischen militärischer und friedlicher Nutzung“. Die Unterscheidung in „gute Länder“, die Atomenergie nutzen dürften, und „böse Länder“, die das nicht dürften, sei „keine gute Voraussetzung für ein Miteinander“.

Der frühere UN-Diplomat Hans von Sponeck stellte einen zehnstufigen Friedensplan für den Irak vor. Danach sollen unter Führung der UN friedensstiftende Maßnahmen umgesetzt werden, die einen Abzug ausländischer Truppen ermöglichen. Der Irak müsse die volle Souveränität zurückerhalten, die Erlöse aus der Erdölförderung zurückbekommen und von allen Schulden entlastet werden. „Nur der Wahnsinnige oder der Mitleidlose kann im Irak oder in Afghanistan einen Erfolg sehen“, sagte Sponeck.



Erstmals durch die Fußgängerzone: An die 5000 Menschen ziehen mit allerlei Transparenten vom Marienplatz zur Residenz.

Foto: Robert Haas

»Die NATO soll ein weltweites Interventionsbündnis werden«

Über die veränderte Rolle der Vereinten Nationen in einer unipolaren Welt.

Ein Gespräch mit Hans-Christof von Sponeck

Wen würden Sie zu einer Sicherheitskonferenz einladen, die den Namen verdient, und was stünde auf Ihrer Tagesordnung?

Persönlichkeiten wie Kofi Annan und Nelson Mandela wären sicher dabei. Aber auch der normale Bürger, der sich für Demokratie und Menschenrechte eingesetzt hat. Damit meine ich Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen. Und man darf nicht den Fehler machen, nur die westliche Einbahnstraße zu fahren. Wir müssen verstehen, daß auch die globalisierte Welt eine Welt der kulturellen Vielfalt ist.

Die Tagesordnung wäre eine Kombination. Es wären zum Teil dieselben Themen, die auch auf einer militärischen NATO-Sicherheitskonferenz diskutiert werden – nur mit anderen Vorzeichen: Wieviel und welche Art von Verteidigung brauchen wir?

Die menschliche Sicherheit steht aber an erster Stelle. Und da verweise ich auf die Millenniums-UN-Entwicklungsziele, zu denen ökologische Nachhaltigkeit, Armutsbekämpfung, Gesundheit und Bildung gehören.

Die »Münchener Sicherheitskonferenz« bezieht sich weniger auf die UN als auf die NATO, wenn es um Konfliktlösungen geht.

Die NATO ist ein Relikt aus der Vergangenheit – aber das wollte man nach 1990 nicht akzeptieren. Die USA wollten die NATO benutzen, um ein Bündnis zu schaffen, das unter ihrer Kontrolle steht und ihrer Philosophie folgt. Zur Zeit des kalten Krieges war die NATO ein Instrument, das die transatlantische Region sichern sollte. Bei den heutigen »Sicherheitskonferenzen« geht es darum, sie zu einem weltweiten Interventionsbündnis zu machen, das überall eingreifen kann, um die eigenen Interessen durchzu-



Hans-Christof von Sponeck, 1998–2000 UNO-Koordinator für den Irak, war Referent auf der Münchner Friedenskonferenz, die parallel zur 44. »Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik« stattfand. Er ist Mitveranstalter der Irak-Konferenz im März in Berlin (www.irakkonferenz2008.de)

setzen.

Wie hat sich die Rolle der UNO seit dem Ende der Sowjetunion verändert?

Aus einer bipolaren Realität ist eine unipolare geworden. Vorher war es nicht eindeutig, daß die USA oder der Westen immer die erste Geige spielen. Das Ende des kalten Krieges hat sich aber inzwischen als Scheinsieg für die westliche Orientierung herausgestellt. Jetzt befinden wir uns in einer Phase des Umbruchs, in der sich neue Allianzen bilden. Es gibt deutliche Anzeichen, daß die USA nicht ewig den Anspruch der moralischen, militärischen, wirtschaftlichen Superiorität geltend machen können.

In einem Referat haben Sie die seit 1990 andauernde Irak-Krise als integralen Bestandteil der Gesamtkrise bezeichnet. Passiert es Ihnen manchmal, daß Sie sich an die Zeit des kalten Krieges erinnern und denken: »Da war's aber noch friedlich«?

Es war zumindest erfaßbarer. Man wußte, wer wo stand; die Politik war transparenter. Heute ist alles viel komplexer und widersprüchlicher geworden. Wie der ehemalige US-Verteidigungsminister Rumsfeld gesagt hat: Wir suchen unsere Freunde danach aus, welches Problem gerade vorliegt. Das wirft alle möglichen Widersprüche auf.

Unter welchen Bedingungen könnte die UNO wieder dem Auftrag gerecht werden, die Menschheit von der Geißel des Krieges zu befreien?

Das ist schwer zu beantworten. Die Rahmenbedingungen für viele wichtige Aufgaben der UNO existieren ja durchaus. Aber sobald ein Interessenkonflikt zwischen der Agenda einer Großmacht und der Agenda einer multilateralen Institution wie der UNO besteht, gibt es Probleme; und das ist immer häufiger der Fall. Vor 1990 haben die Amerikaner und die UNO in relativer Harmonie kooperiert. Aber die Tatsache, daß es nur noch eine Supermacht gibt, hat sich sehr negativ ausgewirkt.

Welchen Einfluß hat Ihrer Meinung nach das Ergebnis der bevorstehenden Präsidentschaftswahl auf die Politik der USA?

Die Grundtendenz des modernen Amerika, sich als Großmacht mit ebenso moralischem wie wirtschaftlichem und militärischem Führungsanspruch zu verstehen, wird bleiben, auch wenn die Republikaner abgewählt werden, was wahrscheinlich ist. Aber es wird graduelle Unterschiede in der Kooperationsbereitschaft mit der UNO geben. Auf die Irak-Politik wird es auf jeden Fall Einfluß haben, doch weniger, weil man in sich geht und Fehler eingesteht, sondern weil man dort an die Grenzen seiner Möglichkeiten stößt.

Interview: Claudia Wangerin

»Sie nennen es Frieden. Wir nennen es Krieg«

Großkundgebung gegen Sicherheitskonferenz mit mehreren tausend Teilnehmern in Münchens Innenstadt

ND 11.2.08

Von Gisela Dürsel, München

Mehrere tausend Menschen haben am Sonnabend in München weitgehend friedlich gegen die 44. Sicherheitskonferenz demonstriert. Erwartet friedlich verlief auch die Friedenskonferenz am selben Ort.

3700 Polizisten, ein paar Rängeleien am Rande und laut dem Ermittlungsausschuss der Roten Hilfe 45 Leute in Gewahrsam: Das ist die Bilanz des großen Demonstrationszugs am Sonnabendabend gegen die 44. NATO-Sicherheitskonferenz (Siko). Zu den von der Polizei befürchteten Ausschreitungen kam es nicht – obwohl der Zug gegen die Bedenken der Polizei erstmals mit den durch die Fußgängerzone führenden Demonstrationen führte. Die Veranstalter zeigten sich zu Frieden und gaben die Teilnehmer mit 8000 bis 10 000 an. Die Polizei sprach von 3000 Demonstranten.

Der Protestzug unter dem Motto »Wir stellen uns quer« war Höhepunkt einer Reihe von Veranstaltungen gegen die diesjährige Siko.

Ein breites Bündnis aus politischen Gruppen und Friedensinitiativen hatte dazu aufgerufen.

Zäh waren in den vergangenen Wochen die Verhandlungen mit dem Kreisverwaltungsreferat über die Route des Demonstrationzugs verlaufen. Nach einem Kompromiss setzte sich der Zug aber pünktlich um 18 Uhr in Bewegung. Eingebettet von allen vier Seiten durch Polizisten und in guter Stimmung durch Musik, steuerten die Demonstranten den Odeonsplatz an; in Hör- und Sichtweite der Residenz, in der die Siko-Teilnehmer zu dieser Zeit diminierten.

»Sie nennen es Frieden. Wir nennen es Krieg« war auf einem Banner, das quer über die Straße ging, zu lesen. »Gänge es nach dem Grundgesetz, dürfte die heute tätige Kriegskonferenz nicht stattfinden. Die Vorbereitung von Angriffskriegen ist nämlich verfassungswidrig und vom Grundgesetz verboten«, sagte Hauptorganisator Claus Schürer bei der Großkundgebung auf dem Marienplatz, die der

Demonstration vorausging. Schürer warf den Veranstaltern des NATO-Treffens Scheinheiligkeit vor: Die Staatschefs planten mit den Rüstungslobbyisten Kriege und nannten dies »Friedensmissionen«. Der »Gipfel der Heuchelei« aber bestünde in der Verleihung eines Friedenspreises mit dem Titel »Frieden durch Dialog«.

Um Frieden durch Dialog zu stiften, schickte der durch Dialog zu stiften, schickte »Militärminister Jung« jetzt eine zusätzliche Kampftruppe nach Afghanistan: »Dieser Dialog wird mit schweren Waffen geführt«, sagte Schürer. In diesem Jahr vergab die Münchner Friedensbewegung ihrerseits zum ersten Mal einen Friedenspreis: Das Munich American Peace Committee verlieh den Preis »Frieden aus Überzeugung« an den ehemaligen US-Soldaten Chris Capps, der nach einem Einsatz in Irak vor seiner Verschiebung nach Afghanistan desertiert war.

An den Protesten am Sonnabend beteiligten sich starke Delegationen aus dem Ausland – unter anderem aus dem italienischen Vercelli



Polizeibegleitung bei der Demonstration in München

Foto: dpa

za und aus Griechenland; Großworte schickte der 85-jährige Poet Auch Künstler wie Konstantin Wecker und eine Reihe von Politikern und ehemalige sandinistische Kulturen hatten sich den Protesten angeschlossen. Unter ihnen waren der turkmenische Ministerpräsidentin Recep Tayyip Erdogan bei der diesjährigen Siko protestierten. Auch Künstler wie Konstantin Wecker und eine Reihe von Politikern und ehemalige sandinistische Kulturen hatten sich den Protesten angeschlossen. Unter ihnen waren der turkmenische Ministerpräsidentin Recep Tayyip Erdogan bei

Partiavorstand der LINKEN, Pflüger fragte bei seiner Rede nach der deutschen Rolle in Afghanistan, wo sich der deutsche Einsatz immer weiter von der ursprünglich angesetzten Stabilisierungs- und Wiederaufbaumission in Richtung eines offensiven Kampfeinsatzes verschiebe. In den Kriegen der NATO würden immer mehr Zivilisten getötet, sagte Pflüger. Sie seien aber nur mit Hilfe der Militärbasen möglich, gegen die sich ein weltweiter Widerstand richten müsse. Buchholz wertet die Demonstration als »vollen Erfolg«. »Die Demonstrationen haben auf die Straße getrieben, was die Mehrheit der Bevölkerung denkt: Der Krieg in Afghanistan ist nicht zu gewinnen und die Bundeswehr muss zurückgezogen werden.«

Um die Argumente der Siko-Gegner ging es auch bei der 6. Friedenskonferenz am Freitag und Sonnabend. Der Schirmherr und neue Ehrenbürger Münchens, Prof. Hans-Peter Dürr, war sich mit den weiteren Referenten einig: Die Zivilgesellschaft dürfe nicht warten, bis die Politik aktiv werde, sondern müsse jetzt handeln. Es sei der Widerstand des gewöhnlichen Volkes, der die entscheidenden Impulse setze.

Gewaltverzicht beim Grünen Block

11.2.08
war

Bei der Sicherheitskonferenz in München behandelte die Polizei die Demonstranten in diesem Jahr relativ sanft

MÜNCHEN taz ■ Im Vergleich zu den Vorjahren weitgehend friedlich liefen die Proteste gegen die Münchner Sicherheitskonferenz (Siko) ab. Nicht nur die Polizei, sondern auch die Friedensinitiativen zogen am Sonntag dieses Fazit. „Erfreulich war die im Vergleich zu den Vorjahren geringe Zahl von Festnahmen“, sagte etwa Luise Rauschmayer von der „Beobachtergruppe zur Münchner Sicherheitskonferenz“.

Es wurden 32 Personen am Wochenende festgenommen, drei Menschen kamen kurzfristig in Gewahrsam und bei insgesamt 70 Konferenzgegnern wurden die Personalien fest gestellt. Bis auf eine Person waren am Sonntagmittag alle Festgenommenen frei. Gegen die Frau bestand bereits ein früherer Haftbefehl wegen Körperverletzung. In den vergangenen Jahren hatten Demonstranten, aber auch Stadträte von SPD und Grünen die unverhältnismäßige Gewalt der Polizei kritisiert. In die-

sem Jahr habe die Polizei den „Schwarzen Block“ dagegen nicht besonders provoziert, meinten Rauschmayer und Demotellnehmer. Auch auf den Einsatz von Elektroschockgeräten, Schlagstöcken und Pfefferspray sei diesmal anscheinend verzichtet worden. Die Bild hatte am Wochenende noch spekuliert, dass bei der Demo erstmals geplant und umfangreich Elektroschocker, sogenannte Teaser, eingesetzt würden.

Insgesamt waren 3.700 Polizeibeamte im Einsatz. Das Konferenzgebäude „Bayerischer Hof“ wurde zudem von 100 bewaffneten Bundeswehrsoldaten und dem Vernehmen nach zusätzlich durch mehrere Dutzend ausländische Einsatzkräfte gesichert.

Parallel zur Siko tagte im Alten Rathaus die Friedenskonferenz mit Referenten wie dem Träger des Alternativen Friedensnobelpreises Professor Hans-Peter Dürr und dem ehe-



Gegen die 44. Sicherheitskonferenz in München gab es am Wochenende mehrere Demonstrationen FOTO: AP

maligen UNO-Irak-Koordinator Hans-Christof Graf Spörck. Am Samstagabend hatte das „Aktionsbündnis gegen die Nato-Sicherheitskonferenz“ zu einer Großdemonstration unter dem Motto „Proteste gegen die Nato-

Kriegstagung in München“ aufgerufen. Mehrere tausend Teilnehmer zogen vom Marienplatz zur Abschlusskundgebung auf den Odeonsplatz vor der Feldherrnhalle in Blickweite zur Residenz, wo Ministerpräsident Gün-

ther Beckstein (CSU) die Siko-Teilnehmer zu einem Abendessen geladen hatte. Die Polizei sprach von 3.000 Demonstranten, darunter angeblich mindestens 400 gewaltbereite.

MAX HÄGLER

Trägerorganisationen:



Dem 1914 gegründeten Internationalen Versöhnungsbund gehören rund 100 000 Menschen in 40 Staaten der Erde an. Ihnen gemeinsam ist die Vision einer Welt, in der Menschen geschwisterlich miteinander leben und Konflikte gewaltfrei gelöst werden. Der Verband hat Beraterstatus bei den Vereinten Nationen. Der Sitz des Deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes ist in Minden.

Kontakt:

Internationaler Versöhnungsbund - Deutscher Zweig e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Tel. 0571 – 850875
Fax 0571 – 8292387
www.versoehnungsbund.de
vb@versoehnungsbund.de

Netzwerk Friedenssteuer, Region Bayern



Das Netzwerk umfasst interessierte Personen aus der ganzen Bundesrepublik, die sich für ein Zivilsteuergesetz einsetzen, das den Menschen die demokratische Wahlmöglichkeit gibt, dass ihre Steuern ausschließlich für zivile Zwecke verwendet werden. Einige dieser Personen verweigern Militärsteuern aus Gewissensgründen. Allen ist der Grundrechtsaspekt und der demokratische Wert eines Zivilsteuergesetzes wichtig.

Kontakt:

www.netzwerk-friedenssteuer.de
Spenden: Netzwerk Friedenssteuer e.V.
Spendenkonto: 700 160 160 0; GLS-Gemeinschaftsbank, BLZ 430 609 67

Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Landesverband Bayern

Die DFG-VK ist ein deutscher Zweig der Internationale der Kriegsdienstgegner (War resisters International, WRI, gegründet 1921, u.a. von Albert Einstein). Die Grundsatzerklärung der Internationale der Kriegsdienstgegner lautet:



„Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuwirken.“

Kontakt:

Schwanthalerstr. 133
80339 München
Tel 089/ 89 62 34 46
www.dfg-vk.de/muenchen; www.dfg-vk.de/bayern
www.dfg-vk.de; www.wri-irg.org
www.schritte-zur-abruestung.de
muenchen@dfg-vk.de

Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk

Das Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk ist der gemeinnützige Verein zur Förderung der Friedensarbeit der DFG-VK Bayern.

Kontakt:

c/o DFG-VK
Tel. 089/ 89 62 34 46,
Di., Mi., Do. 11.00 - 17.00 Uhr
www.h-m-v-bildungswerk.de
Spenden: H-M-V- Bildungswerk, Kto. No. 33 60 68 851, Postbank Nürnberg, BLZ 760 100 85



pax christi

Als internationale katholische Friedensbewegung benennt pax christi Missstände in Politik und Gesellschaft und bezieht klare Positionen, wo Menschenrechte verletzt und Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden.

Kontakt:

Landwehrstr. 44
80336 München
Tel. und Fax: 54 38 515
www.paxchristi.de
www.erzbistum-muenchen.de/paxchristi
paxchristi.muenchen@t-online.de
Spendenkonto: 887 36 – 801, Postbank München, BLZ 700 100 80



Friedensinitiative Christen in der Region München e.V.

Ziel der Friedensinitiative ist die Förderung und Unterstützung der ökumenischen Arbeit für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Kontakt:

c/o Inge Ammon
Jägerstr. 24
82256 Fürstenfeldbruck.
inge@ammon-ffb.de
Spendenkonto: 3728 83 – 806, Postbank München, BLZ 700 100 80



Kreisjugendring München-Stadt

Der Kreisjugendring München-Stadt (KJR) ist die Arbeitsgemeinschaft der rund 60 Münchner Jugendverbände und -gemeinschaften, sowie Träger von fast 50 städtischen Freizeitstätten. Ziel und Grundlage seines Handelns sind Toleranz, Friede, soziale Gerechtigkeit, Völkerverständigung und demokratische Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen.

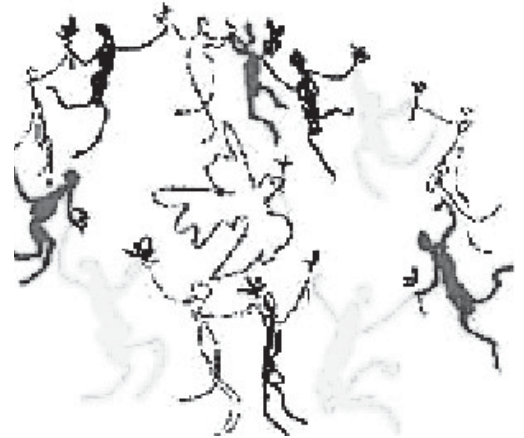
Kontakt:

Kreisjugendring München Stadt
Postfach 151 223
80047 München
Tel: 089/514106-10
www.kjr-m.de



NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit

Wir sind nicht nur verantwortlich für das was wir tun, sondern auch für das, was wir widerspruchlos hinnehmen. Was uns bewegt, ist die Verantwortung für Frieden und Abrüstung, das Ökosystem Erde, die Folgen unseres eigenen Tuns. Wir wollen das mit Fachwissen und unserem persönlichen Engagement zur Wahrung des Friedens für ethisch verantwortlichen Umgang in Wissenschaft und Technik und ihre Folgen bewirken. Unsere Mitgliederzeitung heißt „Wissenschaft & Frieden“.



Kontakt:

NaturwissenschaftlerInnen-Initiative e. V.

Glinkastr. 5-7

10117 Berlin

Tel.: 0 30 – 31 99 66 86

Fax: 0 30 – 31 99 66 89

www.natwiss.de

vorstand@natwiss.de

Spenden: NaturwissenschaftlerInnen-Initiative

Kto. Nr. 393408-504, Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50

Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e. V.

Das Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München ist eine lokale Organisation, die den folgenden Zweck hat:



- Menschen mit der Haltung und dem Prozess der Gewaltfreien Kommunikation nach Marshall Rosenberg bekannt und vertraut zu machen.
- Menschen, die sich für die Gewaltfreie Kommunikation einsetzen, miteinander zu vernetzen.
- Menschen dabei zu unterstützen, lebensdienliche Strukturen zu schaffen.

Mit unserem Netzwerk setzen wir uns für einen neuen Weg ein, mit der Sprache bewusst und verantwortungsvoll umzugehen, damit es uns schrittweise gelingt,

- uns so zu verständigen, dass wir echte Chancen haben, das zu bekommen, was wir brauchen,
- Gedankenmuster, die zu Ärger und Aggressionen führen, zu verstehen und abzubauen,
- auf dem Weg hin zu einer Konfliktlösung weder unser Anliegen aufzugeben, noch die Beziehung zu unseren Mitmenschen aufs Spiel zu setzen,
- konkret umsetzbare Handlungsschritte zur Veränderung für uns und unser Gegenüber zu entwickeln mit dem Ziel, die Anliegen aller im Auge zu behalten.

Kontakt

Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e. V.

Postfach 50 04 71

80974 München

Tel. 089-15090831

kontakt@gewaltfrei-muenchen.de Spenden: Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation e. V.

Kto.-Nr. 29102944, Stadtparkasse München, BLZ 701 500 00

Projektgruppe „Münchner Sicherheits-Konferenz verändern“ e.V.

Die Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e. V. will die alljährlich stattfindende „Münchner Sicherheitskonferenz“ (MSK) gewaltfrei verändern. Die Sorge für Frieden in Gerechtigkeit unter allen Menschen und Völkern, die Sorge für sozialen Ausgleich und ökologische Nachhaltigkeit sollen in Zukunft Inhalt und Ziel sein.



Kontakt:

c/o Klaus Mittlmeier
Amselstr. 5
85579 Neubiberg
Tel. 089 – 660 901 38
kaamu@web.de
Spenden: Projektgruppe MSKverändern
Kto.Nr. 416370 Stadtparkasse München, BLZ 701 500 00

Bund Naturschutz in Bayern e. V.



Entsprechend seiner Satzung verfolgt der Bund Naturschutz in Bayern e. V. (BN) das Ziel, die natürlichen Lebensgrundlagen von Menschen, Tieren und Pflanzen vor weiterer Zerstörung zu bewahren und wiederherzustellen.

Der BN ist der bayerische Landesverband des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND). Der BN ist der älteste und größte Umweltschutzverband Bayerns, ist wirtschaftlich, parteipolitisch und konfessionell unabhängig und dient ausschließlich gemeinnützigen Zwecken.

Er ist nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes als Umweltverband anerkannt und wird bei Eingriffen in den Naturhaushalt angehört.

Kontakt:

Kreisgruppe München:
Pettenkoferstraße 10 a
80336 München
Tel. 089-5156760
Fax 089-51567677
www.bn-muenchen.de
info@bn-muenchen.de

